Nr 2 Bochum, den 13. Januar 1912 24. Jahrgang.

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.

Glück ⚒ Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum. Druck und Verlag von H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstraße 36—42. Telephon-Nrn.: Vorstand 98, Expedition 89. Telegramm-Adresse: Altverband Bochum.

Knappen heraus!

Ihr Jungen und ihr Alten,
Zur Reichstagswahl heran!
Ihr Knappen aus Schacht und Stollen
Und stehet euren Mann!
Laßt euch nicht ködern und irren!
Seid einmal doch gescheit —
Und wie man euch gezahlet,
So zahlet wieder heut. —

B. H.

Das Urübel.

Die Organisierung der Bergarbeiterschaft geht langsamer vorwärts als das gewerkschaftliche Zusammenfassen der meisten anderen Industriearbeiterschichten. Diese Erfahrung machte man übrigens nicht nur in Deutschland. In England hat es jahrzehntelanger Agitation gekostet, bevor es die Bergarbeiter zu einer dauernden Organisation brachten. In Frankreich und Belgien zeigen die stark schwankenden Zahlen der organisierten Bergarbeiter an, daß es unseren dortigen Bruderverbänden immer noch an einer stetigen Entwicklung mangelt. In Oesterreich gelang es 1903 erstmalig die zum Teil schon über 10 Jahre bestehenden bergmännischen Lokalvereine zu einer Zentralunion zu vereinigen, die sich prächtig entwickelte, bis der unselige Nationalitätenstreit in die Reihen unserer Kameraden getragen wurde, worauf eine große Schwächung der Union erfolgte. Keine österreichische Gewerkschaft ist verhältnismäßig so stark durch die „Separation" geschädigt worden wie die der Bergarbeiter.

Warum es besonders schwer ist, die Bergarbeitermassen gewerkschaftlich zu organisieren, ist hier oft genug dargelegt worden. Die schwere Berufsarbeit zerrüttet den Körper frühzeitig, darunter leidet naturgemäß die geistige Aufnahmefähigkeit. Der Bergarbeiterberuf ist kein „gelernter" mehr. Vor allen Dingen die Stein- und Braunkohlenarbeiter sind überwiegend nicht mehr systematisch vorgebildet für ihre Tätigkeit. Man legte massenhaft Arbeiter an, die vorher keine blasse Ahnung vom Grubenbetrieb hatten, aus völlig industriefremden Gegenden herangeholt wurden. Das hat den ideellen Zusammenhang, der in der alten Knappenschaft lebendig war, zerrissen, das berufliche Solidaritätsgefühl untergraben. Lebensauffassung, Abstammung, Sprache, Ueberlieferung, alles das eint die Bergarbeitermassen nicht mehr. Darum ist es schon eine Riesenarbeit, unter diesen bunt zusammengewürfelten Proletariermassen wenigstens das Bewußtsein der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen wachzurufen — und zu erhalten. Daß es den Leuten, deren Grundsatz lautet: „Teile und herrsche" gerade in den Bergwerksbezirken nicht schwer wurde, sogenannte „reichstreue", „königstreue", „national-patriotische" Knappenvereinigungen zu schaffen, hängt mit der Neigung des Bergmanns zur Eigenbrödelei und mit der Untergrabung des einstmals fast sprichwörtlichen bergmännischen Solidaritätsgefühls durch die modernkapitalistische Zusammensetzung der Belegschaften zusammen.

Aber wir bemerken noch besonders, daß in gewissen Grubenbezirken das Tempo des gewerkschaftlichen Fortschritts noch langsamer ist als im allgemeinen. Während wir in Niederschlesien, Sachsen und Thüringen, auch in Süd-Bayern, wenn auch keine befriedigende gewerkschaftliche Fortschritte, so doch eine verhältnismäßig stetige Vorwärtsentwicklung unserer Verbandsmitgliedschaften beobachteten, erlebten wir in Rheinland-Westfalen wiederholt Rückschläge, starke Aufwärtsbewegungen und dann wieder einen Stillstand, der mit Rücksicht auf die Belegschaftsvermehrung als Verlust bezeichnet werden muß. In Rheinland-Westfalen muß also zu den sonstigen Organisationserschwerungen noch ein besonderes Hindernis der gewerkschaftlichen Arbeit kommen!

Welches Hindernis hier die Gewerkschaftsarbeit noch besonders erschwert, wissen unsere erfahrenen Mitkämpfer. Die es aber noch nicht wissen, mögen folgende Sätze aus dem Jahresrückblick im „Bergknappen" lesen:

„Wir stehen wieder am Schlusse eines Jahres — eines Jahres, das uns mehr Unerfreuliches, mehr Hindernisse und Schwierigkeiten brachte, wie die meisten seiner Vorgänger seit der Gründung unseres Gewerkvereins. Niedrige Löhne, Feierschichten und die Teuerung waren unserer Bewegung besonders hinderlich. Sie beeinflußten die Zahlungsfähigkeit der Bergleute in recht ungünstiger Weise. Und mehr noch die Stimmung. In weiten Kreisen der Arbeiter gewann wieder die der Organisation und jedem Fortschritt hinderliche Mutlosigkeit an Boden. „Unsere Arbeit nutzt doch nichts," „Die Organisation hat doch keinen Zweck," „Die Unternehmer machen doch, was sie wollen," hieß es vielfach.

Es ist verständlich, wenn in den Zeiten einer schlechten Konjunktur sich mehr wie sonst eine gedrückte Stimmung zeigt. Besonders verständlich, wenn die Lage durch eine außerordentliche Teuerung noch verschlechtert wird und ein großer Teil der Presse durch eine gewissenlose Hetze geradezu planmäßig Flaumacherei betreibt. Es ist auch natürlich, daß sich die organisierten Arbeiter und damit die Organisationen der allgemeinen Stimmung nicht ganz entziehen können. Die Schwierigkeiten bei der Organisationsarbeit wachsen, und die Fortschritte werden geringer.

Weiter sollte es aber nicht kommen. Die Organisierten dürfen sich von der Mutlosigkeit nicht anstecken lassen. Insbesondere nicht die Vertrauensleute. Sie dürfen sich nicht von solchen Stimmungen beeinflussen und noch weniger leiten lassen. Im Gegenteil, sie müssen die der Organisation hinderliche Stimmung in eine ihr förderliche umwandeln."

Diese Auslassung ist in mehrfacher Hinsicht sehr lehrreich. In der Zentrums- und Zechenpresse, wie jetzt in Wahlflugschriften, wird die Lage der Arbeiter als eine günstige, der Wohlstand der Massen als immer steigend bezeichnet. Der „Bergknappe" aber klagt über wachsende Zahlungsunfähigkeit der immerhin noch nicht am schlechtesten bezahlten Bergleute. Die Zentrums- und Zechenpresse redet dem Volke vor, in Millionen Flugblättern wird „nachgewiesen", daß keine Teuerung besteht, sondern daß die Löhne mehr als die Nahrungsmittelpreise gestiegen seien. Der „Bergknappe" aber konstatiert sogar „eine außerordentliche Teuerung" und deutet den schlechten Eingang der Gewerkvereinsbeiträge an.

Während aber der „Bergknappe" im Leitartikel die Notlage der Arbeiterschaft bestätigt, bringt er seitenlange Zitate, mit denen er seinen Lesern begreiflich machen will, daß die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Interessengruppen und Parteien, die auf eine Verschärfung der Arbeiternotlage hinausläuft, von den Bergarbeitern unterstützt werden müsse! Kein Wunder, daß die Gewerkvereinsmitglieder verwirrt werden, sich in dem Durcheinander nicht mehr zurechtfinden und mutlos die Flinte ins Korn werfen mit den Worten: „Unsere Arbeit nutzt uns doch nichts!" „Die Unternehmer machen doch, was sie wollen!"

In diesen Worten drückt sich eine verzweifelte Stimmung der Gewerkvereinsmitglieder aus. Und die besondere Mahnung an die Vertrauensleute, sie wenigstens sollten die Flinte nicht ins Korn werfen, zeigt klipp und klar, daß auch die Besten in eine düstere Stimmung geraten sind. Sie sehen nun ein, daß die seit Jahren von der Gewerkvereinsleitung gegenüber den anderen Bergarbeitergewerkschaften eingenommene feindselige Haltung den Gewerkverein nicht vorwärts brachte und die eigene Mitgliedschaft organisationsunlustig macht! Darüber können alle Zitatenreichtümer nicht hinwegtäuschen.

Daß dieser kritische Zeitpunkt kommen würde, war leicht vorauszusehen. Nur die Gewerkvereinsleitung scheint zu glauben, mit „christlich-nationalen" Zitaten und Agitationsreden gegen die „Roten" ließen sich die Mitglieder auf die Dauer abspeisen. Man sollte meinen, die „Erfolge" des Herrn Brust, der mit seinem blinden Wüten gegen den „Umsturz" nach eigenem Geständnis des „Bergknappen" den Gewerkverein der Zerrüttung entgegengeführt hat, könnten eine heilsame Lehre sein. Was nützt es denn schließlich der „schlauen opportunistischen Taktik", daß sie den anderen Bergarbeiterorganisationen die Werbetätigkeit erschwert, wenn dabei im Gewerkverein selber die Organisationsunlust großgezogen wird und nun sogar die Vertrauensleute dringend ermahnt werden müssen, sich doch ja nicht auch von der trübseligen Stimmung („Unsere Arbeit nutzt uns ja doch nichts!") beeinflussen zu lassen! Wir haben vor Wochen auf den unseren Fortschritt hemmenden starken Mitgliederwechsel hingewiesen und geschrieben, es sei ein schlechter Trost für uns, daß es in den anderen Verbänden nicht besser sei. Kurz darauf vernahmen wir aus dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein und aus der Polnischen Berufsvereinigung dieselbe Klage. Jetzt erfahren wir durch den „Bergknappen", daß in seinem Verein die Mitglieder erklären: „Unsere Arbeit nützt uns doch nichts!" Es muß dort mit der Organisationsunlust weit gekommen sein, daß der „Bergknappe" sich gezwungen sieht, öffentlich die Erfolglosigkeit der „schlauen opportunistischen Taktik" einzugestehen.

Das Urübel der Bergarbeiterbewegung ist von den denkenden Mitgliedern aller Verbände längst erkannt! Es ist die organisatorische Zersplitterung der Arbeiter! Herr Franz Hüskes hat zwar in Herne gesagt, das „Urübel" sei unser Kamerad Hue. Auf die Frage: warum? erklärte Hüskes: „Weil Hue für eine einheitliche Bergarbeiterorganisation eintritt!" Aus dieser Antwort erkennt man, daß der Befragte die Arbeiterstimmung gar nicht versteht.

Nicht nur Verbändler, auch Gewerkvereinler haben schon häufig die Vereinheitlichung der Bergarbeiterorganisation als ein schönes Ziel anerkannt. Die einsichtigen Kameraden in allen Verbänden haben schon längst erkannt, daß die Bergarbeiter vollends auf den Hund kommen, wenn sie sich nicht gemeinsam gegen den gemeinsamen Gegner wenden." Wer das ist, das hat Herr Imbusch im „Zentralblatt" rundweg ausgesprochen: Es ist das syndizierte Werksherrentum! In der denkenden Arbeiterschaft weiß man dies ganz genau, man weiß auch, daß in den früher von Herrn Effert, jetzt auch von Herrn Imbusch vorausgesagten gewaltigen Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital die Arbeiter eine schwere Niederlage erleiden werden, wenn sie wieder wie 1889 und 1905 unvorbereitet den Kampf aufnehmen müssen.

Ein Blick auf die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland zeigt uns, daß sie in diesem industriereichsten Landesteil allgemein viel schlechter vorwärts kommt als in Süd- und Mitteldeutschland. Gerade in Westdeutschland spielt sich ja der Hauptstreit zwischen den freien Gewerkschaften und den M.-Gladbacher Gewerkvereinen ab! Ungemein viel Kraft wird in diesem Streit vergeudet. Für die Werksbesitzer ein Gaudium, für die Riesenmasse der gleichgültigen, organisationsunlustigen Lohnarbeiter auch ein Anlaß, sich der Gewerkschaftsbewegung nicht anzuschließen. Man betrachte sich die Zahl der in den freien Gewerkschaften und in den M.-Gladbacher Gewerkvereinen organisierten westdeutschen Metallarbeiter, Bauarbeiter, Textilarbeiter! Ihre Gesamtzahl ist sehr gering im Vergleich zu der in Betracht kommenden Riesenmasse! In Westdeutschland ist innerhalb der Arbeiterschaft der „Kampf um die Weltanschauung" das Mittel, mit dem die Gewerkschaftsbewegung am stärksten, und zwar allgemein, gehemmt und geschwächt wird. Die westdeutschen Werksbesitzer aber sind demgegenüber am stärksten organisiert, weil sie sich den „Kampf um die Weltanschauung" nicht in ihre Verbände, Syndikate und Kartelle hineintragen lassen. Die Werksbesitzer haben das Urübel der Organisationszersplitterung bereits erfolgreich ausgerottet.

Wir kennen die Einwände des „Bergknappen" gegen unsere Darlegungen. Wir wissen, daß er uns zu widerlegen sucht mit „Gründen", die auf den Kern der Sache nicht eingehen. Der „Bergknappe" weiß recht gut, daß es durchaus im Interesse der Bergarbeiterschaft liegt, wenn sich die Verbände, wie sie es seit 1899 wiederholt vorübergehend getan haben, nun angesichts der Notlage der Arbeiterschaft dauernd über ein gemeinsames Vorgehen verständigen. Dann werden die Mitglieder einsehen, daß die Gewerkschaftsarbeit doch was nützt und den noch immer Unorganisierten ist es unmöglich gemacht, sich mit dem Hinweis auf die Uneinigkeit vor dem Eintritt in die Organisation zu drücken. Wie die innere Organisationsentwicklung weiter geht, das muß getrost der Zukunft überlassen werden. Das rechte Prinzip wird sich doch durchsetzen, das kann kein Mensch und keine „Taktik" hindern.

Gehen wir dem alten Urübel der Bergarbeiterbewegung, ihrer allgemeinen Hemmung durch den Kampf der Arbeitsgenossen untereinander, nur entschlossen zu Leibe, dann wird es bald nicht mehr heißen: „Die Unternehmer tun ja doch, was sie wollen."

Gefüllte Kompottschüsseln.

Wie es mit dem kaiserlichen Wort, daß die Kompottschüssel für die Arbeiter nun genügend gefüllt sei, bestellt ist, zeigt folgende Aufstellung, welche nach den Lohnangaben der Unfall-Berufsgenossenschaften berechnet ist. Wir haben dabei nicht die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter eingestellt, sondern pro 300 geleistete Arbeitstage einen sogenannten Vollarbeiter. Die so ermittelten Tagessätze entsprechen daher genau dem tatsächlich erzielten Durchschnittseinkommen. Damit sie recht hoch erscheinen, wählten wir zu unserem Vergleich die im Hochkonjunkturjahr 1907 verdienten Löhne. Den Arbeitereinkommen anschließend lassen wir die „Löhne" einiger bekannter Personen folgen. Es ergibt sich dann folgendes Bild:

	Zahl der Vollarbeiter	Einkommen pro Jahr Mk.	Einkommen pro Tag Pf.
Alle Berufsgenossenschaften	7 869 421	1009	298
Schlesische Eisen- und Stahl-B.-G.	111 481	980	268
Papierverarbeitungs-B.-G.	131 860	885	242
Bayerische Holzindustrie-B.-G.	45 533	870	240
Schmiede-B.-G.	118 807	844	231
Leinen-B.-G.	58 880	705	218
Nordd. Textilindustrie-B.-G.	180 911	708	217
Fleischerei-B.-G.	127 318	662	182
Tabak-B.-G.	105 337	602	165
Schlesische Textil-B.-G.	61 189	583	159
Frau Berta Krupp-Bohlen, Fabrikbesitzerin		18 000 000	4 931 510
Fürst Henckell-Donnersmarck, Großgrundbesitzer		12 000 000	3 287 671
Herzog von Ujest		7 000 000	1 917 808
Graf Thiele-Winckler, Großgrundbesitzer und Grubenherr		6 000 000	1 643 835
Ulrich Graf von Schaffgotsch		5 000 000	1 369 863

61 189 schlesische Weber und 37 310 thüringische Bauarbeiter zusammen haben nur etwas mehr Einkommen, wie die fünf Auserwählten des Glückes! Das heißt, wenn die 98 439 das ganze Jahr hindurch arbeiten, was bei den Fünfen keine Voraussetzung ist!

Wie eine Familie von vielleicht 4 oder 5 Köpfen bei einem Einkommen von 159 Pf. oder seien es auch 298 Pf. pro Tag lebt, das kann man sich leicht ausmalen. Die Beköstigung eines Zuchthäuslers kostet mehr, als pro Kopf einer Proletarierfamilie aufgewendet werden kann!

Massensterben im Obdachlosenasyl.

Das große Massensterben im Berliner städtischen Obdachlosen-Asyl hat die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf diese Aermsten der Armen gelenkt. Dort erkrankten mehrere hundert Personen unter Vergiftungserscheinungen, von denen 71 gestorben sind.

Im Asyl der Obdachlosen in Berlin fanden nach der „Köln. Zeitung" vom 2. Januar 1912 Aufnahme:

1905	575 000	Obdachlose
1906	549 000	„
1907	629 000	„
1908	866 000	„
Sa.:	2 619 000	Obdachlose

Weit über 2,6 Millionen Obdachlose haben danach in den genannten vier Jahren im städtischen Asyl in Berlin Unterkunft gefunden. Die Zahl der Obdachlosen ist gegen 1905 um 291 000 oder 50,6 Prozent gestiegen. Diese Zahl ist aber inzwischen noch weiter gestiegen. Im Jahre 1908 betrug die durchschnittliche Zahl der Obdachlosen, welche im städtischen Asyl Unterkommen suchten, 1760, 1910: 2400, 1911: 2600 bis 2750. Am Weihnachtsabend waren im städtischen Obdachlosen-Asyl 2400 Personen.

Und in Berlin gibt es nach den Angaben des Steueramts 1250 Millionäre! Bei der Obduktion der Leichen der 71 Unglücklichen, welche unter Vergiftungserscheinungen gestorben sind, ergab sich, daß bei den meisten der Magen völlig leer war. Ob das auch bei den Millionären der Fall war?

Die Zahl der wirklich Obdachlosen übersteigt die obigen Zahlen aber noch weit. So fanden nach der „Kölnischen Ztg." vom 2. Januar 1911 in einem Privat-Asyl, der „Wiesenburg", in der Wiesenstraße in Berlin, außerdem Aufnahme:

1905	309 000	Obdachlose
1906	302 000	„
1907	279 000	„
1908	310 000	„
Sa.:	1 200 000	Obdachlose

Insgesamt haben also in den beiden Asylen in den genannten vier Jahren 3 819 000 Obdachlose Unterkunft gefunden. Aber auch damit ist die Zahl der Berliner Obdachlosen noch keineswegs erschöpft. Die „Kölnische Ztg." vom 2. Januar 1911 schreibt weiter:

„Die Asyl-Insassen stellen wohl den harmloseren Teil der großstädtischen Müßiggänger dar; lichtscheue Existenzen kriechen in Neubauten, in verlassenen Laubenkolonien, auf Lagerplätzen unter oder bringen, da die gefährlichen Bummler gewöhnlich mehr Willenskraft und Intelligenz besitzen, die Nickel auf, um in einer Penno auf einem Bündel Stroh zu nächtigen."

Das Kölner Blatt der satten Moral teilt die Unglücklichen also in gefährliche und harmlose Bummler, großstädtische Müßiggänger und lichtscheue Existenzen. Solche Aeußerungen beweisen nur die ganze Verständnislosigkeit der satten Moral, wie sie von der „Kölnischen Ztg." repräsentiert wird, gegenüber der sozialen Lage und dem Elend der arbeitenden Klassen. Durch folgende Ausführungen kommt das Blatt denn auch schon mit sich selbst in Widerspruch:

„Die genannten Anstalten (Obdachlosen-Asyle) sind für die nicht seßhafte Bevölkerung bestimmt; für die seßhafte Bevölkerung, die zeit-

weise kein Quartier hat, besteht ein Familienobdach, das bis zu vier Wochen Unterschlupf gewährt und häufig durch eine Leistung zur Miete die Uebersiedelung in eine eigene Wohnung erleichtert. Alljährlich finden hier 800 bis 1000 Familien Obdach."

Sind die Familien, die obdachlos werden, weil sie die Miete nicht mehr aufbringen können, auch gefährliche oder harmlose Bummler, großstädtische Müßiggänger und lichtscheue Existenzen? Sind die 71 Unglücklichen, deren Magen bei der Obduktion völlig leer gefunden wurde, auch gefährliche oder harmlose Bummler, großstädtische Müßiggänger und lichtscheue Existenzen? Und auch diejenigen, die in Neubauten, verlassenen Laubenkolonien oder auf einer Schütte Stroh nächtigen, sind in den Augen der Leute, die in seidenen Betten schlafen können, gefährliche oder harmlose Bummler, großstädtische Müßiggänger und lichtscheue Existenzen? Wir verkennen nicht, daß es in allen Klassen, so auch in der Arbeiterklasse, gescheiterte Existenzen gibt. Aber alle die Unglücklichen, die arbeits-, mittel- und obdachlos sind, als gefährliche oder harmlose Bummler, großstädtische Müßiggänger und lichtscheue Existenzen zu bezeichnen, das ist doch der Gipfel der Verständnislosigkeit! So dreht sich also die Welt in den Köpfen der Leute, die niemals Not und Entbehrung kennen gelernt haben!

Schutzmann und Ausgestoßene.

Viel Aufhebens wurde davon gemacht, als unser Kamerad Hue im vorigen Jahre auf dem internationalen Bergarbeiterkongreß in London sagte, ihm sei nirgends soviel Elend auf der Straße begegnet, als in London. Ganz recht, in London darf sich das Elend auf die Straße wagen, in Deutschland wird es in die dunkelsten Winkel gescheucht, dafür hat man den Schutzmann. Das bestätigt die „Kölnische Ztg." durch folgende Ausführungen:

„Das Asyl, in dem sich die meisten Todesfälle ereignet haben, liegt im Nordosten der Stadt. Die Gegend ist öde und traurig, die Riesentrommel einer städtischen Gasanstalt ist das beherrschende Bauwerk und die abends hierher wandern, müssen die alte Zauberformel: „Vor mir Licht, hinter mir Finsternis" umkehren, denn hinter ihnen liegt, rötlich am Himmel widerstrahlend, das Lichtmeer der Stadt, und vor ihnen das Dunkel, das durch wenige Laternenfünkchen um so schwärzer erscheint. In scheuem Bogen gehen die Obdachsuchenden um den Schutzmann, „der mit seinem breiten, gelben Revolvergurt stolz in der Straße steht, jeden Augenblick bereit, die Gesellschaft gegen die Ausgestoßenen zu verteidigen". Den Satz in Gänsefüßchen haben wir einem bürgerlichen Blatt entnommen, als eine der unnötigen, kleinen Gehässigkeiten, die an sich nicht besonders schlimm sind, aber durch ihren Ton die leider schon in hohem Grade vorhandene, übertriebene Abneigung gegen die Hüter der Ordnung verstärken."

Der letzte Satz atmet echten, preußischen Polizeigeist. Die Kölnerin schäumt über vor Entrüstung, weil ein bürgerliches Blatt konstatierte, daß die Ausgestoßenen an dem Schutzmann in scheuem Bogen vorbeigehen, der jeden Augenblick bereit ist, die Gesellschaft vor ihnen zu schützen; dasselbe Blatt, das diese Ausgestoßenen als gefährliche oder harmlose Bummler, großstädtische Müßiggänger und lichtscheue Existenzen hinstellt.

In England ist der Schutzmann zum Schutz des Publikums da, in Deutschland, um die Gesellschaft vor den Ausgestoßenen zu schützen. Daher kommt es, daß in London sich mehr Elend auf den Straßen zeigt, es braucht sich nicht wie in Berlin, vor dem Schutzmann in die dunkelsten Winkel zu verkriechen damit sein Anblick beileibe dem satten Philister nicht lästig wird. Das ist der Unterschied zwischen England und Deutschland, so nur dürfen auch die Ausführungen unseres Kameraden Hue verstanden werden. Das mag sich auch der „Bergknappe" hinter den Spiegel stecken, der Hue's Ausspruch in seiner Art auszuschlachten sucht.

Die „Kölnische Ztg." hat aber ganz recht, wenn sie schreibt: „Die Asyl-Insassen stellen wohl den harmloseren Teil der großstädtischen Müßiggänger dar." Die vielen tausend Schlemmer und Parasiten aus den Kreisen der oberen Klassen, die Eulenburg, Metternich usw. sind nicht so harmlos. Die meisten der Unglücklichen, welche arbeits- und obdachlos umherirren, sind lediglich Opfer der Verhältnisse. Sie wären nützliche Glieder, ständen vielleicht auf der Sonnenhöhe der Menschheit, wären sie nicht als Ausgestoßene, Enterbte, geboren, hätte ein widriges Geschick, welches in unseren Verhältnissen begründet liegt, sich nicht von der Geburt an an ihre Fersen geheftet.

„Von dem reichen Freudenmahle, welches aller Welt beschert,
Seinen Anteil zu genießen, wird dem Bettler streng verwehrt;
Und was hat er denn verbrochen, daß er wie ein räudig Schaf,
Ausgestoßen wird von jenen, die das Glück ereilt im Schlaf?"

Sie thronen an goldenen Tischen.

Das Verbrechen der Ausgestoßenen, Enterbten, besteht lediglich darin, daß sie in der Wahl ihrer Eltern nicht vorsichtig genug waren. Warum wählten sie sich nicht Eltern, die das „Teilen" gut verstanden und sich zu schwer reichen Leuten „geteilt" haben? Ueber das „Teilen" gibt uns die preußische Steuerstatistik und das „Jahrbuch der Millionäre", das Herr Regierungsrat Martin herausgegeben hat, einigen Aufschluß. Es besaßen Vermögen:

Frau Berta Krupp	187 000 000	Mk.
Fürst Henckell von Donnersmarck	177 000 000	„
Herzog von Ujest	151 000 000	„
Freiherr Max v. Goldschmidt-Rothschild	107 000 000	„
Hans Heinrich Fürst von Pleß	84 000 000	„
Hans Ulrich Graf von Schaffgotsch	79 000 000	„
Freifrau Mathilde von Rothschild	76 000 000	„
Franz Hubert Graf Thiele-Winckler	74 000 000	„
Fürst von Pleß, Fürstenstein	84 000 000	„
Fürstin Mathilde von Pleß, Dambrau	9 000 000	„
Graf von Ballestrem, †	56 000 000	„
Julius Schottländer, Hartlieb, †	38 000 000	„
Dr. Paul Schottländer, Wessig	13 000 000	„
Salo Schottländer, Benkwitz	4 000 000	„
Felix Schottländer, Münchhof	3 000 000	„
Kurt Schottländer, Kunzendorf	3 000 000	„
Eugen von Kulmitz, Laasen	32 000 000	„
Katharina von Kulmitz, Oels	8 000 000	„
Elisabeth von Kulmitz-Bergfrieden, Krummhübel	8 000 000	„
Willi von Dirksen, Gröditzberg	28 000 000	„
Kommerzienrat Georg Hanse, Breslau	23 000 000	„
Reichsgraf Friedrich von Schaffgotsch	21 000 000	„
Graf Lazarus Henckell von Donnersmarck, Naklo	21 000 000	„
Graf Arth. Henckell von Donnersmarck, Carlshof	18 000 000	„
Graf Edgar Henckell von Donnersmarck, Katscher	14 000 000	„
Graf Hugo Henckell von Donnersmarck, Jakobskirch	11 000 000	„
Gräfin Wanda Henckell von Donnersmarck, Polnisch-Krawarn	11 000 000	„
Graf Edwin Henckell von Donnersmarck, Romaltwitz	4 000 000	„
Herzog von Ratibor, Rauden	20 000 000	„
Webereibesitzer Otto Müller, Görlitz	18 000 000	„
König von Sachsen, Oels	18 000 000	„
Fürst zu Solms-Baruth, Klitschdorf	17 000 000	„
Graf von Magnis, Eckersdorf	17 000 000	„
Prinz Biron von Curland, Groß-Wartenberg	16 000 000	„
Graf von Seidlitz-Sandreczki, Olbersdorf	16 000 000	„
Kommerzienrat Heimann, Breslau	15 000 000	„
Fürst Hatzfeld, Herzog zu Trachenberg	15 000 000	„
Graf von Maltzan, Militsch	15 000 000	„
Rittergutsbesitzer Fölsch, Miesky	15 000 000	„
Graf von Arnim, Muskau	14 000 000	„
v. Martin, Schloß Rothenburg	13 000 000	„
Hauptmann von Hindersin, Dallau	12 000 000	„
Reichsgraf Franz Georg von Oppersdorff, Ober-Glogau	13 000 000	„
Johannes Graf von Oppersdorff, Thomaswaldau	7 000 000	Mk.
Karl Graf von Oppersdorff, Altwaltersdorf	7 000 000	„
Prinz Hohenlohe-Ingelfingen	12 000 000	„
Fürst Karl Lichnowski, Ratibor	12 000 000	„
Fräulein Marie von Kramsta, Muhrau	18 000 000	„
Fräulein Emma von Kramsta, Frankenthal	12 000 000	„
Hans Georg von Kramsta, Frankenthal	7 000 000	„
Agnes von Kramsta, Klein-Bresa	6 000 000	„
Oberstleutnant von Kramsta, Berlin	4 000 000	„
Gotthard von Wallenberg-Pachaly, Breslau	11 000 000	„
Gideon von Wallenberg-Pachaly, Thiergarten	9 000 000	„
Karl von Naehrich, Puschkowa	10 000 000	„
Friedrich Graf von Rothenburg, Nettkow	10 000 000	„
Kommerzienrat Oskar Caro, Hirschberg	9 000 000	„
Kommerzienrat Georg Beuchelt, Grünberg	9 000 000	„
Landrat Dr. Hegenscheidt, Hoyerswerda	8 000 000	„
Paul Methner, Landeshut	8 000 000	„
Egmont von Tielsch, Reutzendorf	8 000 000	„
Albert Fränkel, Neustadt	8 000 000	„
Joseph Pinkus, Neustadt, †	8 000 000	„
Graf Carmer, Groß-Osten	4 000 000	„

usw. usw.

Natürlich hört die Vermögensmehrung in den Händen einzelner nicht auf, sie ist seit dem Jahre 1908 wieder weiter gewachsen und setzt sich mit jedem Jahre ins Ungemessene fort.

Wie die Entwicklung der großen Vermögen mit Riesenschritten fortschreitet, darüber gibt die Statistik eine geradezu überraschende Auskunft. Nehmen wir die reichsten schlesischen Magnaten, dann ergibt sich folgendes Bild: Das Vermögen des Fürsten Henckell von Donnersmarck auf Neudeck stieg von 65 Millionen Mark im Jahre 1897 auf 177 Millionen Mark im Jahre 1908; sein Einkommen betrug 1908: 12 Millionen Mark. Das Vermögen des Herzogs von Ujest, Fürst Hohenlohe-Oehringen-Slawentzitz, stieg von 45 Millionen Mark im Jahre 1895 auf 151 Millionen Mark im Jahre 1908; sein Einkommen betrug 1908: 7 Millionen Mark. Das Vermögen des Grafen Hans Ulrich von Schaffgotsch-Koppitz, stieg von 21 Millionen Mark im Jahre 1896 auf 79 Millionen Mark im Jahre 1908; sein Einkommen betrug 1908: 5 Millionen Mark. Das Vermögen des Grafen Franz Hubert Thiele-Winckler-Moschen stieg von 18 Millionen Mark im Jahre 1896 auf 74 Millionen Mark im Jahre 1908; sein Einkommen betrug 1908: 6 Mill. Mark.

In 10 bis 12 Jahren nahmen diese Vermögen also um 56, 58, 106 und 112 Millionen Mark zu.

Wie das schaffende Volk geschröpft wird.

Und für diese Kreise muß das arbeitende Volk nicht nur seine Haut zu Markte tragen, sondern auch noch die unerträglichen Zölle bezahlen. Denn nicht die Kleinbauern haben Nutzen von den Agrarzöllen, sondern in der Hauptsache nur die Großgrundbesitzer. Erst die Betriebe über 20 Hektar (1 Hektar sind etwa 4 Morgen), besonders aber über 100 Hektar, haben Nutzen von den Getreidezöllen. Das sind etwa 282 737 unter 4 904 762 Ackerbaubetrieben, d. h. nur der 17. Teil. Diese sind es, welche die 2682 Millionen Mark eingeheimst haben, welche das deutsche Volk allein in den drei Jahren 1907 bis 1909 in der Form von Zollverteuerungen auf Roggen, Weizen, Gerste und Hafer gezahlt hat.

Den Löwenanteil an dieser gewaltigen Summe erhalten selbstverständlich wieder die ganz großen Großgrundbesitzer. So umfassen z. B. in Schlesien 178 Majorate den siebenten Teil des ganzen Landes. Es besitzt die Familie Hohenlohe in dieser Provinz 40 000 Morgen, der Fürst Pleß 200 000 Morgen. Die Familie Henckell-Donnersmarck und Graf Schaffgotsch nicht viel weniger; zahlreiche andere Grafen, Fürsten und Herzöge je 600 bis 1000 Morgen Land.

Weiter besitzen unter den deutschen Agrariern der Fürst Hohenzollern-Sigmaringen 60 000 Hektar, der Herzog von Braunschweig 40 000 Hektar, und in den sieben östlichen Provinzen Preußens haben 43 Privatbesitzer einen Grundbesitz von mehr als 10 000 Hektar, den man nach Professor Conrad unter den vorliegenden Verhältnissen als Latifundienbesitz bezeichnen kann.

Diesen gewaltigen Reichtümern stehen, wie wir schon oben gezeigt, graue Elendsbilder gegenüber. Auch folgende Notiz, die kürzlich durch die Presse ging, wirft grelle Streiflichter auf die „paradiesischen" Zustände in Schlesien:

„Die Speisereste, die von den Soldaten gewöhnlich in die auf dem Kasernenhof stehenden Trauktonnen geschüttet wurden, um als Schweinefutter Verwendung zu finden, wurden dort, im Barackenlager Lerchenberg bei Glogau, von den Kindern der armen Bevölkerung in Blechkannen gesammelt, um der zahlreichen Familie als Nahrung zu dienen. Man muß die zerlumpten, kaum vierjährigen Kinder gesehen haben! Schon lange vor der Ausgabe harrten sie auf die Abfälle der Speisen, und nicht selten sah man es, daß sie einen Teil davon gierig schon auf dem Platze verzehrten. Wie ich durch Umfragen erfahren habe, erhalten dort Familienväter oft einen Wochenlohn von 9 Mark."

Wie schon erwähnt, ist einer dieser schlesischen Magnaten, die sehr schlechte Löhne zahlen, der Fürst v. Pleß, dessen Vermögen auf 84 000 000 Mark geschätzt wird. Der Herr besitzt in Preußen 82 Güter, und da er selbstverständlich ein ebenso frommer wie patriotischer Herr ist, hat er auch vor einigen Jahren dem Reichsverbande die horrende Summe von 10 000 Mark überwiesen.

Es gibt auf Erden Brot genug für alle Menschenkinder, wenn nur die Verteilung der Güter eine bessere wäre. Das beweist folgendes Beispiel: Das Rittergut Zemitz bei Greifswald ist in 51 Rittergüter aufgeteilt worden. Der Viehstand ist von 27 Pferden auf 70, von 115 Stück Rindvieh auf 222, von 110 Schweinen auf 340, von 20 Stück Federvieh auf 771 gestiegen, und das Stück Land, das zuvor 70 Menschen ernährte, gewährt heute 300 eine Existenz.

Wovon ganz Schlesien singet und saget.

Von einem gleichen oder ähnlichen „Teilen" aber wollen die Reichen und Besitzenden nichts wissen, weil sie von ihrer Vorherrschaft, ihrem Wohlleben und Ueberfluß nichts opfern wollen. Welchen kostspieligen Vergnügungen diese Kreise huldigen, erfährt man manchmal aus der bürgerlichen Presse. So war z. B. der Kaiser kürzlich bei dem Edlen Grafen von Franken-Sierstorpff als Jagdgast geladen, und damit sich das Vergnügen für den hohen Gast auch lohne, hatte der aufmerksame Gastgeber 50 000 böhmische Fasanen zu Jagdzwecken für 300 000 Mark angekauft. Außerdem hat er durch eine elektrische Anlage die Beleuchtung des ganzen Jagdgebietes ermöglicht.

Doch war sein Beginnen nicht gerade originell, da der Fürst Pleß resp. seine „wunderschöne, englische Gemahlin, bekannt als eine der schönsten Frauen des Hofes, und zweifellos die Eleganteste der Eleganten, deren jährliche Toilettenausgaben nur eine halbe Million Mark betragen", schon einmal in ähnlicher Weise gehandelt hatte. Es war, als vor nicht langer Zeit der Kronprinz und seine Gemahlin nebst dem Herzog von Westminster und mehreren englischen Aristokraten als Gast erwartet wurden, die dem Angelsport huldigen wollten und sollten. Aber in den Teichen gab es keine Fische, sondern, wie mitgeteilt wird, dafür um so mehr darin mündende Abwässer der nahen industriellen Anlagen. Die Fürstin ließ also für 30 000 Mark Forellen usw. kommen und in den zahlreichen Teichen aussetzen. Unter den obwaltenden Umständen gingen die Tiere, ehe sie gefischt wurden, ein, worauf man die Teiche unter enormen Kosten regulierte und von neuem bevölkerte. Ferner ließ die Fürstin das neue Kurhaus in Bad Salzbrunn, welches Eigentum des Fürsten Pleß ist und nach den Angaben der hohen Frau mit einem Kostenaufwande von 2½ Millionen Mark erbaut wurde, zweimal niederreißen, ehe es zu ihrer Zufriedenheit dastand.

Wie es so schön heißt, spielt die Fürstin Pleß seit Jahren am Hofe innerhalb des Kreises, der sich um das lebenslustige kronprinzliche Paar schart, eine führende Rolle und übt in ihren Schlössern Pleß in Oberschlesien und Fürstenstein im Waldenburger Bergland eine Gastfreundschaft größten Stils, „von der ganz Schlesien singet und saget". Besonders das herrlich gelegene Fürstenstein ist von ihr zu einem pompösen Fürstensitz ausgestaltet worden, in dem sie einen großen Teil des Jahres verbringt. Jedoch die größten Jagden werden immer noch in Pleß abgehalten.

Den armen Teufeln in diesen herrlichen Gefilden wird das Wasser im Munde zusammenlaufen, wenn sie von diesen Festen, Gastfreundschaften und enormen Geldaufwendungen für Prunk und Pracht, „wovon ganz Schlesien singet und saget", hören. Für diese Kreise ist die Kompottschüssel in überreichem Maße gefüllt, während Millionen nicht wissen, wovon sie des Lebens nackte Notdurft decken sollen.

Zentrumstaten.

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen."

Der „neutrale" „Bergknappe" widmet in seiner Nr. 1 vier Seiten seines kostbaren Raumes der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, davon zwei Spalten allein unserem Kameraden Hue. Wir wissen, daß sich in der „Bergknappen"-Redaktion fortgesetzt die Balken biegen, daher kann uns von der Seite nichts überraschen. Man denke nur an den Heinrichbrief. Für die Gegner der Arbeiterklasse, insbesondere das arbeiterfeindliche Zentrum, hat der „Bergknappe" jedoch kein Wort des Tadels.

Wir brauchen weder die sozialdemokratische Arbeiterpartei, noch unseren Kameraden Hue gegen die alten, dutzendmal widerlegten Schmöker und nichtssagenden Phrasen, die man nur noch einem „Bergknappen"publikum auftischen darf, in Schutz zu nehmen. Lediglich um die Parität zu wahren, wollen wir nachholen, was der „neutrale" „Bergknappe" versäumt und unseren Lesern die Zentrumstaten vor Augen führen.

Wenn man den Flugblättern und Zeitungen des Zentrums glauben dürfte, dann gäbe es keine Partei, die mehr die Armen schonte und schützte, als das Zentrum. Sehen wir einmal zu, wie es sich damit verhält.

Das Deutsche Reich hat 5000 Millionen Mark Schulden, weil es für Heer und Flotte ungeheure Summen ausgibt. 2800 Millionen seit 1872, 1500 Millionen allein im Jahre 1911.

Das Zentrum behauptet, es trete für Sparsamkeit bei den Reichsausgaben ein, aber der böse Bülowblock habe so viel Schulden gemacht. Es schreibt in Zeitungen und Flugblättern z. B.:

„Gemacht wurden an Reichsschulden:

vom Kartellreichstag (gegen das Zentrum):
1887—1890 832 Millionen

vom Blockreichstag (gegen das Zentrum):
1907—1909 900 Millionen

unter Mitwirkung des Zentrums:
1895—1900 284 Millionen

Also sechs Jahre Zentrum nur 284 Millionen Mark Schulden, sechs Jahre Gegner des Zentrums 1732 Millionen Mark Schulden."

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit?

Von 1895 bis 1900 stiegen die Reichsschulden unter Mitwirkung des Zentrums von 1317 Millionen auf 2395 Millionen Mark, also nicht um 284, sondern um 1078 Millionen Mark!

Von 1900 bis 1906 stieg die Reichsschuld unter Mitwirkung des Zentrums von 2395 Millionen auf 3543 Millionen, also wieder um 1148 Millionen Mk.!

Zwölf Jahre Zentrumsherrschaft:
Steigerung der Reichsschuld um 2226 Millionen Mark!

Die gewaltigen Ausgaben für Heer und Flotte wären nicht möglich gewesen ohne das volksausplündernde System unserer Zölle und indirekten Steuern! 1878 entfielen von den in die Reichskasse fließenden Zöllen 5,30 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung, 1910 aber 23,10 Mk., also 115 Mk. für eine Familie von Mann, Frau und drei Kindern. Da aber durch die Zölle auch die inländischen Waren verteuert werden, so beträgt die Belastung noch viel mehr.

1000 Millionen Mark Branntweinliebesgaben seit 1887,
2000 Millionen Mark Zuckerprämien

steckten die Junker und Junkergenossen mit dem Segen des Zentrums in die Tasche.

Im Oktober 1905 hieß es in einem Artikel der Zentrums-Parlaments-Korrespondenz:

„Der Arme ist für das Reich im Verhältnis zu seinem Einkommen genau hundertmal so hoch besteuert wie der Reiche!"

Heute behauptet das Zentrum, daß die Reichen in Deutschland viel mehr zu zahlen hätten als die Armen. Es bringt dies Kunststück fertig, indem es alle, die mehr als 125 Mk. im Monat verdienen, zu den Reichen zählt.

Aber, sagt das Zentrum, ohne die großen Ausgaben für den Militarismus hätten wir keine so günstige wirtschaftliche Entwicklung, ohne die Zollpolitik nicht unsere Arbeiterversicherung, nicht unseren Arbeiterschutz.

Der „Bergknappe" führt auch wieder die bekannte Liste der sozialen Gesetze an, die von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei abgelehnt wurden, vergißt aber die Gründe hierfür anzugeben. Wir wollen seinem Gedächtnis auch hier etwas nachhelfen.

Die Sozialdemokraten verlangten 1883 zum Krankenversicherungsgesetz:

1. Daß die Krankenversicherung auf alle Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern ausgedehnt werde.
2. Daß das Krankengeld vom Beginn der Erwerbsunfähigkeit und für die ganze Dauer der Erwerbsunfähigkeit bezahlt werde.
3. Daß das Krankengeld die Höhe des ortsüblichen Tagelohns und für Berufsarbeiter mindestens 2 Mk. betrage.

Die Sozialdemokraten verlangten 1884 zum Unfallversicherungsgesetz:

1. Daß alle Arbeiter versichert werden.
2. Daß die Verletzten in den ersten 13 Wochen ärztliche Hilfe und Rente auf Kosten der Unfallversicherung erhalten.
3. Daß durch die Rente der verlorene Arbeitsverdienst voll ersetzt werde.
4. Daß den Witwen getöteter Arbeiter eine Rente in Höhe von 50 Prozent des Arbeitsverdienstes gegeben werde.
5. Daß Arbeiterausschüsse bei der Verwaltung mitwirken.

Gegen alle diese Verbesserungsanträge stimmte das Zentrum.

Das Zentrum stimmte ferner:

1. 1889 gegen das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz;
2. gegen die Zahlung eines Reichszuschusses von 50 Mk. zu jeder Rente;
3. gegen die Zahlung der Altersrente vom 60. Lebensjahre ab;
4. gegen die Versicherung aller Arbeiter, auch der Heimarbeiter, kleinen Handwerker und Kleinbauern.

1896 forderte das Zentrum die Beseitigung des Rekursrechts (Berufung an das Reichsversicherungsamt) für alle Renten unter 25 Proz.

1906 forderte das Zentrum im preußischen Landtag die Beseitigung der kleinen Renten von 20 bis 25 Prozent. Die Zentrumsabgeordneten Schmedding und Wallenborn nannten diese Renten Schnapsrenten.

1897 beantragte das Zentrum die schrittweise Abschaffung der Alters- und Invalidenversicherung (wie Eugen Richter diesen Antrag nannte) durch die Aufhebung des Versicherungszwanges für die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerks, der kleingewerblichen Betriebe und des Gesindes. Weiter forderte das Zentrum wiederum den Fortfall des Reichszuschusses durch die Antragsteller: Hompesch, Bachem, Gröber, v. Heereman, v. Hertling, Lieber, Müller-Fulda, Pichler, Schädler, Trimborn und Dr. Hitze.

1899 wandte sich das Zentrum, als v. Stumm eine Witwen- und Waisenversorgung verlangte, dagegen. Es verlangte die Beschränkung dieser Versicherung auf die Witwen und Waisen der Arbeiter in Bergwerken und Fabriken.

1900 stimmte das Zentrum bei der Unfallversicherung gegen die Verkürzung der Karenzzeit, gegen die Erhöhung der Rente auf 75 Prozent, gegen die Erhöhung der Witwenrente von 20 auf 30 Prozent, der Ganzwaisenrente auf 25 Prozent — alles Anträge, die 1896/97 noch vom Zentrum unterstützt wurden.

1867 verweigerte das Zentrum die Unterschriften zu dem ersten sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwurf.

1877 stimmte das Zentrum gegen den sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwurf.

1900 stimmte das Zentrum gegen den 8 Uhr-Ladenschluß; gegen den 10 Stundentag; gegen ein Reichsarbeitsamt; gegen Verbesserung der Gewerbegerichte; gegen Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen, Wöchnerinnen und Schwangere; gegen ein freies Vereins- und Koalitionsrecht; gegen ein Reichsberggesetz.

1905 stimmte das Zentrum für ein Gesetz, welches den Bergarbeitern nach dem „Bergknappen" Steine brachte statt Brot und verhinderte so ein Reichsberggesetz.

1905 stimmte das Zentrum gegen einen Antrag, wonach die Arbeiterausschüsse das Recht haben sollten, bei Differenzen über Lohn- und Arbeitsbedingungen als Beschwerdeinstanz zu fungieren.

1906 stimmte das Zentrum für die verhunzte Knappschaftsnovelle, wodurch den Knappschaftsinvaliden das Wahlrecht und das Recht, als Aelteste gewählt zu werden, genommen und das geheime Wahlrecht abgelehnt wurde. Selbst der „Bergknappe" hatte alle arbeiterfreundlichen und gerechten Abgeordneten aufgefordert, dieses Gesetz abzulehnen, falls es den Arbeitern keinen ausschlaggebenden Einfluß in der Verwaltung bringe. Das geschah nicht, trotzdem hat das Zentrum dem Gesetz zugestimmt und mit ihm auch die „christlichen" Arbeiterabgeordneten.

Ueber diese Haltung war sogar der Rechtsschutzbeamte des Zentrumsgewerkvereins Josef Beelken-Bottrop so erbost, daß er in seinem Bureau zu mehreren christlichen Kameraden sagte:

„Die Zentrumspartei hat uns verraten. Auch unsere Arbeitervertreter haben uns im Stich gelassen. Hätten wir dieselben nur hier. Alle kriegten sie einen Strick um den Hals und dann würden sie hier rund herum an die Wand gehangen. Um jeden käme ein besonderer Rahmen."

1908 stimmte das Zentrum gegen die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf alle Betriebe mit mehr als fünf Personen, gegen die Ausdehnung dieses Schutzes auf Heimarbeit.

Das Zentrum verlangte 1908 für Kinder unter 14 Jahren in Handwerksbetrieben den 10 Stundentag,

stimmte gegen den 9 Stundentag für weibliche Arbeiter,

stimmte dagegen, daß in Gastwirtschaften mit mehr als 10 Angestellten die

Kinderarbeit verboten werde,

gegen den 6 Stundentag für Kinder unter 14 Jahren,

gegen den 10 Stundentag für Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren,

gegen eine Ruhepause für diese Jugendlichen von 11 Stunden.

1902 versprach das Zentrum den Arbeitern, daß bis 1910 450—500 Millionen für eine Witwen- und Waisenversicherung ohne Beiträge der Arbeiter gespart sein würden,

sorgte durch das System der Einfuhrscheine dafür, daß jahrelang gar nichts und bis 1912 nur 50 Millionen Mark zurückgelegt wurden,

belastete für diese Versicherung die Arbeiter mit neuen Beiträgen.

1911 stimmte das Zentrum bei Beratung der Reichsversicherungsordnung dagegen, daß das Krankengeld vom ersten Tage und für jeden Tag der Krankheit gezahlt werden sollte,

erdrosselte die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen,

verhinderte, daß die Landarbeiter das Wahlrecht zur Krankenkasse erhielten,

stimmte dafür, daß bei den Landkrankenkassen im Winter das Krankengeld auf ¼ des Ortslohnes, also bis zu 25 Pf. herunter, festgesetzt werden kann,

raubte den ländlichen Wöchnerinnen 4 Wochen Wöchnerinnenunterstützung,

stimmte gegen die Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente von 70 auf 65 Jahre,

stimmte entgegen der Petition unseres Verbandes für den § 1322 der Reichsversicherungsordnung, der den Grubenbesitzern die Handhabe gegeben hat, die Witwen- und Waisenrenten zur Hälfte auf die Knappschaftsrenten aufzurechnen.

Das alles und noch viel mehr tat das Zentrum; seitenlang könnten wir noch so fortfahren, ohne daß dessen Sündenregister erschöpft würde.

Ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform, dafür nur einige einwandfreie Zeugnisse:

Bischof Ketteler schrieb in seinem Buche „Die Arbeiterfrage und das Christentum":

„Die Partei, deren Hauptvertreter Lassalle ist, hat das unbestreitbare Verdienst, die Lage des Arbeiterstandes mit unerbittlicher Schärfe aufgedeckt zu haben."

Professor Hitze schrieb in seinem Buche „Die soziale Frage":

„In seiner Kritik unserer jetzigen gesellschaftlichen Zustände liegt die starke Seite des Sozialismus und hier müssen wir seine Verdienste um die Lösung der sozialen Frage dankbar anerkennen."

Bismarck sagte am 26. November 1884 im Reichstag:

„Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und sich nicht eine Menge Leute vor ihnen fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir in der Sozialreform gemacht haben, überhaupt nicht gemacht worden sein."

Die „Tremonia", das Dortmunder Zentrumsblatt, schrieb am 7. Februar 1903 von der Sozialdemokratie:

„Ihr Vorhandensein belebt den Eifer für soziale Reformen und zugleich die volkserzieherische Tätigkeit der bürgerlichen Parteien."

Für heute wollen wir schließen, weil wir befürchten, daß es für die zarten Zentrumsnerven des „neutralen" „Bergknappen" sonst zu viel wird. Hoffentlich betätigt er seine „Neutralität" in der bisherigen Weise weiter; und da wir doch nicht „neutraler" sein dürfen wie der „neutrale" „Bergknappe", versprechen wir hiermit feierlichst, stets mit gleicher Münze heimzuzahlen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben, aber in ganz anderem Sinne, wie es sich der „Bergknappe" träumen läßt.

Die Bergarbeiterbewegung in Großbritannien im Jahre 1911.

London, 4. Januar 1912.

Das Jahr 1911 mit seinen Revolutionen, Kriegen und Massenstreiks wird in der Geschichte wohl eine ähnliche Rolle spielen, wie das Jahr 1848. In Großbritannien äußerte sich die allgemein herrschende Unruhe und Empörung in gewaltigen Streiks gegen die immer unerträglicher werdende Herrschaft des Kapitalismus. Auch unter der britischen Bergarbeiterbevölkerung, die anscheinend so zufrieden war, fing es an, mächtig zu gären, wenn es auch nicht gleich zu einem Ausbruch der Unzufriedenheit kam. Die britischen Bergarbeiter, mit Ausnahme der Südwalliser, die das lebhafte, sanguinische keltische Temperament besitzen, sind schwer zu bewegen; kommen sie als Masse aber einmal in Bewegung, so ist es, als wenn ein großer Felsblock ins Rollen gerät. Dann gibt es kein Aufhalten mehr. Nun ist die Masse in Bewegung gekommen und die herrschenden Klassen Großbritanniens erwarten mit bangem Blick die Ereignisse, die die nächsten Wochen bringen werden.

Der Anfang des Jahres sah einen höchst erbitterten Kampf zwischen den Bergarbeitern des Rhonddatals in Südwales und den protzigen Zechengewaltigen, des „Cambrian Combine", einer großen Bergwerksgesellschaft. Der Kampf dauerte fast ein Jahr und endete mit der Niederlage der Streikenden. Doch nicht allein die Heftigkeit, mit der er geführt wurde, machte ihn bemerkenswert; er gab auch den Anstoß zu der Minimallohnbewegung, die wahrscheinlich Ende Februar zum Generalstreik der britischen Bergarbeiter führen wird. Ursprünglich handelte es sich bei dem Kampf im Rhonddatal um einen Streit über eine Preisliste, die von einer kleinen Belegschaft als ungureichend angesehen wurde. Bald waren alle Arbeiter des „Cambrian Combine", 12 000 an der Zahl, in diesen Kampf verwickelt. Und nun tauchten auch andere Beschwerden auf, die allmählich das ursprüngliche Kampfobjekt verdunkelten. Besonders beklagten sich die Arbeiter über den geringen Lohn, den Leute, die an sogenannten „abnormen Arbeitsstellen" arbeiteten, verdienten. Eine von den südwalisischen Bergarbeitern veranstaltete statistische Erhebung ergab, daß viele Tausende Bergarbeiter (Hauer) in dem Revier einen Lohn verdienten, von dem sie unmöglich leben konnten. Wer die Protokolle der internationalen Bergarbeiterkongresse durchliest, wird finden, daß von kontinentalen Delegierten fast jedes Jahr die Frage an die englischen Kameraden gestellt wurde, ob denn alle Arbeiter in Großbritannien wirklich den Minimallohn erhielten. Vor Jahren klang die Antwort, daß dem so sei, noch recht zuversichtlich. Man erklärte, daß diejenigen Arbeiter, die auf Grund des Tarifvertrags zu keinem auskömmlichen Lohn kommen könnten, eine entsprechende Vergütung bekämen. Das mochte damals vielleicht auch noch im allgemeinen richtig sein. In der letzten Zeit klang die Antwort jedoch weniger zuversichtlich. Und das hatte seine Ursache darin, daß es seit einigen Jahren immer häufiger zu Streitigkeiten zwischen den Bergarbeitern und den Unternehmern über diese Vergütung gekommen ist. Man gab schließlich zu, daß es einen Minimallohn im allgemein angenommenen Sinne des Wortes in der britischen Bergwerksindustrie nicht gibt. Die Arbeiter hatten sich nun daran gewöhnt, den minimalen prozentualen Aufschlag zu ihren Grundlöhnen, der sich nach den Kohlenpreisen richtet, als den Minimallohn zu bezeichnen, obwohl dieser Minimallohn jedem Arbeiter keineswegs garantiert ist, wenn er nicht die nötige Menge Kohlen liefert oder liefern kann. Man muß also, um sich über die Sache klar zu sein, in Zukunft das Wort Minimallohn zur Bezeichnung der jetzt herrschenden Entlohnung fallen lassen.

Die Gründe, die die Kohlenbesitzer bestimmten, mit den Vergütungen für abnorme Stellen zu knausern oder sie gar zu entziehen, sind mannigfaltiger Art und sind in der ganzen kapitalistischen Entwicklung zu suchen. Keine unwesentliche Rolle dürfte jedoch die zunehmende innere Konkurrenz zwischen den Kohlenbesitzern des Landes spielen. Auch der psychologische Faktor, das größere Selbstbewußtsein der durch die Konzentration und Ausdehnung ihrer Betriebe wirtschaftlich erstarkten Unternehmer, muß in Betracht gezogen werden. Während des Kampfes im Rhonddatal trat die Frage der abnormen Arbeitsstellen zuerst in den Vordergrund der nationalen Bewegung, nach dem sie zuvor nur lokale Bedeutung hatte. Größere Bedeutung gewann sie besonders durch den Konflikt zwischen dem Exekutivausschuß der Bergarbeiterföderation Großbritanniens mit den Streikenden in Südwales. In diesem Streit war die Föderation offenbar im Recht. Sie stellte sich auf den Standpunkt, daß das ursprüngliche Kampfobjekt für die Beilegung oder Fortführung des Kampfes entscheidend sein müsse. Es geht doch nicht an, daß z. B. eine Belegschaft in einen Lohnkampf tritt und sich dann anschickt, einen Kampf um den Achtstundentag daraus zu machen. Die Südwalliser waren aber anderer Meinung. Sie glaubten, daß die Zeit gekommen sei, um den Kampf der Rhonddataleute zu einem allgemeinen Kampf zu machen. Sie schickten Emissäre nach allen Gebieten, die den allgemeinen Bergarbeiterstreik predigten und die Leute aufrüttelten. Was man auch über die unregelmäßige Aufführung der Südwalliser denken mag, den Kampf, den sie führten, kämpften sie mit zäher Ausdauer und kaum zu überbietender Opferwilligkeit. Schließlich muß auch noch erwähnt werden, daß die Frage der abnormen Arbeitsplätze durch die letzten richterlichen Entscheidungen ein anderes Aussehen bekommen hat. Es ist nämlich entschieden worden, daß die Vergütung (allowance, consideration), die dem Arbeiter an abnormen Stellen bezahlt wird, nur ein freiwilliges Geschenk (gratuity) des Arbeitgebers ist. Der Arbeiter weiß also jetzt, daß sein Lohn von der Laune des Betriebsführers abhängt, und dieses Bewußtsein hat das Verlangen nach einer Regelung der Frage sicherlich gestärkt.

Es gelang den Südwalliser endlich jedoch, die Föderation zu bewegen, die Frage der abnormen Arbeitsstellen zu einer nationalen Frage zu machen. Am 20. September kamen die Vertreter der britischen Bergarbeiter zum ersten Male in der Geschichte der Bewegung mit den Vertretern aller Kohlenbesitzer des Landes zusammen, um eine Regelung dieser Frage herbeizuführen. Die Unternehmer lehnten die Forderungen der Arbeiter, daß jeder Mann an abnormen Stellen den Lohn bekommen sollte, den er früher an normalen Stellen erzielt habe und der mindestens so hoch sein müsse wie der Grundlohn des Distrikts plus der bestehenden Prozente, rundweg ab und erklärten, daß die Frage nur örtlich, wie bisher, geregelt werden könne.

Nun entwickelten sich die Dinge sehr schnell. Die Forderung der Arbeiter erhielt eine allgemeine Fassung. Man verlangte einen garantierten Minimallohn für jeden unter Tage beschäftigten Arbeiter. Einige Tage nach der Konferenz fand die Generalversammlung der Bergarbeiterföderation Großbritanniens in Southport statt. Man nahm die von einer ganzen Reihe Distrikte vorgeschlagene Minimallohn-Resolution an, änderte die Generalstreiksklausel des Organisationsstatuts um, indem man aus ihr eine Angriffswaffe schmiedete, und beauftragte alle Distrikte, den lokalen Unternehmerorganisationen die Minimallohnforderung zu unterbreiten und auf einer am 14. November abzuhaltenden Konferenz Bericht zu erstatten. Die Verhandlungen hatten nirgendwo Erfolg. In Süd-Wales weigerten sich die Werksbesitzer gar, auf die Frage einzugehen und wiesen auf die Bestimmungen des bestehenden Lohnvertrags, der noch auf über drei Jahre in Kraft bleibe. Nur in den mittel-englischen Distrikten machten die Unternehmer Miene, auf die Vorschläge der Arbeiter einzugehen. Ihre Haltung bestimmte dann die Konferenz der Bergarbeiter am 15. November die Fortsetzung der Verhandlungen zu beschließen und auch mit den Vertretern der Gesamtunternehmerschaft zu verhandeln. Aber die Konferenz zwischen dem verstärkten Exekutivausschuß der Föderation und den Vertretern der Werksbesitzer des ganzen Landes kam nicht zustande. Die Beamten der Unternehmerorganisation hatten wohl zugesagt, wurden aber von ihren Auftraggebern desavouiert, die eine nationale Konferenz als zwecklos bezeichneten. Auch die weiteren lokalen Verhandlungen führten zu nichts. Unter diesen Umständen blieben der Konferenz der Bergarbeiterföderation vom 20. Dezember nur zwei Auswege: entweder mußte die Forderung zurückgezogen werden oder es mußte Krieg erklärt werden. Die Konferenz beschloß einmütig, eine Urabstimmung vornehmen zu lassen über die Frage, ob die Mitglieder bereit seien, zur Durchsetzung der Minimallohnforderung in den Generalstreik zu treten. In einigen Tagen wird die Abstimmung stattfinden.

Die Argumente, die die Unternehmer der Forderung der Arbeiter entgegenstellten, sind verschiedener Art. Einige von ihnen, darunter die südwalisischen Scharfmacher, stellten sich auf den Standpunkt, daß die Mehrkosten des Minimallohns von der Industrie nicht getragen werden könnten. Andere, wie die mittel-englischen, sagen: Wir sind ganz damit einverstanden, daß der Arbeiter, der sich ehrlich abmüht, einen auskömmlichen Lohn verdienen und diesen auch erhalten soll. Aber ihr müßt bedenken, daß es nicht allein abnorme Arbeitsstellen gibt, sondern auch abnorme Arbeiter, die nichts leisten wollen oder können. Um diesen Einwand zu entkräften, haben die Arbeiter erklärt: Wir sind bereit, auf jeder Zeche Einrichtungen zu treffen, mit denen die Löhne alter oder untüchtiger schwacher Arbeiter durch gegenseitige Abmachung zu regeln sind, denn wir haben natürlich kein Interesse daran, unsere alten und schwächlichen Kameraden brotlos zu machen. Was die faulen Arbeiter anbelangt, so wißt ihr ja selbst gut genug, was ihr mit ihnen anzufangen habt. Schon heute kann sich ein Untertagsarbeiter, der einen festen Lohn bezieht, nicht viele Tage halten, wenn er faulenzt. Uebrigens muß der Minimallohn anregend auf die Förderung wirken; anstatt weniger zu fördern, werdet ihr von Anfang an mehr fördern. Bessere Grubeneinrichtungen würden geschaffen werden, die Organisation eurer Betriebe würde sich verbessern; denn ihr würdet alles daran setzen, um Stockungen jeder Art zu vermeiden. Trotz aller Diskussion ist man sich jedoch noch nicht näher gekommen. Von einem Unternehmer ist der Vorschlag gemacht worden, die Frage in der Weise zu lösen, daß man alle Löhne der Arbeiter in jeder Zeche zusammenwirft und die Gesamtsumme unter die Arbeiter nach Maßgabe ihrer Arbeit und Fähigkeit verteilt. Die Arbeiter werden sich aber schwerlich dazu verstehen, dem Unternehmer einen Teil der Unkosten — denn das sind doch eigentlich die Arbeiten der Hauer an unproduktiven Stellen — abzunehmen.

Wie wird nun die Urabstimmung ausfallen? In der kapitalistenfreundlichen Presse liest man, daß den Bergarbeitern nicht viel an der Minimallohnfrage liege und daß sie den Generalstreik nicht befürworten werden. Das klingt jedoch zu sehr wie das Pfeifen einer ängstlichen Person, die sich im Dunkeln Mut einflößen will. Die Delegierten zur letzten Konferenz würden sicher nicht für die Urabstimmung gestimmt haben, wenn sie nicht glaubten, daß sich die Mehrheit der Bergarbeiter für die Minimallohnfrage sehr lebhaft interessiert. Der Vorstand des süd-walisischen Verbandes hat den Mitgliedern den Rat erteilt, für den Generalstreik zu stimmen. Vielleicht kann man von dem Resultat der letzten Abstimmung über den Generalstreik auf das Resultat der kommenden Abstimmung schließen. Damals (1900) handelte es sich darum, den schottischen Bergleuten beizustehen. Das Resultat war (die in Klammern bezeichneten Ziffern waren gegen den Generalstreik): Yorkshire 66 363 (7781), Lancashire und Cheshire 57 770 (5460), Mittelenglische Föderation 32 267 (2039), Derbyshire 25 400 (2647), Nottinghamshire 22 266 (1880), Leicestershire 4283 (104), Süd-Derbyshire 2829 (228), Nord-Wales 8082 (1175), Cumberland 4438 (562), Bristol 1597 (192), Sommerset 3577 (415), Schottland 65 670 (2390), Süd-Wales 125 311 (18 365), Northumberland 25 103 (2786), Durham 65 776 (13 643), Cleveland 6022 (2130). Dafür waren also 518 361, dagegen 62 980 Mitglieder.

Also war eine Mehrheit von 455 881 für den Streik.

(Um einem häufig vorkommenden Mißverständnis vorzubeugen, sei hier erklärt, daß man unter „Mittelenglische Föderation" zwei verschiedene Dinge versteht. Genau genommen ist die Mittelenglische Föderation nur die in dieser Aufstellung angeführte Organisation einiger englischer Grafschaften. Aber man gebraucht das Wort auch häufig für die Gesamtheit der dem englischen (mittelenglischen) Einigungsamt angeschlossenen Verbände, zu denen außer Süd-Wales, Schottland, Durham, Northumberland und einiger kleinerer Distrikte alle englischen Reviere gehören.)

Am 16. Januar wird das Resultat der Abstimmung in Händen des Generalsekretärs sein und am 18. Januar wird die Konferenz der Bergarbeiterföderation in Birmingham stattfinden. Wird der Sturm hereinbrechen? Wird man in letzter Stunde noch zu einem Vergleich kommen? Bis heute sind keine Anzeichen vorhanden, die auf eine gütige Beilegung des Konflikts hinweisen. J. K.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Unternehmerurteil über die Verkürzung der Arbeitszeit.

Wie die „Soziale Praxis" mitteilt, befindet sich im Geschäftsbericht 1909/10 des Verbandes deutscher Färbereien und chemischer Waschanstalten in Hamburg ein interessantes Urteil von Arbeitgebern über die Durchführung des 10-Stundentages für Arbeiterinnen durch die letzte Gewerbeordnungsnovelle. Es heißt dort:

„Die neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung sind auch nicht so „verhängnisvoll" für die Industrie, wie vielfach ausgerufen wird. Die Gewerbeaufsichtsbeamten und die Regierung sind allmählich abgebrüht über das ständige Jammern der Industrie, die „nun ganz zugrunde gerichtet" werde, dabei aber erfreulicherweise immer kräftiger aufblüht ... Die Verkürzung der Arbeitszeit betrifft sämtliche einheimischen Betriebe gleichmäßig, so daß keiner mehr darunter leidet als sein Konkurrent. Wir hatten uns früher gegen die Verkürzung der Arbeitszeit gewendet, aber vergeblich, nun heißt es, sich mit der Notwendigkeit abzufinden. Die Mühe, die Arbeit etwas anders zu disponieren als bisher, wird aufgewogen durch die größere Arbeitsfreudigkeit und Fähigkeit der Leute. Und selbst, wo das nicht bemerkbar sein sollte, muß doch jeder Einsichtige erkennen, daß die Schonung der weiblichen Arbeiter unerläßlich ist für die Zukunft unseres Volkes. Denn von Frauen, die durch langes Arbeiten geschwächt sind, kann man keine gesunden Kinder erwarten. Da muß der einzelne schon einige Opfer für die Zukunft seines Volkes bringen. Dieser Gesichtspunkt hat unserer Ansicht nach auch die Regierung zur Einbringung des Gesetzes veranlaßt, nicht die Rücksicht auf die Wünsche einzelner Parteien. Aus diesen Gesichtspunkten und aus der Erwägung, daß Widerstand doch vergeblich sein würde, haben wir, ohne Gesuche und dergleichen einzureichen, uns nur bereit erklärt, unseren Mitgliedern nach Kräften beizustehen, wo innerhalb der gesetzlichen Vorschriften liegende Gesuche von einzelnen Gewerbeaufsichtsbeamten abgelehnt wurden, z. B. auf Gestattung von Ueberarbeiten während der Saison."

Dieses Urteil hört sich jedenfalls ganz anders an, als das ständige Räsonieren der Scharfmacher in der Industrie und im Innungslager über unsere sozialpolitische Gesetzgebung.

Die Hungrigen und die Satten.

Von der 39 145 535 Köpfe zählenden Bevölkerung Preußens waren für 1910: 8 199 181 Steuerzahler mit 16 708 154 Angehörigen oder 42,8 Prozent der Bevölkerung steuerfrei, weil ihr Einkommen

weniger als 900 Mark

betrug. Außerdem waren wegen großer Kinderzahl und besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse 606 216 Steuerzahler freigestellt, die ein Einkommen von über 900 Mark hatten. Diese Steuerzahler gehören zum allergrößten Teile zu den Gruppen mit einem Einkommen

bis zu 1500 Mark.

Sie und ihre Angehörigen machen 8,6 Prozent der Bevölkernug aus. Weiter gehören zu den Steuerpflichtigen der Einkommensgruppen bis zu 1500 Mk. 3 937 110 Steuerzahler, auf die nach dem Durchschnitt 14 173 596 = 36 Prozent der Bevölkerung entfallen. Diese Gruppen zusammen, die man zu den Erwerbstätigen mit weniger als 1500 Mk. rechnen kann, machen mit ihren Angehörigen

87,5 Prozent der Gesamtbevölkerung

aus.

Sieben Achtel der Gesamtbevölkerung

gehören also zum Proletariat!

Demgegenüber gab es in Preußen nach der amtlichen Statistik vom Jahre 1910: 80 303 Steuerzahler, die pro Kopf ein Jahreseinkommen von zirka

7505 Mark

besaßen. Ferner 89 546 Steuerzahler, die pro Kopf ein Jahreseinkommen von zirka

15 500 Mark

hatten. Weiter: 18 535 Steuerzahler mit einem Jahreseinkommen von fast

50 000 Mark

pro Kopf. Endlich 3893 Steuerzahler mit einem Jahreseinkommen von rund

244 000 Mark

pro Kopf!

Die 111 974 Steuerzahler in Preußen mit dem höchsten Einkommen erzielten

3 259 096 750 Mark Einkommen,

während das Gesamteinkommen der 2 752 497 Steuerzahler mit 900 bis 1200 Mk. nur

2558 Millionen Mark

betrug.

Die Zahl der mehrfachen Millionäre, also derer, die mehr als 100 000 Mk. Jahreseinkommen besaßen, betrug

1892: 1650 1905: 2850 1910: 3893

Die Zahl der Multimillionäre mit einem Jahreseinkommen von mehr als einer Million Mark wuchs in Preußen von 31 im Jahre 1892 auf 57 im Jahre 1905 und auf 145 im Jahre 1911!

Soziale Rechtsprechung und Arbeiter-Versicherung.

Alles- oder Nichtspolitik.

Der sozialdemokratischen Arbeiterpartei wird stets zum Vorwurf gemacht, sie treibe eine völlig nutzlose Alles- oder Nichtspolitik. Presse und Flugblätter des Zentrums, der Nationalliberalen, Konservativen usw. behaupten mit verblüffender Uebereinstimmung: Die Sozialdemokratie stimmte gegen die Durchführung der sozialpolitischen Gesetzgebung, z. B. gegen das Krankenversicherungsgesetz von 1883, gegen das Unfallversicherungsgesetz von 1884 und gegen das Invaliden- und Altersversicherungsgesetz von 1889.

Sehen wir uns einmal diese drei Behauptungen etwas genauer an. Der Krankenversicherungsentwurf war dem Reichstage, in welchem die Sozialdemokratie ganze 12 Sitze inne hatte, mit dem zweiten Unfallversicherungsentwurf zugegangen (darüber siehe weiter unten), nur das Krankenversicherungsgesetz wurde am 31. Mai 1883 angenommen.

Der sozialdemokratischen Fraktion verweigerte man einen Sitz in der Kommission, die 50 Sitzungen abhielt! Sie konnte ihre Wünsche nur im Plenum vortragen! Nach ihrer Forderung sollten versicherungspflichtig sein:

alle Angehörigen des Deutschen Reiches, sowie alle dauernd in Deutschland sich aufhaltenden Ausländer, welche das 15. Lebensjahr zurückgelegt und ein Einkommen bis zu 7,50 Mk. pro Tag haben.

Als Mindestleistungen wurden gefordert:

vom ersten Krankheitstage an für die ganze Dauer der Erwerbsunfähigkeit Krankengeld in der Höhe des ortsüblichen Tagelohnes, mindestens aber 2 Mark bei den Berufskrankenkassen;

freie ärztliche Behandlung und Arznei;

eine Wöchnerinnen-Unterstützung von sechs Wochen;

im Todesfalle eine die Begräbniskosten deckende Unterstützung;

die bestehenden Fabrik-Krankenkassen sollen aufgelöst werden;

für die freien Hilfskrankenkassen war der Weg von jedem Hindernis freizumachen versucht.

Bei der zweiten Lesung des Gesetzes war man der sozialdemokratischen Forderung, alle Angehörigen des Deutschen Reiches zu versichern, so weit entgegengekommen, daß die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter beschlossen wurde. Die Konservativen und das Zentrum erklärten gemeinsam: Wir lassen das ganze Gesetz scheitern, wenn die landwirtschaftlichen Arbeiter nicht wieder aus der Versicherung herauskommen! Alles was wir wollen oder nichts, war ihr Standpunkt.

Die sozialdemokratischen Anträge wurden mit Gelächter abgelehnt. Unter den 99 Stimmen, die gegen das ganze Gesetz gezählt wurden, befanden sich 60 linksliberale! Selbstverständlich auch die 12 Sozialdemokraten.

Nun zum Unfallversicherungsgesetz von 1884.

Schon im Jahre 1878 verlangte die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages die Anwendung der scharfen Haftung, gemäß dem Haftpflichtgesetz für Eisenbahnunternehmungen, auf die Unternehmer aller, auch der landwirtschaftlichen Maschinenbetriebe. Ein Jahr später kam Bebel mit dem Vorschlag — der verwirklicht worden ist — Ausdehnung der Entschädigungspflicht auf alle Unternehmer und als Grundlage dafür eine Zwangsversicherung der Unternehmer in einer Reichsanstalt.

1881 kam der erste Unfallversicherungsentwurf mit dem Bebelschen Gedanken einer Reichsversicherungsanstalt und Unfallgenossenschaften. Das Zentrum und die Nationalliberalen erklärten sich aber strikt gegen jeden Zuschuß aus der Reichskasse. Sogar die Konservativen verließen diesen verdrehten Standpunkt bei der zweiten Lesung. Die Regierung mußten den ganzen Entwurf, durch Zentrum und Nationalliberale gezwungen, zurückziehen!

November 1881 kam die soziale Botschaft Wilhelms I. Aus der Peitsche des Sozialistengesetzes wurde das Zuckerbrot der Sozialgesetzgebung. Trotzdem arbeitete die kleine sozialdemokratische Fraktion eifrigst mit an dem neuen Entwurf von 1884, der 1885 angenommen wurde und zwar gegen die sozialdemokratischen und die fortschrittlichen Stimmen!

Das Zentrum kämpfte mit wütender Leidenschaft gegen jede staatliche Versicherung, die „Germania" bezeichnete die Versicherungsgesetze als eine Anbahnung des sozialistischen Staates. Erst als der zweite Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes durch Bismarcksche Konzessionen an die Arbeiterfeindschaft des Zentrums verschlimmert schien, stimmte dieses dafür, nicht weil den Arbeitern genug geboten worden, sondern weil es genügend wenig war!

Als der Invaliditätsversicherungs-Gesetzentwurf kam, stürzte sich die sozialdemokratische Fraktion sofort wieder in die eifrigste positive Arbeit. Sie erreichte die Beseitigung der Quittungsbücher, die Annahme der Quittungskarten mit gesunden Bestimmungen gegen den geheimen Mißbrauch zur Kennzeichnung unangenehmer Arbeiter.

Die weiteren sozialdemokratischen Forderungen lauteten:

Sicherstellung der freien Hilfskassen,

Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Unternehmer mit weniger als 20 000 Mk. Einkommen,

Erwerbsunfähigkeit des Arbeiters ist schon dann vorhanden, wenn er nur noch die Hälfte seines früheren Verdienstes erarbeiten kann,

die Altersgrenze ist von 70 auf 60 Jahre herabzusetzen,

die Wartezeit ist auf 20 statt 30 Jahre festzusetzen,

Erhöhung des Reichszuschusses und Einbringen der Mehrkosten durch direkte Besteuerung der großen Einkommen.

Schaffung einer einheitlichen Reichsversicherungsanstalt.

Die bürgerlichen Parteien bekämpften diese Anträge mit der größten Wut, zum Teil sogar das ganze Gesetz. Das hat gerade beim Zentrum so lange nachgewirkt, daß die „Kölnische Volkszeitung" noch am 12. September 1896 erklärte:

„Das Zentrum ist für Invaliditäts- und Altersgesetz nicht verantwortlich. Dies festzustellen, ist im gegenwärtigen Augenblick vielleicht von Interesse ..."

Gegen das Gesetz stimmten Sozialdemokraten, die Deutschfreisinnigen, das Zentrum (mit 13 Ausnahmen), die Polen, die Welfen, Elsässer und 11 Nationalliberale! Trotzdem steht heute überall in Zentrumsflugblättern und in solchen der liberalen Parteien die dumme Behauptung, die Sozialdemokratie sei deswegen völlig negierend und unfruchtbar, weil sie unter anderem auch gegen das Invalidenversicherungsgesetz gestimmt habe!

Uebergangsbestimmungen für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach der R.-V.-O.

Auf Grund des Artikel 100 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung hat der Bundesrat für das Gebiet der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung folgendes bestimmt:

I. Solange der Grundlohn (§§ 180, 181 der Reichsversicherungsordnung), der Ortslohn (§§ 149 bis 152 a. a. O.) und der durchschnittliche Betrag für Seeleute (§§ 1057 bis 1071 a. a. O.) noch nicht in Kraft getreten sind, gilt an deren Stelle, vorbehaltlich des § 1246 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung, als Jahresarbeitsverdienst im Sinne des § 1246 Abs. 2 a. a. O. wie bisher.

1) für Mitglieder einer Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- oder Innungskrankenkasse der dreihundertfache Betrag des für ihre Krankenkassenbeiträge maßgebenden durchschnittlichen Tagelohns bezw. wirklichen Arbeitsverdienstes (§§ 20, 26a Abs. 2 Ziffer 6 des Krankenversicherungsgesetzes),

2) für die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen, soweit sie nicht einer unter Ziffer 1 bezeichneten Krankenkasse angehören, ein Betrag, der für sie von der höheren Verwaltungsbehörde unter Berücksichtigung des § 8 des Invalidenversicherungsgesetzes als durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst festzusetzen ist; bei Betriebsbeamten wird jedoch der für jeden von ihnen nach § 8 des Gesetzes vom 5. Mai 1886 (Reichsgesetzblatt Seite 132) maßgebende Jahresarbeitsverdienst zu Grunde gelegt,

3) für die auf Grund des Seeunfallversicherungsgesetzes versicherten Seeleute, mit Ausnahme der in Schlepper- und Leichterbetrieben beschäftigten Personen, der Durchschnittsbetrag des Jahresarbeitsverdienstes, welcher gemäß § 10 a. a. O. vom Reichskanzler festgesetzt worden ist,

4) für Mitglieder einer Knappschaftskasse der dreihundertfache Betrag des von dem Kassenvorstand festzusetzenden durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes derjenigen Klasse von Arbeitern, welcher der Versicherte angehört, jedoch nicht weniger als der dreihundertfache Betrag des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter des Beschäftigungsorts (§ 8 des Krankenversicherungsgesetzes),

5) im übrigen der dreihundertfache Betrag des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter des Beschäftigungsorts (§ 8 des Krankenversicherungsgesetzes), soweit nicht für einzelne Berufszweige von der höheren Verwaltungsbehörde ein anderer Jahresarbeitsverdienst festgesetzt wird.

II. Im übrigen treten bis zum Inkrafttreten der Ortslöhne und der Grundlöhne nach den §§ 149 bis 152, 180, 181 der Reichsversicherungsordnung an deren Stelle die der Berechnung des Krankengeldes jeweils zu Grunde zu legenden Arbeitslöhne.

III. Als Krankenkassen gelten, vorbehaltlich der Nummer IV, bis zur Errichtung der Krankenkassen nach § 225 der Reichsversicherungsordnung die Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- und Innungskrankenkassen, die Knappschaftskassen sowie die Gemeindekrankenversicherung und landesrechtliche Einrichtungen ähnlicher Art.

IV. Als Ersatzkassen gelten die eingeschriebenen und die auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen so lange, bis die ihnen ausgestellte amtliche Bescheinigung (§ 75a des Krankenversicherungsgesetzes ungültig geworden ist (Artikel 25 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung).

V. Bis zum Inkrafttreten des § 398 der Reichsversicherungsordnung gilt § 142 Abs. 4 des Invalidenversicherungsgesetzes weiter, ebenso die hierauf bezügliche Strafvorschrift des § 181 Nr. 1 a. a. O.

Die Ortskrankenkassen im Jahre 1910.

Die amtliche Statistik der Krankenversicherung besitzt viele Mängel; auch erscheint sie immer recht verspätet. Der Verlag der „Arbeiterversorgung" in Groß-Lichterfelde hat es daher unternommen, eine Zusammenstellung der Ergebnisse der größten Ortskrankenkassen des Deutschen Reiches vom Jahre 1910 herauszugeben. Die Statistik umfaßt 1300 Kassen. Im allgemeinen hatten die Kassen im Jahre 1910 gute finanzielle Erfolge zu verzeichnen, was seinen Grund in der besseren wirtschaftlichen Konjunktur hatte.

Eine allgemeine Erscheinung der Krankenversicherung ist, daß die Aufwendungen pro Kopf des Versicherten immer mehr steigen. Die Ursache hierfür liegt einerseits in dem ständigen Ausbau der Leistungen der Krankenkassen, sodann aber auch in den gestiegenen Kosten der einzelnen Leistungen, so der ärztlichen Behandlung, der Arzneien, der Krankenhausbehandlung. Am bemerkenswertesten ist dabei das fortgesetzte Steigen der ärztlichen Honorare. Unter den 1300 Kassen sind 270, bei denen die Ausgaben für den Arzt höher sind als für die Kranken, und zwar zum Teil erheblich höher. Dafür folgende Beispiele. Es entfielen im Jahre 1910 auf das Mitglied:

bei der Ortskrankenkasse	für den Arzt	für Krankengeld
C. Beuthen	8,06 Mk.	3,89 Mk.
Gelbgießer in Breslau	2,79 „	1,50 „
Burkau	5,29 „	2,06 „
Burkersdorf	4,55 „	1,81 „
Carolinensiel	2,50 „	1,00 „
Clausnitz	6,07 „	1,61 „
Dauden	9,80 „	5,48 „
Flensburg	12,86 „	4,58 „
Freiberg (Fleischer)	6,89 „	1,82 „
Gnesen III	7,48 „	3,75 „
Halberstadt (Schneider)	5,05 „	2,07 „
Limburg	4,51 „	0,96 „
Marne	10,32 „	4,10 „
Winzig	3,31 „	1,30 „

Diese Zusammenstellung könnte noch stark erweitert werden. Bei diesen Kassen kommt also der Arzt, der ab und zu mal zu dem Kranken kommt, mehr als der Kranke selbst, der seinem Beruf nicht nachgehen kann und von dem Krankengeld leben soll. Zum Teil ist das, was einige Aerzte bekommen, mehr als doppelt so hoch als das, was die große Zahl der erwerbsunfähigen Kranken zusammen erhielten.

Eine starke Steigerung haben in den letzten Jahren aber auch die Ausgaben für Arznei und Heilmittel erfahren und es gibt bereits Kassen, bei denen die Ausgaben für diese Dinge ebenfalls höher sind als für Krankengeld. Die Ortskrankenkasse in Biberach zahlt für Arzneien 4,02 Mk., für Krankengeld 3,37 Mk.; die in Vorlas für Arzneien 2,25 Mk., für Krankengeld 2,19 Mk.; die Ortskrankenkasse für Fleischer in Freiberg für Arzneien 2,25 Mk., für Krankengeld 1,32 Mk.; die Ortskrankenkasse in Jever für Arzneien 4,65 Mk., für Krankengeld 3,65 Mk. usw. In der Regel sind es die Kassen, die hohe Aufwendungen für Aerzte haben, die auch sehr viel für Arzneien bezahlen müssen.

Bei einigen Kassen haben auch die Verwaltungsausgaben eine ziemliche Höhe erreicht. Je kleiner die Kasse, um so höher ist der Betrag, der durchschnittlich auf ein Mitglid an Verwaltungsaufwand entfällt. Die Ortskrankenkasse C Beuthen mit 1364 Mitgliedern zahlte 3,37 Mk. pro Mitglied an Krankengeld, aber 3,49 Mk. an Verwaltungskosten. Auch sonst gibt es noch einige Kassen, bei denen die Krankengelder niedriger waren als die Verwaltungskosten.

Die Einziehung der Invalidenversicherungsbeiträge war 371 Kassen übertragen worden. Unter ihnen befinden sich alle Kassen im Königreich Sachsen, Thüringen, Hamburg usw. Die Besorgung der Geschäfte der Invalidenversicherung durch die Krankenkassen hat sich im allgemeinen gut bewährt. Es ist bedauerlich, daß sie nicht allgemein obligatorisch eingeführt ist.

Aus den Unternehmerverbänden.

Tagung der Hauptstelle deutscher Unternehmerverbände.

Die Verbandsversammlung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände tagte am 9. Dezember 1911 in Berlin. Aus dem Verbandsetat für das Jahr 1910 heben wir hervor:

Einnahmen:	Beiträge	210 000 Mk.	
	Zinsen	37 000 „	
	Bestand aus 1909	56 000 „	
			303 000 Mk.
Ausgaben:	Verwaltungskosten	35 000 „	
	Außerordentliche Ausgaben	81 000 „	
			116 000 Mk.
			187 000 Mk.
Ausgaben für Ankauf von Wertpapieren			143 000 „
		Bestand	44 000 Mk.
Vermögen Ende 1910: 922 000 Mk., es beträgt jetzt aber			1 099 000 „

Der Mitgliederbestand der Hauptstelle scheint den Beharrungszustand erreicht zu haben: 101 Mitglieder, die 5655 Betriebe mit 1 150 000 Arbeitern umfaßten. Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände umfaßte gleichzeitig 50 000 Mitglieder mit 1 600 000 Arbeitern, jetzt aber nur noch 1 150 000 Arbeiter, weil der sächsische Verband mit 450 Mitgliedern und 450 000 Arbeitern ausgeschieden ist. — Eine gemeinsame Rückversicherung für die Streikversicherung wird angestrebt. — Ein in Dresden errichteter Industrieschutzverband hat unheilvolle Verwirrung im Arbeitgeberverbandswesen angerichtet.

Es wird dann festgestellt, daß das Jahr 1910 eine gewaltige Zunahme der Ausstände gebracht hat, wobei die der Hauptstelle angehörigen Verbände angeblich erfolgreichen Widerstand geleistet haben. Dagegen habe die schwächliche Haltung des norddeutschen Metallindustrieverbandes das gesamte deutsche Unternehmertum schwer geschädigt. Man solle es sich reiflich überlegen, ob ausgesperrt werde; wenn man es aber tue, müsse es auch ganz geschehen. Die Androhung der Sperre dürfe auch erst dann erfolgen, wenn die Arbeitgeber ihre äußersten Bedingungen gestellt haben, nicht aber dürften nachträglich Zugeständnisse gemacht werden. Durch den neuesten Buchdruckertarif würden die Drucksachen um 10 Proz. verteuert, was die Konsumenten jährlich 10 bis 12 Millionen Mark koste. Die Technikerbewegung solle die Arbeitgeber veranlassen, einwandfreie (!) Anstellungsverträge abzuschließen, die die Geltendmachung gewerkschaftlicher Grundsätze bei den technischen Angestellten zu verhindern vermöchten.

In die Erörterung über diesen Geschäftsbericht griff auch der alte Bueck ein. Er bejammerte die Zersplitterung der Arbeitgeber und befürchtete ein Unterliegen wegen der Niederlagen, die sie sich durch mangelnden Gemeinsinn in den Kämpfen mit den Arbeitern zugezogen haben. Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände habe in dieser Beziehung ganz schlecht abgeschnitten. Der Verband der Metallindustriellen sei in ihm maßgebend. Von diesem habe der süddeutsche allerdings große Opfer, jedoch nur für sich gebracht, dagegen herrsche in Norddeutschland ein anderer Geist. Weil der Verband der Metallindustriellen keine Beiträge erhebe, blieben die Unternehmer als Mitglieder bei ihm; es würde aber dadurch deren Beitritt zur Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände verhindert. Er empfahl nochmals ein Herantreten an den anderen Spitzenverband zum festeren Zusammenschluß. Soviel er gehört habe, sollten die Metallindustriellen jetzt geneigt sein, Beiträge zu zahlen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde der Beitragssatz pro 1911 wieder auf ein Viertel pro Mille (wahrscheinlich der Jahreslohnhöhe) festgesetzt. Außerdem wurden folgende Satzungsänderungen vorgenommen: Der Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller ist berechtigt, allen Sitzungen der Hauptstelle mit beratender Stimme beizuwohnen. Ferner wurde in den Satzungen das Wort „Arbeiter" durch „Arbeitnehmer" ersetzt, weil sich ja jetzt die Abwehrtätigkeit der Verbände auch gegen die Techniker richten müsse.

Die Tagung der vereinigten Unternehmer weiß also nichts von Frieden. Im Gegenteil: der Klassenkampf dehnt sich aus, und seine Front richtet sich nun auch gegen die Techniker. Wie lange noch, und auch Konflikte zwischen Unternehmern und Handelsangestellten werden entstehen. Die Grundlage der wirtschaftlichen Kämpfe wird immer breiter, das Ringen immer erbitterter, und um so notwendiger wird die Festigung der Organisationen aller Arbeitnehmer.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die neuen Beteiligungsziffern im rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" veröffentlicht die Tabelle der ab 1. Januar 1912 gültigen Beteiligungsziffern in Kohle, Koks und Briketts der einzelnen Zechen des Syndikats. Nach dieser ergeben sich für die einzelnen Syndikatswerke folgende Quoten:

Gewerk- bezw. Gesellschaft	Kohlenbeteiligung To.	Koksbeteiligung To.	Brikettbeteiligung To.
Aplerbecker	800 000		92 450
Arenberg	1 872 702	887 250	
Arenberg, Fortsetzung	400 000		
Blankenburg	155 000		100 000
Bochumer Bergwerks-Akt.	405 800	136 000	
Bochumer Verein	800 200	4 000	154 100
Borussia	234 760	100 000	45 500
Buderussche Eisenwerke	600 000	215 000	72 000
Caroline	182 600		46 800
Carolus Magnus	824 200	100 000	
Concordia	1 526 870	887 400	
Consolidation	1 740 000	415 400	
ver. Constantin der Große	1 384 500	717 500	
Dahlbusch	1 210 000	183 000	
Deutscher Kaiser	1 650 000	12 000	
Deutsch-Luxemb. Bergw. u. Hütten-Akt.	3 635 481	858 700	638 550
Deutschland	825 500	101 200	60 000
Dorstfeld	810 000	866 580	
Eintracht Tiefbau	582 000	79 000	168 850
Eisen- und Stahlwerk Hösch	550 000	120 000	
Essener Steinkohlenbergwerke	1 989 800		811 000
Ewald	1 998 000	93 750	54 450
Friedrich Krupp	700 000		
Friedrich der Große	930 600	806 500	
Friedrich Ernestine	368 100	99 260	
Fröhliche Morgensonne	570 000	142 000	180 000
Gelsenkirchener Bergw.-A.-G.	8 698 000	1 726 808	216 600
Georgs-Marien-Bergw.- u. Hüttenv.	600 000	100 000	
Gottessegen	180 000		54 450
Graf Beust	456 100	66 760	
Graf Bismarck	1 754 700		
Graf Schwerin	468 400	242 800	
Gutehoffnungshütte	1 900 000	40 000	144 000
Harpen	7 210 000	1 750 000	845 600
Heinrich	192 700		
Helene und Amalie	920 000	207 800	72 000
Hibernia	5 416 500	812 800	54 450
Johann Deimelsberg	861 600		169 900
Johannessegen	100 000		80 000
Kölner Bergwerksverein	904 488	328 540	
König Ludwig	1 312 000	493 050	
König Wilhelm	1 040 000	443 867	
Königin Elisabeth	885 000	305 200	216 000
Königsborn	1 124 770	413 900	
Langenbrahm	660 000		
Lothringen	754 100	420 000	
Lothringer Hüttenverein Aumetz-Friede	1 170 000	331 040	72 000
Magdeburger Bergwerks-A.-G.	550 000		
Mansfeld	300 000		
Mark	150 000		54 000
Mathias Stinnes	1 321 000	248 195	
Minister Achenbach	600 000	8 100	
Mont Cenis	995 000	100 000	
Mülheimer Bergwerksverein	1 380 000	95 000	364 900
Neu-Essen	770 000		
Neumühl	1 650 000	868 000	
Phönix	3 190 000	642 640	71 280
ver. Neuschölerpad und Hobeisen	210 000		60 100
Rheinische Stahlwerke	515 000	100 000	72 000
Rheinpreußen	3 000 000	795 000	
Siebenplaneten	300 000	64 000	132 360
Schürbank und Charlottenburg	180 000		72 600
ver. Trappe	152 000		
Unser Fritz	820 000		
Victoria	135 000		09 000
Victoria Mathias	452 000	145 060	
Zollverein	1 755 507	240 000	
Zusammen	79 504 834	15 304 100	4 768 960

Gegen die vor einem Jahre hier veröffentlichte Liste ergeben sich folgende Veränderungen: Heute werden 67 (damals 68) Einzelmitglieder aufgeführt. Es stehen nicht mehr in der Liste die Zechen Kaiser Friedrich und Tremonia (deren Kuxe ja bekanntlich die Deutsch-Luxemburgische Gesellschaft erwarb), ferner die Zeche General (deren Kuxe seit Jahren im Besitz des Lothringer Hüttenvereins Aumetz-Friede sind) und Zeche Viktor (deren Kuxe Aumetz-Friede kürzlich sämtlich erwarb). Hingegen erscheinen neu in der Mitgliederliste Aumetz-Friede, ferner die Zeche Johannessegen, die zu Anfang des Vorjahres dem Syndikat beitrat und Arenberg-Fortsetzung, die noch kurz vor Jahresschluß Aufnahme fand. Es gingen also vier Mitglieder in der Liste ab und drei kamen hinzu, wodurch sich die Mitgliedschaft um 1 von 68 auf 67 ermäßigte. Sonst sind noch (infolge der bekannten Verschmelzung) statt der Zeche Massen die Buderusschen Eisenwerke aufgeführt. — Was nun die Beteiligungsziffern anbetrifft, so betrug die Gesamtsumme aller Beteiligungsziffern am 1. Januar:

	1909	1910	1911	1912
in Kohlen	77 934 834	78 159 834	78 294 834	79 504 834
in Koks	14 407 350	14 587 350	14 859 100	15 304 100
in Briketts	3 488 910	3 746 910	4 500 410	4 768 960

Im einzelnen haben einen Zuwachs (bezw. neue Zahl) in der Kohlenbeteiligung gegen das Vorjahr aufzuweisen folgende fünf Unternehmungen (in Tonnen): Aumetz-Friede 300 000 (für die bisher außersyndikatliche Zeche Jckern), Arenberg-Fortsetzung 400 000 (Neubeteiligung), Georgsmarienhütte (Zeche Werne) 280 000, Johannessegen

150 000 (Neubeteiligung) und Minister Achenbach (Stumm) 100 000, sind zusammen 1 210 000 To. mehr an Kohlen. — Einen Zuwachs an Kokksbeteiligung weisen sieben Zechen auf: Concordia 60 000, Constantin der Große 97 500, Ewald 98 750, Graf Schwerin 25 000, Kölner Berg 75 000, Lothringen 75 000 und Mathias Stinnes 18 750 To., sind zusammen 445 000 To. Kokszuwachs. — Die Brikettbeteiligung wächst um folgende vier Posten: Johannessegen 80 000, Buderus (Massen) 72 000, Viktoria 44 550 und Deutsch-Luxemburg 72 000 To., sind insgesamt 268 550 To. Brikettzuwachs. — Nach Deutsch-Luxemburg verschoben haben sich außerdem die Beteiligungen Kaiser Friedrich (240 000 To. Kohle und 90 000 To. Koks) und die Tremonia (294 981 To. Kohle und 48 200 To. Koks). Nach Aumetz-Friede hat sich naturgemäß analog verschoben die Beteiligung von Viktor (770 000 To. Kohle, 291 940 To. Koks und 72 000 To. Briketts) sowie die Beteiligung der Zeche General (100 000 Tonnen Kohle und 40 000 To. Koks).

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Was leisten die freien Gewerkschaften?

Von unseren Gegnern wird ständig der Vorwurf erhoben, die freien Gewerkschaften leisteten nichts, die Arbeiter würden nur ausgebeutet und ausgesogen zu gunsten der Hetzer und Agitatoren. Darum ist es von Interesse, festzustellen, was die freien Gewerkschaften leisten. Im Jahre 1910 zahlten sie insgesamt für Reise-, Umzugs-, Arbeitslosen-, Arbeitsunfähigen (Kranken-) und Invalidenunterstützung, an Beihilfe in Sterbe- und Notfällen und an Rechtsschutz 18 704 000 Mk.! Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine gaben in demselben Jahre für den gleichen Zweck 1 818 817 Mk. aus, die christlichen Gewerkschaften 1 154 275 Mk. In zwanzig Jahren, von 1891—1910, zahlten die freien Gewerkschaften an ihre Mitglieder für die oben genannten Zwecke zusammen rund 121 Millionen Mark aus.

Ja, schreien nun gleich die Organisationsfeinde aller Richtungen, es wurden aber in derselben Zeit auch noch 91 Millionen Mark für die Streikerei hinausgeworfen. Erstens stimmt dies nur insofern, daß dabei auch alle Ausgaben für Aussperrungen mit zugerechnet sind. Zum anderen sei an einer einzelnen Zahl die Zusammensetzung dieser Ziffer deutlicher illustriert.

Die Kampfesausgaben betrugen bei den freien Gewerkschaften im Jahre 1910: 18 666 000 Mk., also nahezu genau so viel wie für die eigentlichen Unterstützungen.

An den verschiedenen Arten von Kämpfen waren beteiligt: Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung mit 656 581 Personen = 64 Proz., Angriffsstreiks mit 110 613 Personen = 11 Proz., Abwehrstreiks mit 81 500 Personen = 8 Proz., Aussperrungen mit 220 668 Personen = 22 Proz.; insgesamt mit 1 025 842 Personen = 100 Prozent.

An den Kämpfen der freien Gewerkschaften waren 1910 die ohne Arbeitsniederlegung mit 64 Prozent beteiligt! Die Aussperrungen und die Abwehrstreiks, die doch beide immer nur durch die Unternehmer verursacht werden, machen zusammen 25 Prozent aller Kämpfe aus, bleiben als eigentliche Streiks, wie sie durch die Arbeiter, und immer nur aus den allerzwingendsten Gründen, verursacht werden, nur 11 Prozent aller Kämpfe!

Die Aussperrungsziffer ist nicht alle Jahre so hoch wie 1910, sie zeigt aber eine ständig steigende Tendenz! Was sicher weniger für die Streiklust der Arbeiter als für die Aussperrungswut der deutschen Unternehmer spricht.

Was gewann der freiorganisierte Arbeiter im Jahre 1910 durch diese Kämpfe? Selbstverständlich sind alle bürgerlichen Parteien seit zwanzig Jahren mit der Antwort fertig, also „nichts!" Wie sah dieses „nichts" aus? Die nachfolgende Zusammenstellung gibt dafür einen kleinen Ueberblick, und zwar wieder getrennt nach der Art der Bewegung.

Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen erreichten: 479 556 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche für 200 854 Personen, 799 846 Mk. Lohnerhöhung pro Woche für 437 996 Personen. Sonstige Verbesserungen für 287 470 Personen, korporativer Arbeitsvertrag für 818 058 Personen.

Bewegungen ohne Arbeitseinstellung wehrten ab: 6 474 Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Woche für 2061 Personen, 17 312 Mk. Lohnkürzung pro Woche für 9821 Personen, Maßregelungen für 5421 Personen, sonstige Verschlechterungen für 9444 Personen.

Durch die Angriffsstreiks wurden erreicht: 108 969 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche für 51 225 Personen, 165 221 Mk. Lohnerhöhung pro Woche für 87 788 Personen, sonstige Verbesserungen für 56 649 Personen, korporativer Arbeitsvertrag 46 208 Personen.

Durch die Abwehrstreiks wurden abgewehrt: 2780 Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Woche für 787 Personen, 12 174 Mk. Lohnverkürzung pro Woche für 7077 Personen, Maßregelungen für 4450 Personen, sonstige Verschlechterungen für 8883 Personen.

Durch die Abwehrstreiks wurden erreicht: 3336 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche für 1093 Personen, 4630 Mk. Lohnerhöhung pro Woche für 2473 Personen, sonstige Verbesserungen für 5022 Personen.

Bei Aussperrungen wurden abgewehrt 190 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche für 38 Personen, 298 Mk. Lohnkürzung pro Woche für 144 Personen, Maßregelungen, Organisationsaustrittszwang für 254 Personen, sonstige Verschlechterungen für 152 766 Personen.

Bei Aussperrungen wurden erreicht 162 386 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche für 90 217 Personen, 845 182 Mk. Lohnerhöhung pro Woche für 298 711 Personen, sonstige Verbesserungen für 140 303 Personen, korporativer Arbeitsvertrag für 299 194 Personen.

Schon der Umfang dieser Zusammenstellung allein zeigt recht deutlich, was für gewaltige positive Arbeit zugunsten der Arbeiter hier geleistet worden ist. Dabei darf nicht vergessen werden, daß hier Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung, sonstige Verbesserungen, Abwehr von Verschlechterungen usw. nur für die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter gezählt worden ist, während dies alles doch zumeist auch Zehntausenden von Unorganisierten mit zugute gekommen ist.

Im ganzen 756 564 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche für 844 570 Personen und 1 815 537 Mark Lohnerhöhung pro Woche für 827 627 Personen — das ist eine Kulturarbeit der freiorganisierten Arbeiter, die ja eigentlich der Staat auf gesetzmäßigem Wege vollbracht haben müßte; die zur gewaltigsten Bedeutung anschwillt, wenn eben beachtet wird, daß sich die Arbeiter hier wieder ein Stück neuer Welt selbst gezimmert haben!

Arbeiter, laßt eure Gewerkschaftsorganisationen nicht verunglimpfen! Arbeiter, denkt daran, daß alle bürgerlichen Parteien Gegner der Gewerkschaften sind! Arbeiter, haltet fest in Einigkeit, denn sie ist die Macht!

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Die deutschen Konsumvereine im Jahre 1911.

Das Jahr 1911 brachte durch die Dürre und die dadurch hervorgerufene Teuerung sowie die Erschwerung des Frachtverkehrs auf den Flüssen für die Lebenshaltung der breiten Massen eine bedeutende Erschwerung und Verteuerung. Um so mehr wurde freilich in den minderbemittelten Kreisen die Bedeutung der Organisierung des Konsums erkannt, so daß die deutschen Konsumvereine auf die 1911 erzielten Erfolge mit Zufriedenheit zurückblicken können. Nach den Angaben der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" ist zwar nur eine Zunahme von 19 Vereinen im Zentralverbande deutscher Konsumvereine zu verzeichnen, er zählt jetzt 1170 Mitglieder. Aber gerade diese geringe Zunahme ist ein deutliches Zeichen von einer innerlichen Erstarkung der Bewegung. Es sind nicht nur in vielen Fällen die bestehenden kleinen Konsumvereine zu großen, zu Bezirkskonsumvereinen verschmolzen worden, sondern es ist auch planmäßig daran gearbeitet worden, daß, wo sich das Bedürfnis geltend machte, einen Konsumverein zu gründen, diese Gründung nur vorgenommen wurde, wenn es unmöglich war, eine Warenverteilungsstelle von einem in der Nähe gelegenen Verein einzurichten. Die Statistik wird gegenwärtig erst aufgenommen; man kann aber damit rechnen, daß die deutschen Konsumvereine, soweit sie dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossen sind, 1911 ihre Mitgliederzahl auf 1½ Millionen gesteigert haben. Es ist also eine zahlenmäßige Ausdehnung und eine innere Stärkung Hand in Hand gegangen.

Der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sind jetzt 210 Genossenschaften angeschlossen, die rund 6000 Personen als Mitglieder angemeldet haben. Die Beiträge beliefen sich auf 575 000 Mk. Das ist gegen das Vorjahr eine Steigerung von 125 000 Mk. Das Vermögen der Kasse hat die zweite Million überschritten. Nach Ablauf der fünfjährigen Karenzzeit hat die Kasse mit der Auszahlung von Renten begonnen. Es wurden 8804 Mk. für Invaliden- und Altersrenten und 1181 Mk. Witwen- und Waisenrenten gezahlt. Die Summe scheint unerheblich, doch darf man nicht vergessen, daß die Kasse erst sechs Geschäftsjahre zählt und daß ihr natürlich nicht von Anfang an so viele Mitglieder wie jetzt angehörten.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine rechnet auf einen Gesamtumsatz von 105 bis 107 Millionen Mark im Jahre 1911. Sie wird also zweifelsohne den Umsatz von 100 Millionen Mark erreichen. Diese Vermehrung des Umsatzes hat allerlei sonstige Aenderungen zur Folge. So werden in Gröba und Nürnberg neue Lagerhäuser errichtet. In Gröba werden ferner neue Fabrikgebäude und ein neues Verwaltungsgebäude gebaut. Wie stark sich die Tätigkeit der Großeinkaufsgesellschaft ausdehnt, sieht man am besten daran, daß die von ihr vor einem Jahr in Benutzung genommenen neuen Räume in Hamburg, die eine sehr erhebliche Erweiterung des alten Geschäftshauses brachten, bereits wieder voll besetzt sind. Auch die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die gegenwärtig im Geschäftshause der Großeinkaufsgesellschaft zur Miete wohnt, reicht mit den Räumen, die sie jetzt inne hat, nur noch kurze Zeit, so daß sie sich wohl in absehbarer Zeit ein eigenes Geschäftshaus wird bauen müssen. Sie ist im Laufe weniger Jahre zu einem respektablen Großbetriebe mit mehr als zwei Millionen Mark Umsatz geworden. Dieses Wachstum hat Veranlassung gegeben, daß im neuen Jahre die Frage, ob die juristische Form der Verlagsanstalt, die heute eine offene Handelsgesellschaft ist, nicht zu ändern ist, von allen beteiligten Faktoren einmal eingehend erörtert werden wird. An der Ausdehnung der Verlagsanstalt hat auch die konsumgenossenschaftliche Presse teilgenommen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" zählt jetzt etwa 10 000 Bezieher, während das „Volksblatt" in einer Auflage von 860 000 Exemplaren gedruckt wird. Seit dem 1. August erscheint für den Verband rheinisch-westfälischer Konsumvereine eine Sonderausgabe des „Volksblatts" und am 1. Januar folgt der Verband nordwestdeutscher Konsumvereine mit einer weiteren Sonderausgabe. Können so die deutschen Konsumvereine recht zufrieden auf das Jahr 1911 zurückblicken, so müssen sie sich jedoch völlig darüber klar sein, daß die Zahl ihrer Feinde gewachsen ist. Die Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhause bei der Erörterung des Antrags Hammer sowie verschiedene andere Steuerpläne zeigen das zur Genüge. Bisher aber haben alle Versuche, die Konsumvereine zu bekämpfen, nur die eine Folge gehabt, sie enger zusammenzuschließen. Hoffen wir, daß das auch im neuen Jahre der Fall sein wird.

Internationale Rundschau.

Internationale Bergarbeiterbewegung.

In sämtlichen bergbautreibenden Ländern und Staaten regt es sich gegenwärtig. Die Bergarbeiter dieser Länder und Staaten rüsten entweder zum Kampfe gegen den Grubenkapitalismus oder haben diesen Kampf schon begonnen. Am wirtschaftlichen Himmel ziehen drohende Gewitterwolken auf und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird die Welt bald einen Kampf zwischen den Grubensklaven und ihren Ausbeutern erleben, wie sie ihn noch nicht gesehen.

Wie die Tagespresse in den letzten Tagen bereits berichtet hat, ist in Belgien, in dem Bergrevier Borinage, bereits ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen, den die dortigen Unternehmer veranlaßt haben. Die dortigen Bergarbeiter hatten bisher wöchentliche Lohnzahlung, jetzt wollen die Unternehmer die 14tägige durchführen. Dieses lehnen unsere belgischen Kameraden entschieden ab, weil ihr Haushalt auf wöchentliche Lohnzahlungen eingerichtet ist; sie sehen auch nicht ein, weshalb sie ihren verdienten Lohn noch eine Woche länger den Unternehmern in Händen lassen sollen. Aber auch hiervon abgesehen, ist in Belgien Konfliktsstoff in reichlichem Maße vorhanden. Besonders mit ihren Löhnen sind die belgischen Kameraden durchaus nicht zufrieden. Der vor einigen Wochen in Charleroi stattgefundene nationale Kongreß der belgischen Bergarbeiter hat daher auch beschlossen, daß in allen Bergrevieren eine energische Agitation zur Erhöhung der Löhne und möglichst Erreichung eines Minimallohnes für die Bergarbeiter entfaltet werden sollte. Es würde also auch sehr wahrscheinlich ohne das jetzige Vorgehen der Grubenbesitzer zum Kampfe in Belgien gekommen sein, wenn die dortigen Unternehmer sich nicht nachgiebig zeigen.

In England findet am 10., 11. und 12. Januar die Urabstimmung unter den Bergarbeitern darüber statt, ob zur Erringung eines Minimallohnes für alle Bergarbeiter in einen Generalstreik eingetreten wird. Dort hat bekanntlich ein Teil der Unternehmer den von den Bergarbeitern geforderten Minimallohn bewilligt. Aber die englischen Bergarbeiter verlangen, daß er auch von den übrigen Unternehmern bewilligt wird. Ergibt die Urabstimmung die im Statut geforderte Zweidrittelmajorität für den Streik, dann schließen sich auch die Bergarbeiter dem Streik an, welchen der Minimallohn bereits zugesagt worden ist. Nach uns zugegangenen Berichten über die Stimmung unter den englischen Bergarbeitern ist kaum noch daran zu zweifeln, daß die Urabstimmung eine gewaltige Majorität für den Streik ergeben wird. Da die Kündigungsfristen für die englischen Bergarbeiter in den verschiedenen Bergrevieren ebenfalls verschieden sind — sie bewegen sich zwischen einer Woche und einem Monat —, sollen, im Falle der Streik beschlossen wird, die Kündigungen so eingereicht werden, daß am 1. März in allen Revieren der Streik einheitlich beginnt.

In Frankreich liegen die Sachen ähnlich. Die französischen Kameraden halten am 12. Februar und die folgenden Tage in Angers einen außerordentlichen Kongreß ab, auf dessen Tagesordnung ebenfalls die Beschlußfassung über den Generalstreik steht. Auch dort handelt es sich um Aufbesserung der Löhne, Minimallohn, Aufbesserung der Bergarbeiterpensionen.

Und die deutschen Bergarbeiter? Wenn irgendwo, dann haben sie notwendig, auf Besserung ihrer Lage bedacht zu sein. Ihnen sind die Löhne mehr heruntergedrückt worden wie den ausländischen Kameraden. Dazu haben wir in Deutschland eine außerordentliche Teuerung der wichtigsten Lebensmittel und Gebrauchsartikel zu verzeichnen. Darum muß, sobald die Wogen der Wahlkämpfe vorübergerauscht sind, die während dieser Zeit geruhte Lohnbewegung energisch wieder aufgenommen werden. Es muß dann an die Unternehmer herangetreten werden mit bestimmten Forderungen; und das mindeste, was die Bergarbeiter fordern dürfen, ist eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung. Diese werden die Grubenbesitzer aber nicht gutwillig bewilligen, daher müssen die Bergarbeiter zum Kampfe rüsten. Dieses tun sie zunächst dadurch, wenn sie sich dem Verbande anschließen und weiter dadurch, daß sie strikte alle Ueberschichten verweigern. Je mehr Ueberschichten jetzt verfahren werden, um so schwieriger ist später der Kampf, denn je größer werden die Kohlenvorräte. Das sollten alle Kameraden beherzigen.

Darum richten wir an alle Kameraden den dringenden Appell: **Hinein in den Verband, soweit ihr demselben noch nicht angehört und meidet die Ueberschichten!** Bereitet euch vor auf den Kampf, der nach unserer Ansicht unvermeidlich ist. Agitiert unter den indifferenten Kameraden, klärt sie auf, daß, wenn der Augenblick des Kampfes kommt, dieser kein schwaches Geschlecht bei den Bergarbeitern findet.

Belgischer Gewerkschaftskongreß.

Der belgische Gewerkschaftskongreß fand, wie alljährlich, zu Weihnachten statt; er tagte diesmal in Brüssel im „Maison du Peuple". Vertreten waren 116 lokale Gruppen, 9 Landeszentralen und 4 Föderationen durch 234 Delegierte. Nach dem Bericht des Sekretärs gehörten der Kommission an: 1905: 84 184, 1906: 42 491, 1907: 55 840, 1908: 67 412, 1909: 73 861, 1910: 68 984, 1911: 76 974 Mitglieder.

Man ersieht daraus, daß der durch die Krise verursachte Mitgliederausfall von 1910 mehr als überwunden ist. Der Bericht beklagt, daß eine Reihe von gewerkschaftlichen Organisationen, die die gleichen Tendenzen vertreten wie die der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Gruppen, noch immer außerhalb der Kommission stehen.

Der Gewerkschaftssekretär Bergmans bemerkte, daß die Kommission gut 90 000, ja 100 000 Mitglieder aufzuweisen hätte, wenn die Organisationen zur Zeit gezahlt und alle sich angeschlossen hätten, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Immerhin zeigen die Ziffern der Kommission auch unter den mißlichen heutigen Verhältnissen Fortschritte. So übertraf die Zahl der Beiträge zahlenden Mitglieder der Kommission von 1911 die von 1910 um 12 866 Personen.

Das unter den angeschlossenen Gruppen veranstaltete Referendum über die Erhöhung der Kommissionsbeiträge von 10 auf 16 Centimes für jedes Mitglied und Jahr ergab folgendes Resultat: von 68 984 organisierten Mitgliedern der Gruppen, die zum Referendum herangezogen wurden, stimmten 62 108 Mitglieder, also die erdrückende Majorität, für die Erhöhung.

Zur geplanten Gründung eines Sekretariats für die Organisierung der Frauen erklärt der Bericht, daß er den Moment nicht für geeignet hält, den ihnen vom Vorstand des Generalrates zugegangenen Vorschlag zu verwirklichen, weil es der Kommission an den nötigen Mitteln gebricht, dann aber auch, weil es nach ihrer Ansicht Aufgabe der Föderationen, Zentralen und Fachverbände ist, sich mit der Organisierung der verschiedenen industriellen Arbeiterinnengruppen zu beschäftigen.

Die im Bericht verzeichnete Delegierung eines Kommissionsmitgliedes in das „Kolonialkomitee" zur Kontrollierung und Ueberwachung der belgischen Arbeiterauswanderung nach dem Katanga (Kongo) rief auf dem Kongreß mehrfache Kritik hervor. Der Zweck der Arbeiterbewegung, wurde gesagt, sei nicht, die kapitalistische Kolonisation zu unterstützen. Es wurde in einer Resolution gefordert, die Delegierung zurückzuziehen. Der Vertreter der Kommission im Kolonialkomitee erklärte, daß er nur zu Zwecken der Information delegiert worden sei.

Aus dem Bericht des Kassierers ist hervorzuheben, daß die Einnahmen der Kommission 9867 Franks, die Ausgaben 8851 Franks betrugen.

Den größten Teil der Kongreßberatungen nahm die Debatte über den gewerblichen Unterricht der Lehrlinge in Anspruch. Zwei Tendenzen standen in Diskussion: ob Tag- oder Abendunterricht. Gegen die Abendschule sprach sich unter anderem Sekretär Vandersmissen aus. Man sei für die Verkürzung der Arbeitszeit für die Erwachsenen und man will den armen geplagten Lehrlingen noch die Arbeitszeit verlängern! Mit dem Abendunterricht würde man den Bestrebungen der Jugendbewegung entgegenarbeiten, die die Lehrlinge des Abends in die Gewerkschaften zu bringen trachtet, um sie dort mit dem Geist der Aufklärung und der Solidarität zu durchtränken. Welche Schäden die Organisierung der Schulen für den Lehrlingsunterricht durch das Syndikat mit sich brächte, zeigt Vandersmissen an dem Beispiel Westflandern, wo die starken christlichen Syndikate den Unterricht und die Lehrlinge ganz in ihre Hand bekämen. Die langwierige Debatte endete mit der Annahme einer Resolution, worin der Kongreß den Wunsch ausspricht, daß die Gewerkschaftsorganisationen an dem von den öffentlichen Gewalten materiell gesicherten gewerblichen Unterricht teilnehmen. Die Vertreter der Arbeiterschaft werden aufgefordert, ihre Zustimmung zu den Subventionen des gewerblichen Unterrichts von der paritätischen Zulassung von Gewerkschaftsvertretern in die Verwaltungs- oder Aufsichtskommissionen der Gewerbeschulen abhängig zu machen. Zugleich wurde ein neungliedriges Aufsichtskomitee konstituiert, das im Einvernehmen mit dem Gewerkschaftssekretär ein möglichst vollständiges Material über die Lehrlingsfrage und den gewerblichen Unterricht zur Vorlage an den nächsten Kongreß sammeln soll.

Ueber die Frage der freien Samstagnachmittage nahm der Kongreß eine Resolution an, die die Gewerkschaften auffordert, sofern sie einen normalen Arbeitstag haben, außerhalb der Bewegung für die Verkürzung des Arbeitstages die Schließung der Werkstätten am Samstag mittags und die Lohnzahlung am Freitag zu betreiben. Die Gewerkschaftskommission wird aufgefordert, eine Bewegung in diesem Sinne bei allen Gewerkschaften anzuregen.

Ueber die Gesetzgebung betreffend den kollektiven Arbeitsvertrag, das Einigungsverfahren und Schiedsgericht lagen Berichte von Gris und de Man vor. Sie wendeten sich insbesondere gegen den vom obersten Arbeitsbeirat ausgearbeiteten Entwurf über den Kollektivvertrag, der eine Verurteilung der Gewerkschaften zu einem Schadenersatz bis zu 25 Franks pro Mitglied für die Nichtausführung der im Kollektivvertrag eingegangenen Verpflichtungen vorsieht. Die Resolution kennzeichnet dieses Projekt als einen Attentatsversuch gegen die Arbeiterklasse und fordert die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterpartei auf, sich seiner Annahme mit aller Kraft und allen Mitteln zu widersetzen. Ein Zusatzantrag, der das Studium des Generalstreiks zu diesem Zwecke empfahl, wurde abgelehnt.

Die Frage des Einigungsverfahrens, des Schiedsgerichts und der Reform des obersten Arbeitsbeirates konnte infolge der vorgerückten Zeit nicht mehr behandelt werden und wurde einem außerordentlichen Kongreß überwiesen, der in drei Monaten tagen soll.

Knappschaftliches.

Aufrechnung der Witwen- und Waisenrenten.

In der Generalversammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins Bochum am 11. Dezember 1911 stimmten die Werksbesitzer einstimmig dafür, daß die Witwen- und Waisenrenten der Reichsversicherungsordnung zur Hälfte auf die Knappschaftsrenten aufgerechnet werden sollen, die Knappschaftsältesten geschlossen dagegen. Jetzt hat nun das Oberbergamt in Dortmund entschieden, daß die Aufrechnung der halben Witwen- und Waisenrenten auf die Knappschaftsrente zu erfolgen hat. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" berichtet darüber in ihrer Ausgabe vom 2. Januar:

„Da bekanntlich in der Generalversammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins vom 11. Dezember v. J. eine übereinstimmende Entscheidung der Werksvertreter und der Aeltesten über die aus Anlaß des Inkrafttretens der Reichsversicherungsordnung vorzunehmende Satzungsänderung nicht erzielt worden ist, so hat entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen das Königl. Oberbergamt zu Dortmund die notwendigen Aenderungen durch Erlaß eines Nachtrages zu der Vereinssatzung inzwischen vollzogen. Danach sind infolge der durch § 1322 der R.-V.-O. vorgeschriebenen Ermäßigung der knappschaftlichen Unterstützungen die Beiträge zur Pensionskasse herabgesetzt worden. Vom Inkrafttreten des Nachtrages, d. i. von der mit Montag, den 1. Januar, beginnenden Beitragswoche ab sind an Pensionskassenbeiträgen zu zahlen für jede Beitragswoche: 1. in der Arbeiterklasse 0,97 Mk. (bisher 0,98 Mk.), 2. in der Beamtenklasse: a) I. Abteilung 1,57 Mk. (1,59), b) II. Abteilung 2,10 Mk. (2,12), c) III. Abteilung 3,15 Mk. (3,18), d) IV. Abteilung 4,20 Mk. (4,24), e) V. Abteilung 5,25 Mk. (5,30). Die Werksbeiträge sind gleich hoch. Der Beitrag der nach früheren Satzungen pensionsberechtigten unständigen Mitglieder beträgt jetzt 0,64 Mk. (früher 0,65 Mk.) oder einschließlich Werksbeitrag 1,28 (früher 1,30) Mk. Sind hiernach die Beiträge zur Pensionskasse durchweg ermäßigt, so liegt die Sache bei der reichsgesetzlichen Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherungskasse anders. Die Beiträge dieser Kasse sind nicht unwesentlich erhöht worden, und zwar, da sie nach wie vor für sämtliche Versicherte nach der V. Lohnklasse der R.-V.-O. zu erheben sind, auf 48 Pf. (gegen früher 36 Pf.), von denen je 24 Pf. (früher 18 Pf.) auf den Versicherten und den Arbeitgeber entfallen. In Bezug auf den Kreis der der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung unterworfenen Personen bringen die neuen Bestimmungen keine den Bergbau berührenden Aenderungen. Dagegen ist die Befreiung von der Versicherungspflicht auf Antrag im allgemeinen ausgedehnt worden, während eine Befreiung der Unfallrentner und der über 70 Jahre alten Personen nicht mehr zulässig ist. Soweit diese auf Grund der bisherigen Bestimmungen von der reichsgesetzlichen Versicherungspflicht befreit waren, werden sie mit dem 1. Januar wieder versicherungspflichtig. Hinsichtlich der freiwilligen Versicherung (Selbstversicherung, Weiterversicherung) sind keine wesentlichen Aenderungen eingetreten. Dagegen sind die Bedingungen für das Wiederaufleben einer verloren gegangenen Anwartschaft aus der Leistung sowohl von Pflicht- als auch von freiwilligen Beiträgen erheblich verschärft worden. Wie bisher, so steht auch künftig den sich freiwillig versichernden Personen die Lohnklasse frei. Es sind zu zahlen: in Lohnklasse I 16 Pf. (früher 14 Pf.), in II 24 Pf. (20 Pf.), in III 32 Pf. (24 Pf.), in IV 40 Pf. (30 Pf.) und in V 48 Pf. (36 Pf.) für jede Woche, für die ein freiwilliger Beitrag entrichtet wird. Neu eingeführt ist durch die Versicherungsordnung und den Nachtrag zur Vereinssatzung die freiwillige Zusatzversicherung bei der reichsgesetzlichen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung."

Die Witwen- und Waisenrenten werden also zur Hälfte aufgerechnet und zwar bietet der § 1322 der R.-V.-O. dazu die Handhabe. Der einmütige Protest der Knappschaftsältesten ist ungehört verhallt.

Die vom Zentrum und den christlichen Arbeiterführern gemachte Witwen- und Waisenversicherung ist eigentlich eine Verhöhnung dieser Aermsten der Armen. Erstens bekommen nicht alle Witwen eine Rente, sondern nur die dauernd invaliden. Das sind ungefähr 7 von je 100 Witwen! Zweitens gilt das nur für die Witwen, die nach dem 1. Januar 1912 invalide werden. Drittens werden die bisherigen Leistungen nicht angerechnet. Viertens beträgt die Rente für eine invalide Witwe 30 Pf. pro Tag. Fünftens bekommt eine invalide Witwe mit unmündigen Kindern für das erste Kind 10 Pf., für das zweite Kind 9 Pf.

Und von diesen Jammerrenten erhalten die Aermsten der Armen in Zukunft auch noch die Hälfte gekürzt. Trotzdem besaß „Die Arbeiterin", das Organ der süddeutschen katholischen Arbeiterinnenvereine, noch die Stirn, nach Annahme der Reichsversicherungsordnung zu schreiben:

„...Das wichtigste im neuen Gesetze wird aber wohl die Witwen- und Waisenversicherung. Hier werden ja die Herren Sozialdemokraten wahrscheinlich wieder ein wahres Indianergeheul anschlagen, weil nicht gleich jede Witwe eine Rente von so und so viel tausend Mark bekommt..."

Was sagt aber jetzt der „Bergknappe", der nach Annahme der R.-V.-O. Ströme von Tinte vergossen hat, um das miserable Gesetzesmachwerk als eine hervorragende Errungenschaft zu loben? Unser Verband hat die Streichung des gefährlichen § 1322, der die Aufrechnung der Witwen- und Waisenrenten zuläßt, in einer eingehend begründeten Petition gefordert. Diese Forderung wurde aber nur von der sozialdemokratischen Fraktion unterstützt, auch die christlichen Arbeiterführer stimmten dagegen. Die christlichen Arbeiterführer Giesberts, Behrens, Becker, Schiffer, Wiedeberg et tutti quanti haben damit dafür gestimmt, daß den armen Witwen und Waisen die kümmerlichen Renten auch noch zur Hälfte auf die Knappschaftskassen aufgerechnet werden.

In seiner Nr. 42 von 1911 schrieb der „Bergknappe":

„Die Schande würde doppelt schwer wiegen, wenn die Regierung sich zum Helfershelfer der Grubengesellschaften des Ruhrreviers machte, die im Begriff sind, sich buchstäblich an den kargen Renten der arbeitsunfähigen Witwen und Waisen der Bergarbeiter jährlich um etwa 150 000 Mk. zu bereichern."

Zum Helfershelfer der Grubengesellschaften haben sich vor allen Dingen diejenigen gemacht, die dem § 1822 entgegen der Forderung unseres Verbandes und der sozialdemokratischen Fraktion zustimmten. An die Adressen der Herren Giesberts, Behrens, Becker, Schiffer, Wiedeberg usw. soll sich daher der „Bergknappe" wenden. Von ihnen soll er Rechenschaft fordern, weil sie dem § 1822 zustimmten, der die Aufrechnung zuläßt.

Wie gefährlich dieser § 1822 der R.-V.-O. ist, hat auch der christliche Aelteste Klein aus Essen-West in der Generalversammlung des Knappschaftsvereins am 11. Dezember anerkannt. Er führte dazu aus:

„Der § 1822 gibt den Arbeitgebern ein Mittel an die Hand, das in unversöhnlichen Händen eine Wirkung hervorrufen kann, die wohl ein gewisses Hochgefühl der Macht auslösen, aber niemals zu einer friedlichen Vorwärtsentwicklung unseres Ruhrbergbaues beitragen würde."

Das sind moralische Faustschläge, die Klein dem Zentrum und den christlichen Arbeiterführern versetzt, welche den Werksbesitzern dieses gefährliche Machtmittel in die unversöhnlichen Hände gegeben haben. Das gilt aber in gleichem Maße auch dem „Bergknappen", der zur Verherrlichung der „Vorteile" der Reichsversicherungsordnung in seiner Nr. 42 sogar ausführte, wer behaupte, durch die Fassung des § 1322 würde der Einfluß der Arbeiter zugunsten der Werksbesitzer völlig ausgeschaltet, „dem muß im Oberstübchen wohl die Hitze dieses Sommers ein Schräubchen gelockert haben."

An diesen Leistungen mögen die Bergarbeiter ermessen, welcher Wert dem sinnlosen Geleife des „Bergknappen" beizumessen ist. Wir haben mit unseren Befürchtungen, wie immer, Recht behalten. Nicht nur die Grubengesellschaften des Ruhrreviers, sondern auch der Staat bereichert sich an den kargen Renten der armen Witwen und Waisen; auch der Saarbrücker Knappschaftsverein, dem nur die staatlichen Bergleute angehören, macht von dem § 1822 der R.-V.-O. Gebrauch und rechnet die kümmerlichen Renten der Witwen und Waisen zur Hälfte auf die Knappschaftsrenten auf. Schuld daran sind aber ganz allein diejenigen, welche hierzu die Handhabe, den § 1322, geschaffen haben. Diese aber muß der „Bergknappe" rechtfertigen, das ist seine Hauptaufgabe. Daher kommt es auch, daß sich in der „Bergknappen"-Redaktion fortgesetzt die Balken biegen.

* * *

Mit dem Nachtrag zur Satzung, welcher von der Knappschaftsverwaltung ausgearbeitet und dann auch nach Ablehnung durch die Aeltesten vom Oberbergamt bestätigt wurde, hat man sich übrigens, soweit die Herabsetzung der Beamtenbeiträge in Betracht kommt, ein Schildbürgerstück geleistet. Die Herabsetzung der Beiträge ist erfolgt, um die kümmerlichen Witwen- und Waisenrenten, welche die Reichsversicherungsordnung bringt, auch noch zur Hälfte auf die Knappschaftsrenten aufrechnen zu können.

Nun zahlt ein großer Teil der Beamten keine Beiträge zur Alters- und Invalidenversicherung. Der Beitrittszwang hört bei 2000 Mark auf. Die Mitglieder der II. bis V. Klasse der Pensionskasse des Knappschaftsvereins verdienen aber alle über 2000 Mk. Zwar haben sich eine erhebliche Anzahl freiwillig versichert bezw. ihre Versicherung beim Ausscheiden aus der Arbeiterschaft aufrecht erhalten, jedoch ein großer Teil ist nicht mehr Mitglied der Alters- und Invalidenversicherung. Für diese Leute darf deshalb keine Beitragserniedrigung, wie jedoch geschehen ist, eintreten, denn die Leistungen der Pensionskasse sind nicht herabgesetzt worden.

Ist dies ein großer Fehler, so ist der zweite noch schlimmer. Zur Aufrechnung gelangt die Hälfte der von der Invaliditäts- und Altersversicherung gezahlten Witwen- und Kinderrenten. Die Beiträge zu dieser Versicherung sind aber nur bis zu Einkommen von 2000 Mk. berechnet. Wenn nun ein Beamter mehr verdient, zahlt er trotzdem keine höheren Beiträge als der Arbeiter. Er, bezw. seine Witwe und Kinder erhalten infolgedessen auch keine höheren Renten. Trotzdem hat man ihre Beiträge pro Woche nicht um den gleichen Betrag wie den Arbeitern gekürzt, sondern um das Zwei- bis Fünffache. Hier steht man vor einem Rätsel, wenn man die Ursache sucht. Diese Herabsetzung der Beiträge der Beamten hat aber zur Folge, daß die Beamten bei der Aufbringung der Mittel entlastet, die Arbeiter belastet werden.

Da die Vertreter der Arbeiter im Knappschaftsvorstande sich über diesen offensichtlichen Fehler des Satzungs-Nachtrages beschweren werden, so tritt der interessante Fall ein, daß sich der Knappschaftsvorstand gezwungen sieht, beim Minister für Handel und Gewerbe Beschwerde zu führen. Und zwar wird die Beschwerde über das Oberbergamt geführt, weil dieses einen Vorschlag eben derselben Knappschaftsverwaltung unbesehen übernommen hat.

Generalversammlung des Niederschlesischen Knappschaftsvereins.

Am 30. Dezember hielt der Niederschlesische Knappschaftsverein eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der die durch den § 1322 der Reichsversicherungsordnung notwendig gewordene Satzungsänderung vorgenommen wurde. Eingangs der Versammlung teilte Verwaltungsdirektor Schwerk mit, daß sich die Einrichtung der eigenen Zahnklinik gut bewährt habe und daß der Verein durch diese im nächsten Jahre mit 8000 Mark Ersparnis rechnen könne. Der Bau des neuen Lazaretts in Neurode erforderte Kosten im Betrage von 450 000 Mark. Das dortige alte Lazarett wurde zum Preise von 27 000 Mk. verkauft. Das in Waldenburg zum Verkauf stehende Lazarettgrundstück wurde teilweise an Direktor Schwithal, an die Elektrische Kleinbahn-Aktien-Gesellschaft Waldenburg und an den Magistrat Waldenburg zum Gesamtpreise von 99 500 Mk. verkauft.

Nach diesen Mitteilungen wurde zur Satzungsänderung geschritten. Dr. Grunenberg als Vorsitzender des Vereins brachte den Anwesenden den § 1322 der R.-V.-O. noch einmal zur Kenntnis und legte dar, daß die Werksvertreter unbedingt an der Aufrechnung der Hinterbliebenenbezüge festhalten wollten. Von einer Erniedrigung der Beiträge wollten die Werksbesitzer absehen, statt dessen sollte nach den Vorschlägen, die Dr. Pietsch in einem Gutachten gemacht hatte, wonach die Invalidenrenten eine kleine Erhöhung (nach zehnjähriger Mitgliedschaft um 20 Pf., nach dreißigjähriger Mitgliedschaft um 8 Mk. pro Monat) Platz greifen sollte.

Die Aeltesten erklärten nun, nicht so ohne weiteres für die Aufrechnung der Witwen- und Waisenrenten stimmen zu können, da es im Interesse der Mitglieder liege, alle Aufrechnungen zu beseitigen, auch müßte man an den 1910 gestellten Anträgen, wonach eine Erhöhung der Invalidenrenten gefordert wird, festhalten.

Dieser Standpunkt der Aeltesten wurde von den Werksvertretern mit der Bemerkung zurückgewiesen, wenn sich die Aeltesten mit der Annahme des Dr. Pietschschen Vorschlages nicht einverstanden erklärten, so müsse die Aufsichtsbehörde die Entscheidung treffen. Die Aeltesten machten nun den Vorschlag, wenn es nicht möglich sei, die 1910 gestellten Anträge durchzuführen, so doch die Waisenrenten pro Monat um 50 Pf., von 8,50 auf 4 Mk. für Halbwaisen und von 7 auf 8 Mk. für Vollwaisen zu erhöhen. Die Werksvertreter beantragten nun Vertagung der Versammlung auf eine halbe Stunde, um über den Antrag beraten zu können. Nach Wiedereröffnung der Versammlung gaben die Werksvertreter bekannt, daß sie neben dem Dr. Pietschschen Vorschlage auch die Erhöhung der Waisenrenten um 50 Pf. pro Monat bewilligen, wenn die Aeltesten die Anträge 1910 fallen lassen. Die Aeltesten stimmten nun für die Vorlage, brachten aber eine Erklärung zur Kenntnis, welche die Meinung der organisierten Aeltesten über diese Frage widerspiegelt. Dieselbe lautete:

„Die Aeltesten des Niederschlesischen Reviers erklären hiermit: Die Fassung des § 1822 Abs. 1 der R.-V.-O. macht es uns Arbeitervertretern des Niederschlesischen Knappschaftsvereins unmöglich, die Aufrechnung der Hälfte der reichsgesetzlichen Bezüge der Hinterbliebenen verstorbener Knappschaftsmitglieder auf die knappschaftlichen Leistungen zu verhindern. Wir erklären auch noch ausdrücklich, daß wir nur gezwungen durch das Gesetz für die Aufrechnung gestimmt haben und behalten uns vor, den Verhältnissen angemessene Anträge aufs neue zu stellen, sobald es angebracht erscheint."

Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Gemeinheiten!

In ihrer Angst vor dem Wahltag greifen die Arbeiterfeinde zu den verzweifeltesten Mitteln. Sachlich können die schweren Anklagen wegen frivolem Wortbruch, dreister Ausplünderung der Armen, Entrechtung der Arbeiter, nicht widerlegt werden von den Volksbelastern und Volksentrechtlern. Daher greifen ihre Agenten zu den Mitteln persönlicher Verdächtigung.

Ein von der nationalliberalen Zechen- und Hüttenbesitzerpartei gegen unseren Kameraden Otto Hue verbreitetes Flugblatt enthält neben unsäglich albernen, schon durch den „Bergknappen" unter der Leitung des Herrn Brust bekannt gemachten Anwürfen auch die Behauptung, unter den Augen Hue's sei der frühere Verbandsangestellte Seifert von Schröder und Pokorny geohrfeigt worden.

Diese Behauptung ist eine ganz gemeine Lüge. Hue hat mit dem Streit zwischen Seifert und Pokorny-Schröder **nicht das geringste zu tun! Seifert selber hat erklärt, er habe mit Hue niemals Streit gehabt, Hue habe sich stets kameradschaftlich benommen!** Und was geht es Hue an, wenn Schröder, Pokorny oder Seifert mit irgend jemand in Streit geraten? Seifert selber bestätigt, daß Hue mit dem ganzen Streit nichts zu tun hatte und stets zur Verständigung geraten hat.

Noch gemeiner ist der Versuch, den Kameraden Hue in Verbindung mit dem Fall Kreitz zu bringen. **Jedes Vorstandsmitglied bezeugt, daß Hue niemals mit Kassengeschäften zu tun hatte,** sich darum auch wegen seiner eigentlichen Berufsarbeit nicht kümmern konnte. Kreitz hat es verstanden, alle seine Arbeitskollegen über seinen wahren Charakter zu täuschen. Vor solchen Subjekten schützt auch der sicherste Verschluß und die schärfste Kontrolle nicht. Nun aber gar einen Mann, der wie Hue nicht einmal die Gelegenheit hatte, den Kreitz zu kontrollieren, mit diesem Verbrecher zusammenzubringen, das ist eine niederträchtige Gemeinheit!

Dutzendfach können wir **große Spitzbuben, Bankräuber, Urkundenfälscher, Steuerhinterzieher, betrügerische Gründer** und Bankrotteure nennen, die viele Jahre lang in „nationaler" und „christlicher" Agitation gemacht haben, bis sie als Schurken entlarvt wurden. Häufig handelt es sich um Unterschlagungen von Hunderttausenden, ja Millionen Mark! Wenn wir für den Verbrecher Kreitz verantwortlich wären, dann ist die nationalliberale oder die Zentrumspartei verantwortlich für die in ihren Reihen entlarvten zahlreichen Schurken. Indem unsere Gegner uns mit Schmutz zu bewerfen suchen, besudeln sie sich nur selber mit Dreck von oben bis unten.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Bruchstraße. Dieser Pütt bleibt seinem Rufe, selbst unter den Stinkezechen das schlimmste Wühlloch zu sein, treu. Drauflos gebollwerkt wird besonders in den Revieren des Fahrsteigers Brandegger. Der Herr wirft mit Ausdrücken, wie „Faulenzer" usw. nur so um sich. Auf seinen „Schneid" könnte der beste preußische Unteroffizier neidisch werden. Leute, die jahrelang auf der Grube zur vollsten Zufriedenheit der Beamten arbeiteten, leisten dem Manne nicht genug. Wenn nur dieselbe Treiberei in bezug auf Leistung auch in Beachtung der bergpolizeilichen Vorschriften geübt würde. Auf Bruchstraße passieren doch gerade Unfälle genug. Die Seilbahn auf der vierten Sohle ist in einem miserablen Zustande. An vielen Stellen fehlen die Laufbreiter und an anderen liegen Luftröhre. Trotzdem läuft die Seilbahn während des Schichtwechsels. Davon weiß der Herr Fahrsteiger anscheinend nichts? Die Abortkübel stehen tagelang voll, leere werden nicht herbeigeschafft. Also, Herr Brandegger, zunächst mal unten im Pütt Ordnung geschafft! Dann dürfen Sie, wie Sie mehrmals äußerten, auch versuchen, die Bergleute zu „erziehen". Wozu sollen die übrigens erzogen werden? Zu „erziehen" gibt es bei den Krumpels nichts, höchstens bei anderen Leuten.

Zeche Constantin II. Wie es mit dem Beschwerderecht der Arbeiter bestellt ist, zeigt ein Vorfall, der sich auf dieser Zeche zugetragen hat. Ein Arbeiter wollte in der Schmiede Gezähestücke abholen, dieselben waren jedoch nicht fertig. Der Arbeiter bemerkte hierauf, es wäre doch wünschenswert, daß die Sachen fertig wären, wenn sie gebraucht würden. Ueber diese durchaus korrekte Bemerkung geriet der Schmiedemeister sehr in Harnisch. Er schnaubte den Arbeiter an: „Du Schafskopf! Du Lump!" Das Wort „Lump" gebrauchte er sogar wiederholt. Der Arbeiter war über diese Behandlung selbstverständlich sehr empört, er glaubte, daß auch der Arbeiter ein Beschwerderecht habe und wandte sich unter Darlegung des ganzen Sachverhalts schriftlich an den Inspektor Droste. Es wurden daraufhin auch Erhebungen vorgenommen, wobei der Schmiedemeister zunächst alles bestritt, dann aber zugab, „Schafskopf" gesagt zu haben. Nachdem der Schmiedemeister dieses schon zugegeben hatte, kam der Schreinermeister hinzu und behauptete, es wäre überhaupt keine beleidigende Aeußerung gefallen. Die ganze Beschwerde des Arbeiters sei erlogen. Der Obersteiger kam daraufhin in die Grube zu dem Arbeiter und kündigte ihm an, er solle kündigen, sonst würde ihm gekündigt, falls er die gegen den Schmiedemeister eingereichte Beschwerde nicht beweisen könne. Der Schmiedemeister habe allerdings zugegeben, das Wort „Schafskopf" gebraucht zu haben, aber das sei ein Ausdruck, der allgemein üblich und nicht beleidigend sei. Vergebens wandte sich der Arbeiter darauf an die Direktion, um den Grund seiner Kündigung zu erfahren. Es wurde ihm bedeutet, daß die Kündigung aufrechterhalten bleibe. So ist denn der Arbeiter arbeits- und brotlos geworden, weil er die Beleidigungen des Schmiedemeisters nicht ruhig hinnahm und von seinem Beschwerderecht Gebrauch machte. Wir glauben, daß dieser Arbeiter kuriert ist und in Zukunft auf dieses „Beschwerderecht" verzichtet, das ihm zum Verhängnis geworden ist. So sieht das Beschwerderecht der Arbeiter in der Praxis aus. Und da wundert man sich, wenn die Arbeiter mit diesen Verhältnissen unzufrieden sind.

Zeche Ewald III und IV. Auf der dritten Sohle existiert nur eine Gezähbude; es wäre doch wünschenswert, daß in jedem Revier Gezähausgabe wäre. Die Kameraden müssen sämtliches Gezähe mit auf den Fahrten heraufschleppen. Es kommt oft vor, daß ein Mann mit vier Hacken klettern muß sowie auch mit Bohrern, Beilen usw. Ebenfalls wäre zu wünschen, daß an Lohn- und Abschlagstagen an zwei Schaltern ausgezahlt wird, da die Kameraden manchmal bis 4 Uhr auf die sauer verdienten Pfennige warten müssen. Dem Betriebsführer möchten wir raten, sich mehr um die Ausgabe von Kohlenscheinen, Familienscheinen und dergleichen zu bekümmern, da gewöhnlich nur ein Schreiber alles besorgen muß und die Kameraden oft lange warten müssen.

Zeche Holland III/IV. Berichtigung. Es ist unrichtig, daß Arbeiter der Zeche Holland III/IV von dem Steiger Qu. wegen willkürlichen Feierns bestraft worden sind, die sich vorher gemeldet hatten und beurlaubt waren. Die Unterschiede in den Löhnen haben mit der Festsetzung der Gedinge nichts zu tun. Wenn in demselben Revier einzelne Leute geringere Löhne verdienen als andere Arbeiter, so ist das lediglich auf geringere Leistung zurückzuführen. Das in der Notiz erwähnte Fahrloch ist vollständig groß genug. Der Durchgang neben dem Schacht ist nicht zu eng, auch stehen die Geleise mittags neben dem Schacht nicht voller Wagen, was schon daraus hervorgeht, daß vor Schichtwechsel die Pferde aus dem Westen der Sohle stets am Schacht vorbei zum Stall geführt werden. Durch das fehlende Schachtbekleidungsbrett kann niemand zu Schaden kommen, da die Lücke noch durch ein anderes Brett gesperrt ist.

Phoenix, Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb
Abteilung Bergwerksverwaltung. (Namen unleserlich.)

Berichtigungen brauchen nicht wahr zu sein; die Richtigkeit ihrer tatsächlichen Angaben ist nicht zu prüfen. Entscheidungen des Oberlandesgerichts Breslau, der Amtsgerichte Heiligenstadt, Darmstadt usw.

Zeche Zentrum I und III. Seit längerer Zeit werden die Beerdigungsanzeigen von unseren verstorbenen Verbandskameraden durch Anschlag auf den Zechen entweder im Flur oder in der Waschkaue bekannt gegeben. Als am 31. Dezember die Bekanntgabe des Verunglückten Kameraden Krause auf dieser Zeche auf obige Weise erfolgte, war dieselbe kurz darauf abgerissen. Von wem dies geschehen, entzieht sich unserer Kenntnis. Soviel Anstandsgefühl sollte man unseren Gegnern doch zutrauen, daß solche Bekanntmachungen hängen gelassen würden.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Grube Konkordia. Hier war es bisher üblich, daß für die auf dem Werk beschäftigten Arbeiter der Hektoliter Hausbrandkohle zum Preise von einer Mark verkauft wurde. Jetzt hat man durch Anschlag bekanntgegeben, daß der Hektoliter in Zukunft kosten soll: Stückkohlen 1,80, Würfel I 1,70, Würfel II 1,50, Knörbel I 1,20, Nußkohle 1,10 und Klarkohle 1,00 Mark. Anstatt Erhöhung der Löhne, verteuert man das Brennmaterial!

Cons. Grünberger Gruben. Unser Verband liegt dem Inspektor Fr. und seinen Beamten hier sehr im Magen. Im vorigen Jahr wurde ein Arbeiter aus dem Schacht hinauskomplimentiert, weil er in einer Versammlung gesagt hatte: „Bei uns auf dem Alexander II brennt es stellenweise sehr schlecht und oft gar nicht." Das hätte er nicht sagen dürfen, so etwas muß vergolten werden. Bald darauf wurde der Vertrauensmann gemaßregelt, weil er seine Kameraden nicht verraten hat und die Verwaltung glaubte, unserer Zahlstelle damit den Garaus machen zu können. Das ist nicht gelungen trotz dieser sehr unschönen Kampfesmittel. Der Lohn ist sehr niedrig; er beträgt bei 11stündiger Arbeitszeit für Schlepper 2,80 Mk., für Lehrhauer 2,50 Mk. und für Hauer 2,70 Mk. pro Schicht. Solche jämmerlichen Löhne werden gezahlt, obwohl die Arbeit eine sehr schwere und die Behandlung eine sehr schlechte ist. Ausdrücke wie „dummer Junge", „faule Bande", „verfluchter Affe" usw. wirft man den Arbeitern an den Kopf. Ja, sogar zu tätlichen Beleidigungen, zu Ohrfeigen lassen sich Beamte hinreißen. So erging es z. B. dem Bergmann H. F. Kohlen können nicht genug gefördert werden und die Krumpels müssen trotz der langen Arbeitszeit noch Ueberschichten machen, sogar des Sonntags. Das war auch am 10. Dezember der Fall. Hierbei geriet der Bergmann F. mit dem Steiger Franz in einen Wortwechsel. Hierauf sprang der Aufseher Richter hinzu und gab dem Arbeiter ein paar kräftige Ohrfeigen. Ein Beamter, der sich völlig ohne Grund derart hinreißen läßt, sollte sofort seines Postens enthoben werden, denn er ist eine ständige große Gefahr für die übrigen Arbeiter und die Sicherheit des Betriebes. Nicht alle Arbeiter haben Fischblut. Er kann auch einmal an die falsche Adresse kommen und niedergeschlagen werden. Dann ist das Unglück da, für das dann ganz allein die Verwaltung verantwortlich gemacht werden muß, weil sie den Beamten im Amt ließ, obwohl sie wußte, daß er nicht die nötige Ruhe und Selbstbeherrschung besaß. Aber abgesehen davon, sind solche Vorkommnisse nur tief zu bedauern; sie sind nur geeignet, das Ansehen der Beamten völlig zu untergraben und Verhältnisse zu schaffen, die für beide Teile nachteilig sind. Auf der Ostseite des Schachtes brennt es so schlecht, daß die Arbeiter kaum noch arbeiten können. Hier eine bessere Bewetterung zu schaffen, sollten sich die beiden Beamten mehr angelegen sein lassen. Das wäre besser, als gegen die Arbeiter derart ungehörig vorzugehen. Im Johannisschacht erhielt ein junger Arbeiter beim Einsetzen des Wagens in den Bremsberg mit der Kurbel einen so schweren Schlag auf den Kopf, daß er in einer Droschke fortgeschafft werden mußte. An dem Haspel befanden sich nicht die nötigen Sicherheitsvorkehrungen. Als das Unglück aber geschehen war, wurde alles in Ordnung gemacht. — Am 19. Dezember wurde ein Grubenherr beerdigt und die Arbeiter mußten in Uniform Parade bilden und aus diesem Grunde eine halbe Schicht feiern. Alle Welt glaubte nun, der Ausfall würde von der Grube bezahlt. Statt dessen erhielt jeder Bergmann eine Schnitte Brot, eine Zigarre und 30 Pf.; die halbe Schicht aber sollte herausgearbeitet werden. Auf zwei Schächten wurde das beim Anfahren bekannt gemacht, auf dem Johannisschacht aber wurde es den Arbeitern später mitgeteilt. Ein Teil der Arbeiter lehnte dieses Ansinnen ab. Es verlief auch alles ruhig, nur der Steiger Böhm, der hofft einmal „Ober" zu werden, zog seinen Leuten am 23. Dezember eine Schicht von der Abschlagszahlung ab. Das war ein Weihnachtsgeschenk, das die Bergleute nicht erwartet hatten. Den Beamten wird anscheinend da zu viel freie Hand gelassen. Wem der Beamte nicht grün ist, dem kann er leicht den Lohn drücken und umgekehrt. Das muß zu unhaltbaren Verhältnissen führen. Ist es doch vorgekommen, daß Arbeiter am Lohntag nur noch 95 Pf. ausbezahlt erhielten. Wo solche Löhne gezahlt werden, sollte die Verwaltung der Sache doch auf den Grund gehen; ebenfalls sollte sie bei hohen Löhnen genau untersuchen, ob Lohn und Leistung im Einklang stehen. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß Besserung geschaffen wird.

Tschöpelner Braunkohlenwerke. Die Zustände, die auf dem hiesigen Werke herrschen, sind unbegreiflich. Das sieht man im ersten Augenblick, sobald man die Mannschaftsstube betritt, in der es stinkt und viel schlechter aussieht, als in einem Viehstall. Wir wundern uns bloß, daß die Verwaltung zu der Einsicht gekommen ist und neue Fensterscheiben hineinmachen ließ. Auch hat sie den Ofen in der Zechenstube ausbessern lassen, wo man sich das ganze Jahr gewundert hat, was das für ein Mauerwerk sei. Aber das nützt uns doch alles nichts, wenn auch der Ofen gemacht ist, es fehlt doch das dazu nötige Brennmaterial. Trotzdem die Verwaltung so viel Arbeiter hat, daß sie Entlassungen und Kündigungen vornehmen muß, so hat sie noch nicht einen übrig, der jeden Tag eine halbe Stunde zur Reinigung und Heizung der Zechenstube beschäftigt wird. Das wird bloß dann gemacht, wenn die Verwaltung selber über die großen Haufen verbrauchten Karbids nicht mehr hinweg kann. Denn es wird hier nur Karbid gebrannt. Mit Oellampen würde ein großer Teil der Belegschaft bei der schlechten Bewetterung nicht arbeiten können. So ist es auch mit der Badeanstalt. Die Brausen funktionieren so gut, daß die Arbeiter, welche keinen eigenen Hausstand haben, mitunter eine Stunde und länger stehen müssen, um sich wenigstens den meisten Schmutz von ihrem Körper abwaschen zu können. Die Fensterscheiben in der Badeanstalt sind zer-

brochen, wodurch sich die Arbeiter während des Badens sehr leicht erkälten können. In der Grube müssen sich die Arbeiter mitunter zwei Stunden mit dem grünen Holz schinden, wenn sie die ganze Schicht arbeiten wollen, wofür sie nichts bekommen. Es kommt auch häufig vor, daß die ganze Schicht gar kein Holz da ist. Dann laufen die Leute in der Grube herum und sehen zu, wo einer dem andern noch etwas stehlen kann, damit sie wenigstens den Schichtlohn — Hauer 2,70 Mk. und Schlepper 2,50 Mk. — verdienen können. Auch ist es vorgekommen, daß Arbeiter während der Schicht sogar hinaus in den Wald und erst Holz zum Bauen umhauen mußten, um sich von den losgelösten Kohlenstücken die Knochen nicht entzweischlagen zu lassen. Schienen sind auch Luxus. Meistens wird auf Brettern oder Pfählen gefahren, oder man muß hinaus auf den Grubenplatz und sich selber welche hineinholen. Da geschah es, daß eines Tages ein Kamerad, der schon einige Tage auf Brettern gefahren war, hinausfuhr zum Obersteiger und ihn fragte, wo er Schienen hernehmen soll. Die Antwort darauf war eine wenig entgegenkommende. Indem der Obersteiger Baum in Gegenwart des Inspektors G. antwortete, wenn er sich noch einmal unterstehe, während der Schicht wegen solchen Sachen hinauszukommen, würde er ihn bestrafen. So wird es in Tschöpeln gemacht. Trotzdem derartige Zustände herrschen, ist noch ein großer Teil der Arbeiter so unkultiviert, daß sich an Sonn- und Feiertagen Hauer für 2,70 Mk. und Schlepper für 2,50 Mk. von früh 6 Uhr bis nachmittags 2 Uhr ununterbrochen schinden und noch um die Sonntagsschicht bitten, ohne ein einziges Mal an die Organisation oder höhere Lohnforderungen zu denken. Sie unterstützen nur den reichstreuen Knappenverein, der zum Schaden aller Arbeiter existiert. Sie werden aber auch noch einmal zu der Ueberzeugung kommen, daß sie nur durch die Organisation zu einem besseren Ziele gelangen. Der Anfang ist schon gemacht.

Königreich Sachsen.

Gewerkschaft Deutschland. Eines der verwerflichsten Gedingesysteme ist hier vor einigen Arbeitspunkten eingeführt worden: das Prämiensystem! Vor Ort Nr. 8 und 21 auf Schacht I und Nr. 90 auf Schacht II wurden Prämien verteilt an den Hauer 12 Mk. und an den Fördermann 8 Mk. Bedingung ist allerdings, daß die Betreffenden 100 Prozent verdient haben müssen, das ist nach dem hier üblichen Lohnsystem der doppelte Schichtlohn. Etwas Wahnsinnigeres und für die Arbeiter Gefährlicheres kann es nicht geben. Sehen wir uns aber einmal dieses System etwas näher an. Vor etlichen Orten hat man nämlich pro Hund Kohle 10 und 5 Pf. abgebrochen. Das ergibt bei einer Belegschaft von 12 Mann für den Ort Nr. 8 in drei Dritteln, bei einer Förderung von 2000 Hunden, einen Lohnverlust à 10 Pf. rund 200 Mark. Dafür gibt es nun 90 Mark Prämie! Das größte Mitleid möchte man mit den Arbeitern haben, die ihre Gesundheit so mit Gewalt dem Ruin entgegenführen. Wer sich gegen dieses System wendet oder nicht alles ruhig und gelassen über sich ergehen läßt, wird hinausgeworfen, wie wir ja in der Woche vor Weihnachten gesehen haben. Eine bessere Beachtung der bergpolizeilichen Vorschriften wäre hier dringend am Platze. Wer gibt den Beamten das Recht, daß nach der Schicht noch 3 bis 4 Hunde Kohlen gefüllt werden müssen? Wie kommen Steiger dazu, vor einem Ort von über 28 Grad Wärme, nach der Schicht noch aus dem Streckenstoß Kohlen rauben zu lassen? Wir haben uns schon oft mit den Verhältnissen auf dieser Zeche beschäftigen müssen, aber leider ohne Erfolg. Das ist sehr bedauerlich. Bei etwas gutem Willen könnten doch die Uebelstände beseitigt werden und unsere Kritik würde sich erübrigen. Es scheint aber, als wenn dazu keine Neigung vorhanden wäre.

Der anonyme „Christliche" in der „Essener Volkszeitung".

Nachdem Kamerad Hue und meine Wenigkeit bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung das arbeiterschädigende Verhalten der christlichen Sekretäre Behrens, Becker, Giesberts, Schiffer, Wiedeberg und Genossen im Reichstage öffentlich geißelten und an den Pranger stellten, wissen gewisse „christliche" Führer nicht, was sie aus Rache hierüber gegen uns in die Welt schleudern sollen. In der Lügenbroschüre „Die Wahrheit über die Reichsversicherungsordnung" schwindeln sie sogar der Welt vor, wir hätten die geheime Wahl für Knappschaftskassenwahlen beseitigen wollen. Dabei ist gerade das Gegenteil der Fall: Wir wollten sogar gleichgroße Stimmzettel und Kuvertwahl haben, damit die Wahl eben noch geheimer und unbeeinflußter vor sich gehen kann als es bei einfacher Abgabe eines Zettels der Fall ist. Aber auch diesen unseren Antrag lehnten die „Christen" und der ganze Block im Reichstage ab. Ebenso lehnten sie alle unsere Anträge, die wir stellten, entsprechend dem Knappschaftsreformprogramm sämtlicher Knappschaftsältesten, also auch der des christlichen Gewerkvereins, im Plenum des Reichstages ab. Ueber solche Arbeiterverräterei dieser „Arbeiterabgeordneten" muß sich jeder moralische Mensch empören. Aber weit gefehlt! Ein „christlicher" Bergarbeiter" treibt schon seit Wochen in der „Essener Volks-Zeitung" sein Unwesen. Als ich am 22. Dezember in Essen in einer Volksversammlung als Referent angekündigt war, kam dieser „Christ" in Nr. 293 der „Essener Volksztg." mit einigen jesuitisch verdrehten Fragen. Dieser Anonymus, der zu feige war, in jener Versammlung in Essen zu erscheinen und meine Antwort persönlich in Empfang zu nehmen, tut in seinen Fragen so, als wenn Hue und ich gegen die Auszahlung von Kindergeld an Invaliden, sowie gegen die Witwen- und Waisenrenten gewesen seien und im Reichstage dagegen gestimmt hätten. Das ist natürlich eine freche Lüge. Ich habe schon in der besagten Essener Versammlung am 22. Dezember erklärt, daß wir nicht nur Verbesserungsanträge zu den Paragraphen stellten, welche die Kinder-, Witwen- und Waisenrenten enthalten, sondern, daß wir laut den amtlichen Reichstagsakten auch bei der Abstimmung über diese Paragraphen, nach Ablehnung unserer Verbesserungsanträge, **für die Kommissionsfassung gestimmt haben.**

Nun verbricht der feige „christliche" Anonymus in Nr. 289 der „Essener Volkszeitung" wieder einen Artikel, in welchem er mich auf Grund eines natürlich nur kurzen Versammlungsberichts der „Essener Arbeiterzeitung" herunterzureißen sucht. Er tut darin, als hätte ich seine jesuitischen Fragen nicht oder nicht richtig beantwortet. Wäre er nicht zu feige gewesen, in jene Versammlung zu kommen, so würde er gehört haben, daß ich ausführlich genug und deutlich genug unsere Abstimmung bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung klarlegte. Ich habe nicht nur die so lächerlich niedrigen Witwen- und Waisenrenten gegeißelt, sondern habe ausdrücklich angeführt, daß wir bei der Gesamtabstimmung über das Gesetz hauptsächlich deshalb gegen das Gesetz stimmten, weil der Krankenkassenteil ein Ausnahmegesetz gegen freiorganisierte sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter enthält und man den Arbeitern ihr bisheriges Verwaltungsrecht in den Ortskrankenkassen geraubt habe. Ferner führte ich an, wie alle bürgerlichen Parteien schon gegen Gesetze stimmten, die sonst auch Verbesserungen enthielten. Dabei wies ich hin, wie das Zentrum mit uns und den Polen gegen das Vereinsgesetz stimmte, weil es auch eine Ausnahmebestimmung gegen die Polen enthielt. Niemand macht dem Zentrum einen Vorwurf daraus. Und den Polen hätte es jeder vernünftige Politiker übel genommen, wenn sie für das Vereinsgesetz gestimmt hätten, das für die Polen Ausnahmebestimmungen enthielt, sie zu Staatsbürgern zweiter Klasse machte. Aber mein lieber feiger Anonymus! Ganz ähnlich lag die Sache bei der Reichsversicherungsordnung für uns. Diese enthält im Krankenkassenteil, wie gesagt, auch Ausnahmebestimmungen gegen freigesinnte sozialdemokratische Arbeiter. Daher ist es für alle Vernünftigen als selbstverständlich zu betrachten, daß wir gegen das Gesetz gestimmt haben. Das habe ich alles in der Essener Versammlung klargestellt. Habe auch noch hinzugefügt, daß wir jetzt im Dezember für das Privatbeamten-Versicherungsgesetz stimmten, weil es keine solchen Ausnahmebestimmungen enthielt und auch sonst Bestimmungen enthält, welche von den Blockparteien bei der Reichsversicherungsordnung ausdrücklich abgelehnt worden sind, als wir sie als Verbesserungsanträge einbrachten. Wäre die Reichsversicherungsordnung so ausgestaltet worden, als dieses Privatbeamten-Versicherungsgesetz, so hätten wir auch für die Reichsversicherungsordnung gestimmt. Das habe ich in der Versammlung alles auch gesagt, lieber „christlicher" Anonymus!

Nun, tragen Sie nur Ihre verlogene Hetze, wie Sie ankündigten, in den Wahlkampf meines Wahlkreises Waldenburg hinein. Bei allen vernünftigen, wahrheitsliebenden Wählern zieht dieser Knatsch nicht mehr. Ihre vergifteten Pfeile aus dem sicheren Versteck treffen höchstens den feigen Schützen selbst, aber nicht mich oder Hue und die Sozialdemokratie.

Herm. Sachse.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Reinhold Kahlert †

Am 29. Dezember 1911 verstarb infolge Unglücksfalles auf Zeche Bismarck, Schacht III, unserer teurer Kollege Reinh. Kahlert. Seiner hinterbliebenen Familie unser herzlichstes Beileid entgegenbringend, werden wir dem teuren Verstorbenen wegen seinem geraden Charakter und seinem unermüdlichen Eintreten für Besserstellung der Lage seiner Klassengenossen und Befreiung derselben aus dem schweren Joche der herrschenden Zustände ein ehrendes Andenken bewahren. Die Verbandsältesten der Kommission Gelsenkirchen. J. A.: Kartenberg, Vorsitzender.

Ausschußsitzung auf Zeche Nordstern, Schacht III.

Die regelmäßige Ausschußsitzung auf hiesiger Schachtanlage hatte der Herr Direktor Freund auf den 27. Dezember einberufen. Eine Tagesordnung war von der Zeche nicht aufgestellt. Die Anträge der Ausschußmitglieder wurden als zu spät eingegangen abgelehnt. Der Herr Direktor Freund gebrauchte aber diese Zusammenkunft, um den mutmaßlichen Einsender der Notiz über die vorige Ausschußsitzung am 25. September v. J., tüchtig abzustrafen. Alles sei nicht war, was in der Notiz behauptet sei und er habe ja auch nur sozialdemokratische Agitation damit treiben wollen. Nein, Herr Direktor, wir wollen nur den Arbeitern zeigen, welches Entgegenkommen sie von der Werksverwaltung zu hoffen haben. Der „Herr im Hause-Standpunkt" konnte hier so richtig gezeigt werden. Eins wollen wir aber an dieser Stelle aussprechen, nämlich, daß die Belegschaft die gewählten Vertreter als gleichberechtigt ansieht. Sie sind doch nicht schuld, wenn die Verwaltung nervös wird. Und wenn der Herr Direktor droht, er wolle den ersten besten Steiger mit dem Vorsitze betrauen, so soll es dem Ausschuß egal sein, wenn dieser nur mit der nötigen Vollmacht versehen ist. Es ist gleich, ob der Herr Direktor oder der Steiger erklärt, „es sei abgelehnt". Die Wirkung auf die Belegschaft ist die gleiche. Hoffentlich wird auch diese Notiz ausgeschnitten und fein säuberlich aufgehoben.

Nationalliberale „Arbeiterfreunde".

In einem Urteil des Schöffengerichts Kastrop gegen einen Bergmann wegen angeblicher Beleidigung des Steigers Fuhrmann von Zeche Schwerin heißt es:

„Der Angeklagte war bis vor einiger Zeit Hauer auf der Zeche Graf Schwerin. Da er aber seine Arbeitsgenossen gegen die Zechenverwaltung aufhetzte und dieser lästig wurde, so erhielt er die Kündigung. Der Betriebsführer teilte den Grund der Kündigung den Betriebsführern der umliegenden Zechen mit. Infolgedessen konnte der Angeklagte auf den umliegenden Zechen keine dauernde Arbeit bekommen und sah sich deshalb genötigt, als Maurer zu arbeiten."

Achtung! Kameraden in Lothringen. Achtung!

Zurzeit sind Agenten der Gewerkschaft Graf Schwerin im Lothringer Gebiet auf der Suche nach Arbeitskräften. Es ist ihnen bereits gelungen, einen Transport von zirka 75 Mann nach hier in ihr „Paradies" zu bringen. Es ist den Kameraden gesagt worden, daß sie nicht unter 6 Mk. pro Schicht arbeiten sollen. Würde die Zechenverwaltung wirklich nach diesem Grundsatz die hiesigen Arbeiter behandeln, fehlte es sicherlich der Gewerkschaft nicht an Arbeitern.

Wie hier die Behandlung der Arbeiter ist, sei kurz an folgendem Beispiel illustriert: Ein Arbeiter sollte zu anderen Kameraden gesagt haben, unter 6,50 Mk. dürfte heutzutage kein Arbeiter arbeiten, wenn er etwas anständig leben wollte. Nachdem die Zechenverwaltung dies erfahren, wurde der Arbeiter entlassen, weil er ein Hetzer sei. Obendrein wurden die Betriebsführer auf den Nachbarschächten von dem Betriebsführer der Anlage Graf Schwerin, Herrn Stenger, ersucht, den entlassenen Arbeiter nicht in Arbeit zu nehmen. So wurde dieser Kamerad von einer Schachtanlage zur anderen getrieben, ohne Arbeit zu erhalten, während seine Familie zu Hause darbte.

Aehnliche Fälle könnten wir mehr anführen, doch wird dieses genügen. Wir möchten die Kameraden dringend warnen, sich nicht weiter von diesen Lockvögeln einfangen zu lassen.

Die Süßigkeit der Arbeit.

Das „Liboriusblatt", welches dem Zentrumsorgan, dem „Westf. Volksfreund" für Hamm beigelegt wird, brachte unter obiger Ueberschrift einen Artikel, worin u. a. gesagt war:

„Kein weiches Lager, kein vergoldetes Bett, keine Stille im ganzen Hause, nichts kann den Schlaf angenehm und süß machen; dann aber ist der Schlaf recht süß, wenn wir gearbeitet haben, müde und matt sind, wenn wir nicken und mit dem Haupte hinsinken...

Der Hunger trocknet den Geist aus und macht kurzen Atem, erweckt Angst und verursacht tausend Beschwerlichkeiten und Schmerzen; allein die Arbeit ist ein so gutes Mittel, daß ein Knecht gut schlafen kann, wenn auch beide Unbequemlichkeiten vorhanden sind. **Denn weil die Knechte den ganzen Tag herumlaufen, ihren Herren zu Diensten sind, arbeiten und gar nicht Zeit haben, sich zu erholen, so ist der süße Schlaf, den sie genießen, eine genugsame Belohnung für ihre Müdigkeit und Arbeit.**

Denn das haben wir der Gnade Gottes zu danken, daß das Vergnügen nicht für Gold und Silber feil ist, sondern durch Mühe, Arbeit und Notdurft erlangt werden muß. Bei den Reichen ist solches anders. Wenn sie gleich auf weichen Lagern liegen, so kommt doch die ganze Nacht kein Schlaf in ihre Augen und sie mögen vornehmen, was sie wollen, so erhalten sie dieses Vergnügen dennoch nicht.

Allein ein Armer hat müde Glieder, wenn er von der Arbeit kommt, und fängt schon an, ehe er sich niederlegt, **das Vergnügen eines süßen, tiefen Schlafes, der Vergeltung all seiner Arbeit zu genießen. Da also ein Armer mit mehr Vergnügen ißt, trinkt, schläft, was haben dann die Reichtümer noch für einen Vorzug, da sie auch des Vorzuges, den sie vor der Armut voraus zu haben scheinen, beraubt sind!...** Wir empfangen für unsere Arbeit schon auf Erden durch die Arbeit selbst, ehe wir noch zum Besitze des Himmelreichs gelangen, das größte Vergnügen. Man hat ihr nicht allein das Vergnügen, sondern ein viel größeres Gut, nämlich eine vollkommene Gesundheit, zu danken."

So weit das „Liboriusblatt". Jetzt können wir auch den Ausspruch des Bischofs Henle verstehen: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben." Dieser Ausspruch ist aus der Liebe zu den Knechten entsprungen, denen er das Vergnügen eines — tiefen Schlafes nicht rauben will, die er bewahrt wissen will vor den Martern und Leiden der armen Reichen, die nicht einmal das Vergnügen eines tiefen Schlafes haben, die in ihren seidenen weichen Betten unruhig und qualvoll sich herumwälzen und das Vergnügen eines tiefen Schlafes nicht finden können.

Jetzt können wir es auch weiter verstehen, wenn am 9. Februar 1899 im preußischen Abgeordnetenhause der Zentrumsabgeordnete Szmula unter dem Beifall seiner Fraktionsgenossen den deutschen Arbeitern die Galizier als Vorbild hinstellte. Szmula erklärte,

„**daß die Galizier die ordentlichsten Leute in der Welt sind, die unseren Leuten in ethischer Beziehung sogar als Vorbild hingestellt werden könnten... Die Leute sind fleißig, so fleißig, daß sie z. B., wenn sie zum Hause hinausgehen, unterwegs die Sensen wetzen, um nicht die Zeit darüber zu verlieren... Die Hälfte von ihnen kann kaum lesen und schreiben. Und an den Sonntagen beten sie, singen Litaneien, flicken ihre Kleider — aber von Politik keine Spur, kein Mensch weiß, was Politik ist.**"

Nur die große „Liebe" zu den Arbeitern hat den Abg. Szmula diese Worte sprechen lassen. Was wollte er, was wollten seine ihm Beifall spendenden Fraktionsgenossen anders, als daß auch die deutschen Arbeiter noch mehr wie bisher schuften, hungern und darben müssen, damit dieselben ein um so größeres Vergnügen im — tiefen Schlaf finden können. Ein treffendes Muster der sprichwörtlichen Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums!

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Eine Hochburg des Zentrums.

Das Zentrumsdasein ist der deutschen Arbeiterklasse zum Fluch geworden. Diese Partei der Lüge und Heuchelei behängte sich mit dem Mantel der Arbeiterfreundschaft und der Frömmigkeit, wie sich der reißende Wolf der Bibel in ein Schaffell hüllt. So lügnerisch maskiert und mit süßen Worten auf der falschen Zunge hat sich die Zentrumspartei in die Wahlkreise der katholischen Landesteile eingeschlichen. Der naive Glaube der katholischen Arbeiter an die Aufrichtigkeit der Zentrumsleute hat der ganzen Arbeiterklasse schwere Opfer gekostet. Aushungerung und Entrechtung war der Lohn, den die Zentrumswähler des Arbeiterstandes für ihre Gutmütigkeit ernteten. Die Aermsten der Armen leiden unter den Folgen der Zentrumspolitik am härtesten; am allerschwersten gerade in den Hochburgen der Zentrumspartei selbst.

Eine solche Zentrumsfeste ist die Grafschaft Glatz in Schlesien. Dort hat die schwarze Partei ungestört schalten und walten können, dort ist Zentrumspolitik in Reinkultur zu studieren. Und wie sieht es aus in jenem gesegneten Zentrumsparadiese? Wie befinden sich die Arbeiter unter der gepriesenen Zentrumskultur? Zwei Notizen aus Zentrumsblättern geben auf diese Frage Antwort. Die „Märkische Volkszeitung" in Berlin schrieb am 22. Dezember 1911:

„Ein Werk der Nächstenliebe. In der Grafschaft Glatz, der Waldenburger Gegend und in Oberschlesien ist infolge von Arbeitslosigkeit über viele Frauen und Mädchen, die im Sommer teils in der Landwirtschaft am Orte, teils durch die sogenannte „Sachsengängerei" sich ihr Brot verdienten, die bitterste Not hereingebrochen. Alle diese Frauen und Mädchen wollen arbeiten, können es aber nicht, da sich ihnen in der Heimat nirgends eine Verdienstmöglichkeit bietet. Eine hochherzige Dame hat nun, um diesem Elend abzuhelfen, vor einiger Zeit dem Verband katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen eine größere Summe zur Verfügung gestellt, die es ermöglichte, Stoffe, Wolle usw. einzukaufen und den Arbeitslosen zur Verarbeitung zuzuweisen. Sämtliche Muster werden in Berlin vorgearbeitet und zugeschnitten. Es ist überraschend, welch schöne Arbeiten aus den geschickten Fingern der Häklerinnen und Näherinnen Schlesiens hervorgegangen sind. In der Zentrale des Verbandes, Kaiserstraße 87 I (nahe Alexanderplatz), sind die eingegangenen Arbeiten zur Besichtigung und zum Verkauf ausgestellt, Häkeleien in der verschiedensten Art, Kinderjäckchen, Sportmützen für Damen, Halstücher, geschmackvolle handgearbeitete Wolljacketts, Kinder-, Damen- und Herrenwäsche, Schürzen in den verschiedensten Größen, Unterkleidung, Kimono-Kinderkleidchen usw. usw. Mögen in diesen Tagen recht viele den Weg zur Kaiserstraße nehmen, um an diesem Werke der Liebe sich zu beteiligen. Wer bald hilft, hilft doppelt."

Das Zentrum hat durch Einführung der Streichholzsteuer viel Arbeitslosigkeit und Not über schlesische Arbeiterinnen gebracht und ihnen nebenher noch das Brot durch Zölle verteuert. Und dann will es durch obige Bettelei als der Wohltäter derselben Arbeiterinnen gelten, die es vorher in die bitterste Not gebracht hat. Aber noch mehr: Die „Schlesischen Nachrichten", ebenfalls ein Zentrumsorgan, brachten am 7. September 1905 einen Bericht aus Habelschwerdt über die Versammlung des dortigen katholischen Arbeitervereins. In demselben heißt es:

„...Eine längere lebhafte Aussprache knüpfte sich an die hohen Milch- und Fleischpreise.... Zur Linderung der Fleischkalamität empfahl Buchhalter Futter den **gemeinsamen zentnerweisen Bezug von Abfallfleisch, welches eine Breslauer Konservenfabrik für 18 Pf. pro Pfund anbietet. Die Versammlung beschloß demgemäß.**"

Die wahre Zentrumspolitik! Erst den Arbeitern zugunsten der Großgrundbesitzer das Fleisch bis zur Unerschwinglichkeit verteuern und dann in den katholischen Vereinen als Helfer in der Not Abfälle als Nahrung empfehlen! Wehe den armen Arbeitern, die solchen politischen Verbrechern in die Hände fallen! Erinnert das Verhalten des Zentrums in diesen Fällen nicht an Pater Mazoch, den Mörder von Czenstochau? Der ermordete kalten Blutes seinen Verwandten, gab ihm aber vor dem Hinscheiden noch die letzte Oelung. Genau wie jener geistliche Bösewicht ein Sakrament zu seiner fluchwürdigen Tat mißbrauchte, genau so entwürdigt das Zentrum durch sein Gebaren die Tugend der Nächstenliebe und Barmherzigkeit.

Herunter mit deinem Schafspelz, Zentrumswolf! Wenn erst die Arbeiter der Grafschaft Glatz erkannt haben, daß deine Frömmelei nichts ist als Maske und Verlogenheit, werden sie es mit dir machen, wie der Bauer mit dem Wolfe im Märchen. Sie treiben dich dann mit Knüppeln aus der Hürde, in der du so furchtbar gewütet. Und dein Nachfolger wird dann dein Todfeind, die Sozialdemokratie. Sie hat schon seit jeher den Jammer mitempfunden, unter dem die Arbeiterbevölkerung der Grafschaft Glatz schmachten mußte durch Zentrumsschuld. Namentlich war es der **sozialdemokratische Abgeordnete** Sachse aus dem benachbarten Waldenburger Kreise, der sich (wie bei der Streichholzsteuer) schützend vor die armen Streichholzarbeiter des Habelschwerdter Kreises stellte. Er suchte die Zentrumswähler vor den würgenden Zentrumswölfen zu schirmen — es war vergebens! Denn die schwarzen Unholde wurden unterstützt durch den Raubadel, der in gleicher Art wie das Zentrum das Elend der Arbeiterklasse verewigen will.

Was unsere Kameraden in der Grafschaft tun können, um künftig den Räubern die Suppe zu versalzen, das werden sie tun — dessen sind wir sicher!

Saargebiet und Reichslande.

Sieg des Bergarbeiterverbandes in Saarabien.

Am 28. Dezember fanden die Berggewerbegerichts-Beisitzerwahlen in Saarabien statt. Unser Verband beteiligte sich in zwei Wahlbezirken und zwar in der Inspektion Heinitz und König. Beide Mandate hatten die Zentrumsgewerkvereinschristen schon viele Jahre inne, trotzdem siegten diesmal die Verbandskandidaten. Es erhielten

	Inspektion Heinitz	Inspektion König
Verband	288	390
Christen . . .	194	360

Im ersten Wahlbezirk siegte der Verband also mit 94, im zweiten mit 30 Stimmen Mehrheit, obwohl die „Christen" alles aufboten, was in ihren Kräften stand, um den Verbandssieg zu verhindern. Diese Niederlage ist für die Zentrumschristen ein böses Vorzeichen, das zeigt, daß auch die Saarbergleute allmählich erwachen und nicht gewillt sind, sich auf die Dauer am M.-Gladbacher Narrenseil ziehen zu lassen.

Bei der Wahl vor drei Jahren konnten die Zentrumschristen noch über einen glänzenden Sieg auf der ganzen Linie berichten. Damals erhielten die „Christen" über 1300, der Verband nur über 400 Stimmen. Diesmal erhielt der Verband 678, die „Christen" nur 554 Stimmen; der Verband hat also etwa 278 Stimmen gewonnen, die „Christen" mehr als 700 Stimmen verloren. Das ist die Folge der überklugen Taktik der Zentrumsgewerkvereinsstrategen, die sich lediglich in starken Worten erschöpft, und statt Einigkeit, den Bruderkrieg predigt, wobei aber für die Bergarbeiter nichts herauskommt.

Lohnbewegungen und Streiks.

Streik auf den Vereinsglückwerken.

Am 28. Dezember haben 34 Mann der Belegschaft der genannten Werke die Einfahrt verweigert, da aufs neue wieder einer ihrer Kameraden, Stockburger, ohne Grund entlassen worden war. Der Entlassene wurde aber nicht wieder eingestellt, so daß am 29. Dezember 144 Mann der Belegschaft die Einfahrt verweigerten und am 30. Dezember haben aus diesem Grunde noch 32 Mann die Arbeit nieder-

gelegt, ohne daß sich die Werksverwaltung dazu verstanden hätte, die Gemaßregelten wieder einzustellen. Im Gegenteil! Die Werksverwaltung hat erklärt, daß alle diejenigen, die nicht einfahren, den Werksplatz zu verlassen haben und entlassen sind. Nunmehr hat am 1. Januar ein Teil der Feiernden im Gasthof zu Vorderneudörfel beschlossen, den Streik zu erklären. Da der Arbeiterausschuß dieses Werkes zu keiner Belegschaftsversammlung erscheint, noch Wünsche und Beschwerden der Belegschaft entgegennimmt und auch vertritt, so haben die Versammelten eine besondere Kommission von sechs Mann bestimmt, die die Wünsche der Feiernden beim Herrn Direktor Vaudisch vorbringen und um Einstellung der Entlassenen ersuchen soll.

Der Herr Direktor hat diese Kommission nicht angehört, sondern einfach entlassen. Nunmehr wurde die Kommission bei der Berginspektion vorstellig und hat um die Vermittlung derselben nachgesucht; dieselbe hat sich auch dazu bereit erklärt und getan, was möglich war, aber beim Vorstelligwerden bei der Berginspektion hat sich der Herr Direktor Vaudisch jede Einmischung anderer Personen verbeten.

Am 4. Januar 1912 fand wiederum eine Versammlung statt. Die Liste der Feiernden weist 196 Mann auf, die auch in der Versammlung erschienen waren und unter keinen Umständen wieder unter diesen Verhältnissen zur Arbeit zurückkehren wollen. Die Erbitterung über das seit Jahren an ihnen begangenen Unrecht ist groß und wurde infolgedessen der Streik erklärt.

Nicht allein handelt es sich nach den Ausführungen der Diskussionsredner um den letzten entlassenen Kameraden Stockburger, sondern die Erregung hat eingesetzt, als die Werksverwaltung den Kameraden Oskar Falk im November entlassen hat. Kurzum, mit dem System, wie es die Werksverwaltung seit Jahren geübt hat, will man aufräumen. Schon vor Jahren hat man eine Anzahl Krankenkassenvertreter entlassen, die dem Verband angehörten, so daß eine Neuwahl der Vertreter vorgenommen werden mußte. Den organisierten Kameraden hat man kein Feuerholz gewährt und als Deputatkohle für die Organisierten geringere Kohle als den Nichtorganisierten gewährt. Wer der besonders dafür gegründeten Werkskasse ferngeblieben und sich nicht vom Verbande abgemeldet hat, wurde entlassen und allen denjenigen wurde mit Klage gedroht, die dem Verbande, aber auch gleichzeitig der besonders gegründeten Werkskasse angehören und hiervon der Werksverwaltung keine Meldung machten. Aber ausdrücklich wurde in der Versammlung am 4. Januar nochmals erklärt, daß der Hauptgrund zur Arbeitsniederlegung die fortgesetzten Entlassungen der organisierten Kameraden und der von den Kameraden gewählten Vertreter ist. Die Stimmung der Streikenden, die ja zum allergrößten Teil jüngere Mannschaften sind, ist eine derartige, daß ein Zurück wohl nicht stattfinden wird und ein Teil der noch in Arbeit Stehenden dieselbe noch niederlegt. Sie erklären einfach, das Maß wäre voll. Bei 11stündiger Schichtzeit eine Mittagspause von einer halben Stunde, schlechte Behandlung seitens der Beamten, auch sehe es außerdem in der Grube sehr schlecht aus.

Nach der herrschenden Begeisterung unter den Streikenden ist Aussicht vorhanden, daß die von ihnen angestrebte Besserung ihrer Lage in Erfüllung geht.

Streik auf dem Kalischacht Reichsland (Oberelsaß).

In der Umgegend von Wittenheim ersteht ein Schacht nach dem andern. Der Kapitalismus oder vielmehr seine Diener verstehen es auch hier, wie in anderen Gebieten, durch „humane" Behandlung, Ablehnung aller vom gesundheitlichen Standpunkt diktierter Forderungen, die Bergarbeiter in den Ausstand zu treiben. So auch auf Schacht Reichsland. Schon längere Zeit verlangten die Kameraden Gummizeug. Doch wurde ihnen rundweg erklärt, sie sollten es sich kaufen. Als das Wasser zu stark tropfte, dabei noch die Heizungsrohre in der Kaue defekt waren und trotz Reklamation keine Aenderung eintrat, so daß die Kleider nicht mehr trocken wurden, auch die Lieferung von Kaffee auf die Sohle verweigert wurde, war die Geduld der Kameraden zu Ende. Dazu kam noch, daß der Lohn auf Reichsland niedriger steht als auf dem benachbarten Schacht Theodor. Am 28. Dezember legten deshalb, da alles Reklamieren nichts half, sondern es höchstens hieß: „Sie können ja Ihre Papiere nehmen", die Kameraden die Arbeiter nieder.

Die gewählte Kommission sprach vor und unterbreitete folgende Forderungen: Lieferung von Gummizeug, ferner von Kaffee auf der Sohle sowie Erhöhung des Lohnes um 50 Pf. pro Schicht. Der Betriebsführer Becker, welcher den Schacht für die Deutsche Schachtbaugesellschaft Nordhausen leitet, wies die Kameraden ab, da er nichts bewillige. Ebenso am 29. Dezember, wo unser Kamerad Wißmann mit der Kommission auf dem Schacht vorsprach. Wißmann wurde sofort, als er sich vorstellte, ersucht, den Schacht zu verlassen, da er nicht zur Belegschaft gehöre. Die schriftlich formulierten Forderungen nahm diesmal wohl der Betriebsführer entgegen, doch bleibt er auf seinem „Herrn im Hause-Standpunkt" stehen, nicht zu verhandeln. Der Streik geht also weiter. Bis auf einen Maschinisten und Schlosser streikt die ganze Belegschaft. Der Herr Betriebsführer geht höchst persönlich in den Schacht, um, wie er nach Nordhausen telephonierte, den Schacht „reinzuhalten". Nun, das Wasser, das er kübelweise herausfördert, sorgt schon mit, daß der Schacht „rein" bleibt. Jedenfalls wird man versuchen, Kameraden aus anderen Revieren herbeilotsen zu wollen. Haltet deshalb Solidarität, laßt euch nicht zu Streikbrechern gebrauchen, auf daß unsere Kameraden auf Schacht Reichsland ihre gerechten Forderungen durchbringen. Das Mülhauser Revier (Ober-Elsaß) ist überhaupt der teuerste in ganz Deutschland und geraten Kameraden, die sich zur Arbeitsannahme verleiten ließen, vom Regen in die Traufe.

Briefkasten.

Nach Guben. Zuschriften ohne Namensunterschrift können wir nicht berücksichtigen; jeder kann unter ein Schriftstück schreiben „Die Ortsverwaltung". Das genügt uns nicht. — **F. S., Sodingen.** Zuschriften von Kameraden, die uns nicht bekannt sind, können wir nicht berücksichtigen.

Verbandsnachrichten.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, die regelmäßigen Wochen- und Extrabeiträge pünktlich zu zahlen. Dies ist notwendig, damit es seine erworbenen Rechte an den Verband nicht verliert.

Jedes Mitglied soll auch ein unermüdlicher Agitator für den Verband sein, damit dieser immer mehr gestärkt wird und den Kampf gegen die Grubenherren aufnehmen und führen kann.

Achtung! Kaliarbeiter Mecklenburgs!

Von mehreren Kameraden, die früher auf der Gewerkschaft Jessenitz in Mecklenburg arbeiteten, sind an mich Schreiben gerichtet, in denen um Nachricht über die Ergebnisse der Verhandlungen über die Auszahlung der Restlöhne gebeten wird. Um die Kameraden vor unnötigen Portoausgaben zu schützen, sei hiermit bekanntgegeben, daß das gesamte Material, soweit es mir von den Beteiligten zuging, an die Verteilungskommission in Berlin gesandt ist. Eine Antwort über die Angelegenheit ist bis jetzt hier nicht eingegangen. Sobald diese eintrifft, werde ich diese zur allgemeinen Kenntnis bringen.

Wilhelm Wendt, Bezirksleiter.

Bezirk Dortmund. Den Mitgliedern und Ortsverwaltungen zur Kenntnis, daß die Bureau-Arbeitstage vom Mittwoch auf jeden Dienstag jeder Woche verlegt worden sind. Die Sprechstunden finden von vormittags 8 Uhr bis abends 7 Uhr statt.

Heinrich Bartels, Bezirksleiter, Dortmund, Uhlandstr. 59.

Rechtsschutz betreffend.

Hamborn. Vom 1. Januar ab ist das Arbeitersekretariat jeden Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend geöffnet. Die Sprechstunden bleiben wie bisher.

Oberhausen und Umgegend. Das Oberhausener Arbeitersekretariat, desgleichen das Bureau des Bezirksleiters Jochmann, sind ab 1. Januar 1912 von Oberhausen, Marktstr. 5, verlegt nach Oberhausen, Stöckmann- und Mollestr.-Ecke (gegenüber dem „Bürgerkrug").

Bitte ausschneiden und aufbewahren.

Achtung! Verbandsmitglieder Achtung!

der Zahlstellen Egeln, Westeregeln, Etgersleben, Hackeborn, Croppenstedt, Bleckendorf, Tarthun, Unseburg, Barne und Atzendorf.

Laut Beschluß der Zahlstellenversammlung in Egeln am 26. Dezember 1911 werden im Jahre 1912 für die Mitglieder der bezeichneten Zahlstellen in der Gastwirtschaft „Zu den drei Kronen" in Egeln, nachmittags von 1—6 Uhr, folgende Sprechtage für Rechtsschutz und Organisationsfragen abgehalten: am 17. Januar, 14. Februar, 13. März, 10. April, 8. Mai, 5. Juni, 8. Juli, 31. Juli, 28. August, 25. September, 23. Oktober, 21. November und 18. Dezember.

Die Bezirksleitung. J. A.: Josef Briewig.

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

Sinsen. Im Monat Januar.
Kloster-Wennigsen. Vom 15. bis 31. Januar.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden:

Dümpten II. In der Wohnung des Kassierers Berchter, Oberhausen, Sackstraße 16.

Rellinghausen. Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, von vormittags 10 bis 12 Uhr in der Wohnung des Kassierers Wilhelm Sons, Karlfunkestraße 34.

Vormholz-Durchholz. Jeden Sonntag nach dem 10. jeden Monats, vormittags von 9 bis 10 Uhr beim Kassierer Ernst Klein, Durchholz 80a.

Kranzspendemarken.

In folgenden Zahlstellen werden Kranzspendemarken à 10 Pf. geklebt:

Disteln. Im Monat Januar.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Betersdorf. Jeden zweiten Sonnabend, abends 8 Uhr, im Gasthof Burgberg.
Grimma. Jeden zweiten Sonnabend im Monat, im Gasthof Burgberg.
Groß-Motzenbre. Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Gewerkschaftshaus, Färberstraße.
Nombach. Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Wagner, Sackstraße.
Roßlingen. Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Domenik.

Jeden Sonntag nach dem 10. des Monats:

Cainsdorf. Abends 7 Uhr, im Gasthof des Herrn Wiegand.
Caenap. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Leber, Königstraße 94.
Culitzsch und Niedercrinitz. Abends 5 Uhr, im „Schweizerhaus", Kirchbergstraße.
Dahlhausen I. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte-Umberg.
Ebersbrunn. Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant „Hohe Eiche", Hüttelsgrün.
Friedrichsgrün. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Baumann.
Kirchberg. Nachmittags 2½ Uhr, im Gasthof „Deutsches Haus".
Königssteele. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Halbach.
Leithe. Vormittags 10 Uhr, im Gemeindegasthaus.
Mülheim-Holthausen. Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. Bruns in Heißen.
Niederhaslau. Abends 6 Uhr. (Lokalangabe fehlt.)
Niederplanitz. Nachm. 6 Uhr, im Gasthof des Herrn E. Schmidt in Vorderneudörfel.
Oberhohndorf. Abends 7 Uhr, im Restaurant Weidhas.
Oberplanitz. Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant „Zum Gambrinus".
Recklinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Radeck, Gr. Geldstr. 15.
Reinsdorf. Zeit und Lokal wird bekannt gegeben.
Rellinghausen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Ibing.
Seim. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wörner.
Vielau. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Leistner.
Wilkau i. S. Nachmittags 5 Uhr, im Restaurant „Daheim" des Herrn M. Kramer.

Jeden zweiten Sonntag im Monat:

Ahnsen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Meier.
Altendorbum. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn H. Kellerberg, Steinkuhlstraße.
Altendorf-Ruhr. Nachmittags 5 Uhr, im bekannten Lokale.
Altenessen. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Massenberg, Vogelheimerstraße.
Alstaden. Nachm 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kisker, Ecke Kaiser- u. Alstadenerstr.
Alversdorf. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Friedrich Fendt.
Altenbögge-Bönen. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn R. Zierk in Altenbögge.
Annen I. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wulhorst (fr. Peick), Kirchstraße 10.
Aplerbeckermark. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Th. Doert, Gr. Herdeckerstraße.
Arzberg (Oberfranken). Nachmittags 2 Uhr, im Konsumvereinshause.
Auf dem Schnee. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Demtröder.
Bardenberg. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Sieberichs, Kirchstraße.
Barop. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Bergmann.
Beckhausen. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Bredenbrock.
Beeck. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Geck in Beeck, Ostacker.
Bochum II. Nachmittags 3½ Uhr, im Lokale des Herrn Pröter, Hernerstraße 11.
Bochum IV (Präsident). Vormittags 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich Schlüter, „Zum Grubenlicht", Hofstederstraße 17.
Bochum VII (Hamme). Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Nies, Gahlenschestraße.
Bommern. Nachmittags 4 Uhr. Wo? sagt der Bote.
Borbeck. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Schrawen (früher Thiesbürger).
Bredenbeck. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ribbach.
Breidenbach. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Friedrich Wohl.
Breitenbach (Pfalz). Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Weber.
Castrop I. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schlüter.
Castrop II. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Krey.
Dellwig. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Schrawen in Borbeck.
Derne. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wiesemann, Altenderne.
Deusen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn H. Plaak.
Disteln. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Krümmel in Herten, Kaiserstraße. Vortrag. Referent zur Stelle.
Dittweiler. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Jakob Mortz.
Döbritz. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Müller.
Dorstfeld. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schlüter.
Dortmund III. Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Fritz Voß, Rhein. Straße 127.
Dortmund V (Körne). Vorm. 9 Uhr, im Lokale der Witwe Berthold in Körne.
Dümpten I. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. Voß, Zehnweg 70.
Dümpten III. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn W. Schain, Rolandstraße.
Eichholz. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Hanke.
Eickel. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Homburg in Wanne, Schulstraße.
Eisenberg (Pfalz). Nachmittags 3 Uhr, wo? sagt der Bote.
Erdeborn. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Döring.
Erle I. Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Christ.
Esborn. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Richard Hüringhaus.
Essen-West-Altendorf. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Jakobi.
Essen-West-Frohnhausen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn H. Müller.
Essen-W.-Holsterhausen. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Ellerbeck, Alfredshof.
Freisenbruch. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Renzel.
Freilstedt. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Rusche.
Frohnhofen. Vormittags 10 Uhr, im Lokale der Witwe Zänglein.
Gebenhausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Peter Glad.
Gehrden. Nachmittags 2½ Uhr, im Lokale des Herrn Cors, „Zur schönen Aussicht".
Gelsenkirchen II. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Essenerstraße.
Gelsenkirchen VI (Bulmke-Hüllen). Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Carbon (früher Haje), Hertha- und Bulmkerstraßen-Ecke.
Gelsenkirchen VIII. Vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus", Kaiserstraße 65-67.
Gemmenich. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Maximont.
Gierswalde. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Witwe Honig.
Gischerwald. Nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftslokal.
Grevel. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Scharl in Hofstedde.
Gröven. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Schumann in Runthal.
Groppenbruch. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn H. Schröder.
Groß-Neundorf. (Zeitangabe fehlt.) Im Lokale des Gastwirts Narten, Bahnhofstr.
Hacheney. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn W. Lueg gen. Führer.
Habichhorsterweg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gottschalk.
Halle a. d. S. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Angemeier, Merseburgerstr. 54.
Haßlinghausen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn F. W. Jansen.
Hattingen. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Kersting, Sprockhöverstraße.
Heeren. Nachmittags 3½ Uhr, im Lokale des Herrn Schulze-Brockhausen.
Hesel bei Velbert. Vormittags 11 Uhr, im Lokale der Witwe Jung.
Helsingen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Wilhelm Bündgen.
Herne II. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Sehrbruch.
Herne III. Vormittags 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Wilh. Düppe, Mottstraße.
Herten. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Wilhelm Heinz, Ewaldstraße. Vortrag. Referent zur Stelle.
Hervest-Dorsten. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Freitag.
Herzogenrath. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn H. Lennartz, Noppenberg.
Hiesfeld. Nachmittags 4 Uhr, beim Vertrauensmann.
Hiltrop-Gerthe. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Stehmann, Landwehrstraße.
Hochfelde. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn H. Buhren.
Hochlar. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Arthur Krümmel in Herten.
Höchsten I. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn August Pröbe.
Hohensyburg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Schneider.
Hörde. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Brücher, Benninghoferstraße 46.
Horst (Ruhr). Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Strothenke, Schottländerweg.
Huckarde. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hoppe.
Janow. Nachmittags 8 Uhr, im Gewerkschaftslokal.
Katernberg. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Steinfort.
Kirchhörde. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Timpeiteh.
Klein-Neundorf. Nachmittags 3 Uhr, in der Tatschenke Burgl.
Körmigk. Nachmittags 3½ Uhr, im Arbeiterheim Preußitz.
Kretzschau. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Franz Nucke.
Kreuzwald. Nachmittags 4 Uhr, wo? sagt der Bote.
Langenbochum. Nachmittags 4 Uhr, an bekannter Stelle.
Laustrop-Horstmar. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Meierling in Laustrop.
Lindenberg. Nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokale.
Lühnde. Nachmittags 2½ Uhr. Wo? sagt der Bote.
Lünen-Süd. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hagedorn.
Lütgendortmund. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Frenking, fr. Kraneseld. Vortrag. Referent zur Stelle.
Mark bei Hamm. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Berthold in Mark.
Marten. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Sträter, Wilhelmstraße.
Marxloh II. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ammerkamp, Sandstraße 40.
Meerbeck. Nachm. 2 Uhr, im Lokale des Herrn Rich. Krause, „Zur Stadt Crefeld".
Meiderich I, II und III. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Hölzken.
Menglinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fischer.
Merlenbach. Nachmittags 3½ Uhr, im Lokale des Herrn Nikolaus Krämer.
Michelfeld (Oberpfalz). (Zeit fehlt.) Im Gasthaus „Zur Sonne".
Mölbis. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof in Mölbis.
Mühlhausen. Abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn August Wienecke in Uelzen.
Mülheim-Ruhr I. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Ternieden.
Mülheim-Ruhr II. Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Wilh. Otten, Mühlenstr. 150.
Mülheim-Styrum. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Müllenbach, Heidestraße 41.
Mülsen-St. Jakob. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Deutscher Kaiser".
Myslowitz. Nachmittags 3 Uhr, in der Wohnung des Kassierers.
Neukirchen. Abends 8 Uhr, wo? wird durch den Boten bekannt gemacht.
Niederaden. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Seringhaus.
Niedermassen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Peter Spies.
Nieder-Sprockhövel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn A. Röllinghoff.
Nord-Lünen. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Brune.
Ober-Castrop. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Löppencastrop.
Oberhausen I. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Kidler.
Oberhausen III. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Demmer.
Obermassen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gustav Ligges.
Oespel I. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gieselmann.
Oespel II. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn F. Diestelkamp.
Porzelette. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Johann Driesch.
Rahm. Nachmittags 5½ Uhr, im Lokale des Herrn Samm.
Raurel. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Meininghaus.
Reiberdsdorf. Nachmittags 2½ Uhr, im Lokale des Herrn Alfred Schiffner.
Reichardswerben. Nachmittags 3 Uhr, im „Gasthof zum deutschen Kaiser".
Reppist. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Lehmann.
Rosse. Nachmittags 3 Uhr, Kreuzstraße 20.
Röhlinghausen. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Altejohann in Eickel.
Räuthe. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kuobloch.
Sarstedt. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Brinke.
Scherlebeck. Nachmittags 3 Uhr, wo? sagt der Bote.
Schlotheim. Nachmittags 4 Uhr, im Gemeindegasthaus in Obermehler.
Schnebeck. Vormittag 11 Uhr, im Lokale des Herrn Detering.
Schoppinitz. Nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftslokal.
Schraplau. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Friedrich Müller.
Schüren. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Willberg.
Sennheim. Vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Luxhof".
Sölde. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Winkelmann.
Spittel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Emil Weingertner.
Stedten. Nachmittags 3 Uhr, in der Wohnung des Vertrauensmannes.
Steinbach a. Gl. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Rudolf Decker.
Stemmen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Harmening in Schierneichen.
Sterkrade II. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn H. Busch, Holtenerstraße.
Sulzbach (Oberpfalz). Nachm. 2 Uhr, im Lokale des Herrn Spies, in der Neustadt.
Tölz (Oberbayern). Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zum Schratenwirt".
Ueberruhr. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Weißenfels, früher Hobel.
Unna. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Götz, Flügelstraße 8.
Waune II. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Küpper in Crange, Dorstenerstr. 37.
Weißwasser. Nachmittags, im Lokale des Herrn Dottke in Gablenz.
Weitmar II. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schröder.
Wellinghofen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn O. Middelmann.
Wellersweiler. Morgens 10 Uhr, im Lokale des Herrn Ph. Ringessen.
Wengern. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Lohmann.
Werschen. Nachmittags 3 Uhr, im Wedekind'schen Lokal.
Wiebelskirchen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Volz (Eck).
Wiescherhöfen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Poth in Pellum.
Wintersdorf. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof Heukendorf.
Wittelsheim. Nachmittags 3 Uhr. (Lokalangabe fehlt.)
Zechau. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof des Herrn Börner.
Zedlitz. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Hönig, Plateka.
Zwickau-Marienthal. Abends 6 Uhr, im Restaurant „Gambrinus".

Sonntag, den 14. Januar 1912:

Aachen. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Anton Schmitz, Promenadenstr. 20.

Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen!

Arbeiterbildungsausschuß Wattenscheid

Montag, den 13. Januar 1912, abends 8 Uhr, im großen Saale des Herrn Georg Koch, Dorfstraße 38:

1. Theaterabend

Zur Aufführung gelangt:

Charley's Tante.

Lustspiel in drei Akten von Brandon Thomas.

Eintrittskarten ohne Unterschied der Plätze à 50 Pf. sind zu haben in den Wirtschaften Witwe Recke, Böhe- und Schulstraßenecke, Georg Koch, Dorfstraße 38, Mansfeld, Böhestraße, Brauläuper, Böhestraße, bei den Friseuren E. Schönemann, Nordstraße, Rob. Strunk, Weststraße, im Zigarrengeschäft Rob. Täßler, Sedanstraße 12, und bei den Vorständen der Gewerkschaften und deren Boten, sowie abends an der Kasse ohne Preisaufschlag.

Kassenöffnung 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr.

Ein Sortiment Lieder

passend zu Massengesängen bei Zahlstellenfestlichkeiten, nach bekannten Melodien
100 Stück 50 Pf. — 100 Stück 50 Pf.
durch die Vertrauensleute zu beziehen.

Der gelbe Sumpf

Ein Blick hinter die Kulissen der Gelben Arbeiter-Vereine durch Einsichtnahme in einige

Lebius-Briefe

Preis 10 Pfennig

Zu beziehen durch
H. Hansmann & Co. in Bochum.

Zahlstellen-Feste.

Beckedorf. Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Saale des Herrn Meier: Zahlstellenfest, bestehend in Konzert, Festrede und Ball. Alle Mitglieder mit werten Damen sind freundlichst eingeladen und wird um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Bergmanns-Unterstützungs-Verein „Glückauf"
Hasslinghausen.

Sonntag, den 21. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. W. Jansen:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht.
2. Ergänzung des Vorstandes.
3. Lokalwahl. 4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet
1094 Der Vorstand.

NB. Sollte diese Versammlung nicht beschlußfähig sein, findet eine halbe Stunde später eine andere statt.

Ansichts-Postkarten

mit den Bildnissen der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Kameraden **Schröder, Meyer, Thiele, Beckmann** und **Wilking** können durch unsere Ortsverwaltungen bezogen werden. — Recht zahlreiche Bestellungen erwartet die Firma

H. Hansmann & Co.
Bochum, Wiemelhauserstr.

Achtung
Arbeitervertreter-Verein
im Lugau-Oelsnitzer Revier.

Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Kuniß' Gasthof in Hohndorf:

Ordentliche

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder und Steuerregulierung.
2. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr.
3. Bericht vom Kassenwesen und der Prüfungskommission.
4. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes und der Prüfungskommission.
5. Verschiedenes.

Es werden alle Arbeitervertreter, die es mit ihrer Pflicht ernst meinen, aufgefordert, pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.